

Bayern in Zahlen

Ausgabe 4 | 2012



- Pressekonferenz zum offiziellen Start der Generalsanierung der Dienststelle Fürth
- Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns 2010
- Einführung in die statistische Geheimhaltung
- ZENSUS 2011: Produktionsablauf der Belegverarbeitung am Beispiel der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ)



Alle Veröffentlichungen im Internet unter
www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Diesen Code einfach mit dem entsprechenden App scannen, um zum angegebenen Link zu gelangen.

Kostenlos

ist der Download von allen Statistischen Berichten (meist PDF- und Excel-Format) sowie von „Bayern Daten“ und „Statistik kommunal“ (Informationelle Grundversorgung).

Newsletter-Service

Für Themenbereich/e anmelden. Information über Neuerscheinung/en wird per E-Mail aktuell übermittelt.

Kostenpflichtig

sind die links genannten Veröffentlichungen in gedruckter Form sowie die Druck- und Dateiausgaben (auch auf Datenträger) aller anderen Veröffentlichungen. Bestellung direkt im Internet oder beim Vertrieb, per E-Mail oder Fax.

Impressum

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik und Informations- und Kommunikationstechnik

Jahrgang 143. (66.)

Artikel-Nr. Z10001
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise
monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
St.-Martin-Straße 47
81541 München

Preis

Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
Zuzüglich Versandkosten

Vertrieb

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-205
Telefax 089 2119-457
Internet www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Auskunftsdienst

E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-218
Telefax 089 2119-1580

© Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2012

Alle Veröffentlichungen oder Daten sind Werke im Sinne § 2 Urheberrechtsgesetz. Die Verwendung, Vervielfältigung und/oder Verbreitung von Veröffentlichungen oder Daten gleich welchen Mediums (Print, Datenträger, Datei etc.) – auch auszugsweise – ist nur mit Quellenangabe gestattet. Sie bedarf der vorherigen Genehmigung bei Nutzung für gewerbliche Zwecke, bei entgeltlicher Verbreitung oder bei Weitergabe an Dritte sowie bei Weiterverbreitung über elektronische Systeme und/oder Datenträger. Sofern in den Produkten auf das Vorhandensein von Copyright-rechten Dritter hingewiesen wird, sind die in deren Produkten ausgewiesenen Copyrightbestimmungen zu wahren. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Erläuterungen

- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - / keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
 - . Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
 - X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - () Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
 - p vorläufiges Ergebnis
 - r berichtigtes Ergebnis
 - s geschätztes Ergebnis
 - D Durchschnitt
 - ≙ entspricht
- Gelegentlich auftretende Differenzen in den Summen sind auf das Runden der Einzelposition zurückzuführen.

Statistik aktuell

178 Kurzmitteilungen

Nachrichten

200 Pressekonferenz zum offiziellen Start
der Generalsanierung der Dienststelle
Fürth des Bayerischen Landesamts
für Statistik und Datenverarbeitung

Beiträge aus der Statistik

206 Investitionen im Verarbeitenden
Gewerbe Bayerns im Jahr 2010

209 Einführung in die statistische Geheimhaltung

219 ZENSUS 2011: Produktionsablauf der
Belegverarbeitung am Beispiel der
Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ)

Beiträge zur Informations- und Kommunikationstechnik

226 Dokumentenmanagement- und Vorgangs-
bearbeitungssystem in der Bayerischen
Staatsverwaltung

Bayerischer Zahlenspiegel

231 Tabellen

240 Graphiken

Neuerscheinungen **3. Umschlagseite**

Kurzmitteilungen

Zum Tag der älteren Generation am 4. April

Seit 1968 wird jeweils am ersten Mittwoch im April auf die Verdienste und Lebensleistung älterer Menschen aufmerksam gemacht. In Bayern lebten 2010 rund 2,45 Millionen Menschen, die 65 Jahre oder älter waren. Dies entspricht in etwa einem Fünftel der Gesamtbevölkerung Bayerns. Der allergrößte Teil der Senioren (95 %) lebte in einem Privathaushalt, 5 % wohnten in Altersheimen, Altenpflegeheimen oder anderen Ge-

meinschaftsunterkünften. Diese Ergebnisse stammen aus dem Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung.

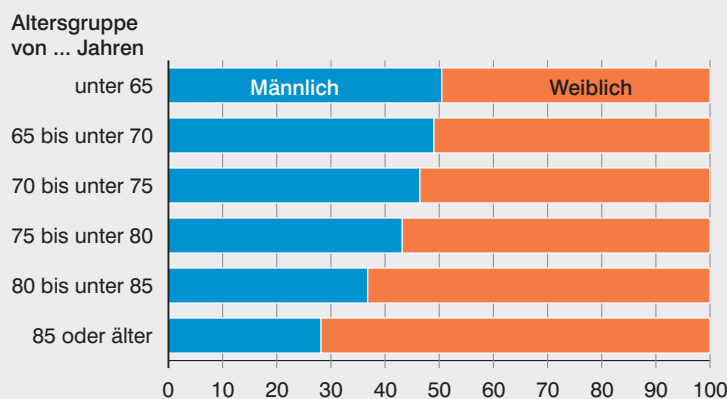
Die derzeitige Seniorengeneration ist von Frauen geprägt. 1,39 Millionen (57 %) aller 65-Jährigen oder Älteren im Freistaat waren weiblich. Der Frauenüberschuss steigt dabei mit zunehmendem Alter immer weiter an. Bei den 65- bis un-

ter 75-Jährigen kamen die Frauen auf einen Anteil von 52 %, bei den 75- bis unter 85-Jährigen waren es bereits knapp 60 %. Bei den Hochbetagten ab 85 Jahren betrug das Verhältnis Männer zu Frauen etwa drei zu sieben (72 % Frauen).

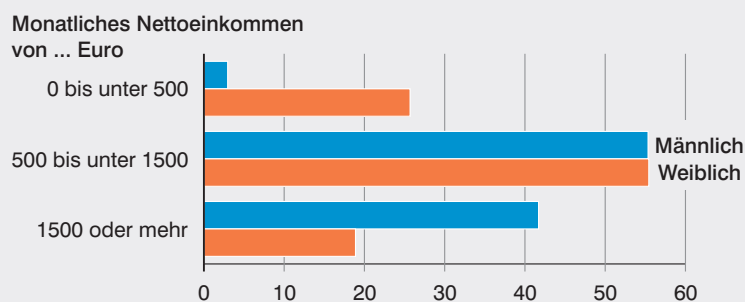
Die überwiegende Mehrheit (96 %) der 65-Jährigen oder Älteren bezog im Freistaat eine eigene Rente, Pension oder eine Hinterbliebenenrente bzw. -pension. Fast 6 % der Seniorengeneration gingen einer Erwerbstätigkeit nach. Von den berufstätigen Senioren erhielten jedoch 85 % gleichzeitig Rentenleistungen, das heißt durch die Erwerbsarbeit konnte ein Zuverdienst erwirtschaftet werden. Insgesamt sicherten Renten und Pensionen für knapp 89 % der älteren Menschen den überwiegenden Lebensunterhalt. Auf Einkünfte von Angehörigen als Hauptquelle des Lebensunterhalts waren fast 7 % der älteren Generation angewiesen, wobei sich darunter fast ausschließlich Frauen befanden (98 %). Erwerbseinkommen stellte für gut zwei Prozent der Älteren das Gros des Lebensunterhalts dar. Sonstige Einnahmen wie eigenes Vermögen, Miete, Altenteil oder laufende Hilfe zum Lebensunterhalt machten 2010 für weitere zwei Prozent der Senioren die hauptsächliche Quelle ihres Lebensunterhalts aus.

Die Frauen der älteren Generation haben durchschnittlich mehr Kinder großgezogen und sind seltener kinderlos geblieben als die Frauen nachfolgender Generationen. Daher gingen Frauen im Vergleich zu Männern häufig in geringerem zeitlichem Umfang einer Berufstätig-

Bevölkerung in Bayern nach Geschlecht und Altersgruppen
Ergebnisse des Mikrozensus 2010
in Prozent



Bevölkerung in Bayern im Alter von 65 oder mehr Jahren nach monatlichem Nettoeinkommen*
Ergebnisse des Mikrozensus 2010
in Prozent



* Bevölkerung mit Angaben zum Einkommen.

keit nach, was sich auch in ihrer heutigen Einkommenssituation widerspiegelt. So verfügte im Jahr 2010 rund jede vierte Frau im Alter von 65 oder mehr Jahren (26 %) über ein persönliches Nettoeinkommen von weniger als 500 Euro

pro Monat. Bei den gleichaltrigen Männern war dies nur bei drei Prozent der Fall. Ein Einkommen von 500 bis unter 1 500 Euro wiesen prozentual gesehen gleich viele Männer und Frauen auf (jeweils 55 %). Ein persönliches Nettoein-

kommen von 1 500 oder mehr Euro gaben 42 % der Senioren und 19 % der Seniorinnen an.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Bevölkerung und Erwerbstätige Bayerns 2010“ (Bestellnummer: A6202C 201000, nur als Datei).*

Mehr Schwangerschaftsabbrüche im Jahr 2011

Im Jahr 2011 wurden in den Arztpraxen oder einem Krankenhaus insgesamt 12 325 Schwangerschaftsabbrüche bei Frauen mit Wohnsitz in Bayern durchgeführt, 5,4 % mehr als im Vorjahr (2010: 11 696). Damit kehrte sich der seit dem Jahr 2004 rückläufige Trend bei den Schwangerschaftsabbrüchen in Bayern um. In Gesamtdeutschland setzte sich hingegen der Rückgang bei der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche, im Jahr 2011 mit 1,4 % weniger Fällen, kontinuierlich fort.

Nahezu die Hälfte (49,7 %) der betroffenen Frauen war zum Zeitpunkt des Schwangerschaftsabbruches zwischen 18 und 29 Jahre alt, damit blieb der Anteil dieser Altersgruppe gegenüber 2000 (48,9 %) fast unverändert. 37,7 % der Frauen, die einen Abbruch vornahmen, waren 30 bis 39 Jahre alt; im Vergleich dazu waren es 2000 in dieser Altersgruppe noch 40,0 %. In 8,8 % der Fälle waren die Frauen 40 Jahre oder älter (2000: 6,9 %). Bemerkenswert ist, dass 2011 erstmals der Anteil der unter 18-Jäh-

rigen mit 3,8 % unter 4 % lag und damit fast der bisherige Tiefststand von 1996 (3,4 %) erreicht wurde.

Differenziert nach dem Familienstand wiesen ledige Frauen im Jahr 2011 einen Anteil von etwas mehr als der Hälfte (51,6 %) bei den Schwangerschaftsabbrüchen auf. In 41,7 % der Fälle waren die Frauen verheiratet und in 6,4 % geschieden oder verwitwet. Im Jahr 2000 betrug der Anteil der Schwangerschaftsabbrüche bei ledigen Frauen 44,0 %, bei verheira-

Schwangerschaftsabbrüche von Frauen mit Wohnsitz in Bayern 1996, 2000 und 2004 bis 2011 nach Alter, Familienstand der Schwangeren sowie Ort des Eingriffs

Alter — Familienstand — Ort des Eingriffs	1996	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Schwangerschaftsabbrüche insgesamt.....	12 726	16 603	16 155	14 294	13 593	13 364	12 736	12 054	11 696	12 325
davon nach Alter der Schwangeren										
unter 18 Jahre	436	715	918	820	669	674	600	540	476	464
18 bis 29 Jahre	6 333	8 110	8 085	7 124	6 826	6 783	6 492	6 115	5 960	6 130
30 bis 39 Jahre	5 141	6 636	5 949	5 187	4 955	4 819	4 499	4 383	4 229	4 648
40 oder mehr Jahre	816	1 142	1 203	1 163	1 143	1 088	1 145	1 016	1 031	1 083
davon nach Familienstand der Schwangeren										
Ledig	5 397	7 298	7 859	6 959	6 602	6 794	6 511	6 169	6 017	6 354
Verheiratet	6 251	8 020	7 240	6 405	6 027	5 616	5 228	4 965	4 795	5 144
Verwitwet	111	98	75	60	55	38	55	40	51	40
Geschieden	967	1 187	981	870	909	916	942	880	833	787
davon nach dem Ort des Eingriffs										
Gynäkologische Praxis	9 414	13 570	14 364	12 317	12 037	11 655	11 011	10 637	10 175	10 642
Krankenhaus (ambulant)	2 595	2 159	1 264	1 483	1 123	1 211	1 183	865	957	1 028
Krankenhaus (stationär)	717	874	527	494	433	498	542	552	564	655

teten Frauen 48,3% und bei Geschiedenen oder Witwen 7,7%.

86,3% der Schwangerschaftsabbrüche führten die Ärzte 2011 in gynäkologischen Arztpraxen am-

bulant durch. Im Jahr 2000 wurden mit 81,7% etwas weniger Abbrüche in gynäkologischen Praxen vorgenommen. Nur 1 028 und damit 8,3% der Schwangerschaftsabbrüche fanden 2011 ambulant

im Krankenhaus statt (2000: 2 159 bzw. 13,0%). In 655 Fällen bzw. 5,3% der Schwangerschaftsabbrüche war der Eingriff mit einem stationären Krankenhausaufenthalt verbunden (2000: 874 bzw. 5,3%).

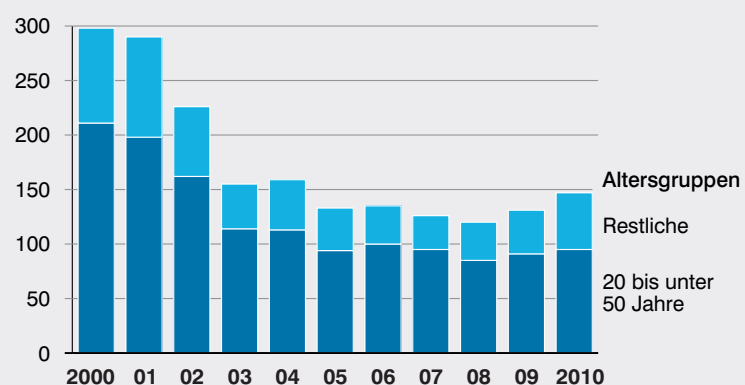
Welt-Malaria-Tag am 25. April

Im Jahr 2010 wurden in allen bayerischen Krankenhäusern 147 vollstationäre Behandlungen von Patienten mit der Tropenkrankheit Malaria als Hauptdiagnose behandelt, dies waren rund 12,2% mehr als im Vorjahr (2009: 131). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer fiel mit 4,6 Tagen um 3,2 Tage merklich kürzer aus als im Durchschnitt aller stationär versorgten Kranken.

Betrachtet man die mehrjährige Entwicklung, so sank die Zahl der Behandlungsfälle von 298 Behandlungsfällen im Jahr 2000 fast kontinuierlich auf 120 im Jahr 2008. Seit 2009 ist wieder ein kontinuierlicher Anstieg (auf 147 Fälle) zu verzeichnen.

Mehr als die Hälfte (68%) aller aufgrund von Malaria bedingten stationären Behandlungsfälle betraf männliche Patienten. Bemerkenswert ist außerdem, dass in beinahe

Stationäre Behandlungen von Patienten mit Malaria in bayerischen Krankenhäusern von 2000 bis 2010 nach Altersgruppen



65% aller wegen Malaria durchgeführten Behandlungen die Patienten zwischen 20 und 49 Jahre alt waren.

Eine Betrachtung der Malaria-Erkrankungen im Zeitverlauf ist erst ab 2000 sinnvoll, weil vor dem Berichtsjahr 2000 die Verschlüsse-

lung der Diagnosen nach der neunten internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten (kurz ICD 9 genannt) erfolgte und dadurch eine Kontinuität der Auswertungen, die sich nach dem ICD10-Standard ausrichten, nur bedingt gegeben ist.

Zum Welt-Parkinson-Tag am 11. April

Im Jahr 2010 wurden in den bayerischen Krankenhäusern 4 871 stationäre Krankenhausbehandlungen mit der Hauptdiagnose Parkinson durchgeführt; dies waren 3,4% mehr als 2009 (4 709). Die durchschnittliche Behandlungsdauer war

mit 12,5 Tagen um 4,8 Tage länger als der Durchschnittswert aller Krankenhausbehandlungen.

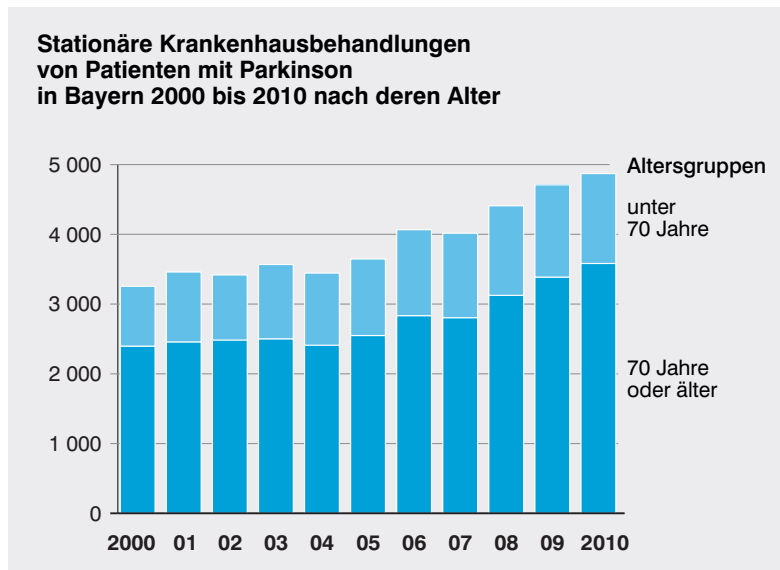
Der Blick auf die mehrjährige Entwicklung zeigt – ausgehend von 3 254 Behandlungsfällen im Jahr

2000 – einen leicht wellenförmigen Anstieg um 49,7% auf 4 871 Behandlungen im Jahr 2010.

Betrachtet man das Alter und Geschlecht der Patienten, so zeigt sich, dass knapp 74% der Behand-

lungsfälle Patienten mit einem Alter von 70 Jahren oder mehr betrafen und fast 98 % Patienten, die 50 Jahre alt oder älter waren. Auffallend ist auch, dass Männer häufiger wegen Parkinson stationär behandelt wurden als Frauen: mehr als die Hälfte (58,5 %) der aufgrund von Parkinson bedingten stationären Behandlungsfälle betrafen männliche Patienten.

Da vor dem Berichtsjahr 2000 die Verschlüsselung der Diagnosen noch nach der internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme in der Fassung ICD 9 erfolgte und dadurch eine Kontinuität der Auswertungen über einen längeren Zeitraum nur be-



dingt gegeben wäre, wird auf eine Darstellung der Entwicklung vor 2000 verzichtet.

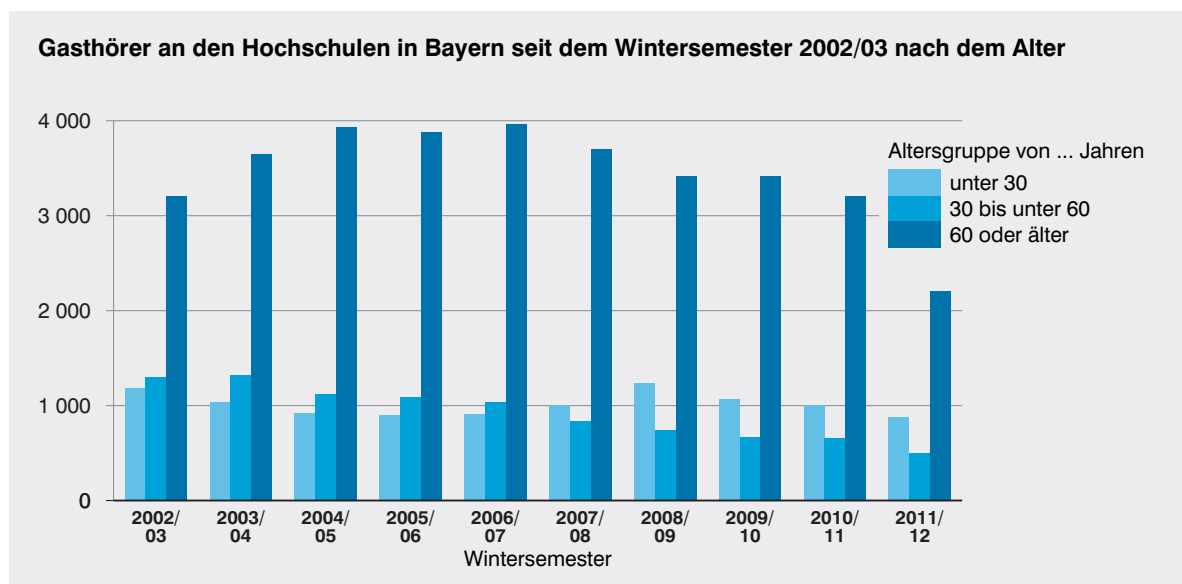
Weitere Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Krankenhausstatistik – Grunddaten, Diagnosen und Kostennachweis 2010“ (Bestellnummer: A4200C 201000, nur als Datei).*

3 580 Gasthörer an den Hochschulen Bayerns

Im Wintersemester 2011/2012 waren an den bayerischen Hochschulen neben 330 404 Studierenden (einschließlich Beurlaubte) auch 3 580 Gaststudierende (Gasthörer) eingeschrieben. Gaststudierende

sind auch ohne Nachweis der Hochschulreife zum Besuch einzelner Lehrveranstaltungen immatrikuliert. Im Rahmen eines Gaststudiums werden keine Prüfungen abgelegt.

Gasthörer waren mit 88,1 % (3 133 Personen) überwiegend an Universitäten eingeschrieben. Allerdings war hier ihr Anteil an der Gesamtstudierendenzahl (222 607) mit 1,4 % relativ gering. An Philoso-



phisch-Theologischen Hochschulen lag der Gasthöreranteil dagegen bei 18,1 % (131 Gasthörer bei insgesamt 723 Immatrikulierten). Bei Kunsthochschulen lag der entsprechende Anteilswert bei 5,1 %.

Im Wintersemester 2011/2012 waren fast zwei Drittel (2 203 oder 61,5 %) der Gaststudierenden an Bayerns Hochschulen 60 Jahre alt oder älter. Dabei war das Durchschnittsalter der 1 702 Gasthörerinnen mit 50,0 Jahren deutlich geringer als das ihrer männlichen

Studienkollegen (59,0 Jahre). 1 458 oder zwei Drittel der Gaststudierenden im Alter von 60 oder mehr Jahren waren an der Ludwig-Maximilians-Universität München eingeschrieben, die ein eigenes Seniorenstudium anbietet.

Nachdem die Zahl der Gaststudierenden bereits seit Wintersemester 2006/07 leicht rückläufig war, trat nun im Wintersemester 2011/12 ein erheblicher Rückgang der Gaststudierendenzahlen auf: Im Vergleich zum vorangegangenen Winterse-

mester (4 869) waren im aktuellen Wintersemester 1 289 oder 26,5 % weniger Gasthörer an Bayerns Hochschulen immatrikuliert. Dabei fiel der Rückgang bei den 60 oder mehr Jahre alten Gaststudierenden mit 31,2 % überdurchschnittlich stark aus. Dabei spielt sicher auch die Erhöhung der Gebühren eine Rolle, die für ein Gaststudium zu entrichten sind.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Gasthörer an den Hochschulen in Bayern Wintersemester 2011/12“ (Bestellnummer: B3130C 201200, nur als Datei).*

Deutschlandstipendium mit 867 Studenten 2011 gestartet

Nach dem Gesetz zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms werden seit dem Sommersemester 2011 sogenannte Deutschlandstipendien an besonders begabte Studierende vergeben. Bei der Vergabe können die Hochschulen auch gesellschaftliches Engagement, die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen oder besondere soziale, familiäre oder persönliche Umstände berücksichtigen. Das Stipendium in Höhe von monatlich 300 Euro wird zur Hälfte vom Bund finanziert. Die andere Hälfte werden die Hochschulen bei privaten Mittelgebern wie Unternehmen, Stiftungen oder privaten Spendern ein. Für das Startjahr 2011 wurde eine Höchstquote von 0,45 % der Studierenden festgelegt, das entspricht in Bayern etwa 1 200 Studierenden. 2012 können bis zu einem Prozent und langfristig bis zu acht Prozent aller Studierenden in den Genuss des Deutschlandstipendiums kommen, sofern sie nicht an Hochschulen in Träger-

schaft des Bundes sowie an Verwaltungsfachhochschulen immatrikuliert sind.

Insgesamt erhielten 2011 an Bayerns Hochschulen 867 Studierende Deutschlandstipendien. Es handelte sich bei knapp der Hälfte der Geförderten (49,4 %) um Studentinnen. Zwei Drittel der Deutschlandstipendien wurden von Universitäten (569 oder 65,6 %), ein Drittel (288 oder 33,2 %) von Fachhochschulen vergeben. An Kunsthochschulen studierten 10 Stipendiaten.

430 oder 49,6 % der mit Deutschlandstipendien Geförderten studierten Fächer der Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften. Im Vergleich dazu waren im Sommersemester 2011 in Bayern 37,4 % der 271 063 Studierenden (ohne Universität der Bundeswehr und ohne Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Recht) in diesen Fächern eingeschrieben. Die

Ingenieurwissenschaften stellten sich mit 27,2 % bei den Stipendiaten und 19,5 % bei den Studierenden für die privaten Förderer als besonders attraktiv heraus. Der Anteil der Geförderten in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften entsprach mit 28,1 % in etwa dem Anteil der Studierenden in dieser Fächergruppe an der Gesamtstudierendenzahl (29,9 %). Studierende der Sprach- und Kulturwissenschaften (102 oder 11,8 %) waren unter den Deutschlandstipendiaten nicht so stark vertreten, verglichen mit ihrem Anteil an der Studentenschaft (20,0 %).

142 Empfänger des Deutschlandstipendiums (16,4 %) hatten ihr Fachstudium gerade begonnen, weitere 8,7 % befanden sich im zweiten Fachsemester. Sechs oder mehr Fachsemester wiesen 185 (21,3 %) mit Deutschlandstipendien Geförderte auf.

Bayerische Hühner legten 2011 rund 973 Millionen Eier

In Bayern wurden im Jahr 2011 von den 128 Legehennenbetrieben mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen 973,2 Millionen Eier erzeugt. Dies waren 129,7 Millionen Eier bzw. 15,4 % mehr als im vorangegangenen Jahr. Mit einem monatlichen Durchschnittsbestand von 3,25 Millionen Legehennen wurde der Vorjahresbestand um 12,3 % bzw. 355 000 Tiere überschritten. Im Laufe des Jahres 2011 erhöhte sich hierbei der monatliche Legehennenbestand von 3,08 Millionen im Januar auf 3,51 Millionen im Dezember. Ursächlich für die hohe Zunahme ist, dass nach dem Verbot der konventionellen Käfighaltung in Deutschland ab dem 1. Januar 2010 die hiervon betroffenen Betriebe ihre Umstellungsmaßnahmen auf andere Haltungsformen nunmehr abgeschlossen haben und ihren Hen-

nenbestand wieder aufstockten. Die dominierende Haltungsform ist nun die Bodenhaltung, auf die gut 53 % der Haltungsplätze entfielen. Außerdem standen 8,5 % der Hennenhaltungsplätze für die Freilandhaltung und lediglich 2,4 % für die ökologische Eierzeugung zur Verfügung. Im Durchschnitt wurden im Jahr 2011 in Bayern von jeder Henne 300 Eier gelegt. Dies ist die bisher höchste Legeleistung, wobei die bisherige Höchstmarke aus dem Vorjahr um neun Eier übertroffen wurde.

Sieben von zehn Eiern wurden in den 18 Großbetrieben mit mindestens 30 000 Hennenhaltungsplätzen erzeugt. Jeder dieser Betriebe besaß im Schnitt fast 125 000 Hennen. Diese wiesen mit 308 Eiern auch eine überdurchschnittliche jährliche Legeleistung auf. In den

kleineren Betrieben wurden je Henne im Jahr dagegen nur 281 Eier gelegt.

56,5 % der Eier (549,8 Millionen) stammten von Betrieben in Niederbayern, weitere 21,2 % aus der Oberpfalz (206,6 Millionen). In den übrigen Regierungsbezirken wurden zwischen 6,6 % (Oberbayern) und 3,4 % (Oberfranken) der Eier erzeugt. Die leistungsstärksten Legehennen befanden sich in der Oberpfalz und in Mittelfranken. Dort legte jede Henne im Jahr durchschnittlich 316 bzw. 313 Eier. Dagegen brachten es die Hennen in Schwaben und Oberbayern nur auf 277 bzw. 267 Eier.

Ausführliche Ergebnisse enthält der voraussichtlich Mitte des Jahres erscheinende Statistische Bericht „Tierische Erzeugung in Bayern 2011“ (Bestellnummer: C3200C 201100, nur als Datei).*

2011 über 6,8 Millionen Erwerbstätige in Bayern

Im Jahr 2011 stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Bayern gegenüber 2010 um 2,0 % auf über 6,8 Millionen Personen an. Dies war die stärkste Steigerung im Vergleich aller Bundesländer. Nach Bayern folgten Niedersachsen und Baden-Württemberg mit Zunahmen um jeweils 1,6 %. Rückläufig war die Erwerbstätigenzahl in Sachsen-Anhalt (-0,2 %) und Mecklenburg-Vorpommern (-0,6 %). In Deutschland insgesamt erhöhte sich die Erwerbstätigenzahl um 1,3 %. Dabei schnitten die alten Bundesländer (ohne Berlin) mit einem Plus von 1,5 % besser ab, als die neuen Bundesländer (einschließlich Berlin) mit +0,5 %.

Die Zahl der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte, Beamte und marginal Beschäftigte) erhöhte sich 2011 in Bayern wie die der Erwerbstätigen um 2,0 %. Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne marginal Beschäftigte stieg der Wert mit 3,0 % etwas stärker an.

Den deutlichsten Beschäftigungszuwachs gab es im Wirtschaftsbe- reich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- u. Wohnungswesen“. Hier lag die Zahl der Erwerbstätigen 2011 um 4,8 % höher als 2010. Auch in Deutschland insgesamt wuchs die Beschäftigung hier am

stärksten. Niedriger als insgesamt war die Beschäftigungsentwicklung in Bayern hingegen im Wirtschaftsbereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit; Private Haushalte“ mit einer Steigerung um 0,6 % sowie in der Land- und Forstwirtschaft mit 0,1 %.

Mit der heutigen Veröffentlichung der vorläufigen Erwerbstätigenzahlen 2011 werden erstmals Länd- derergebnisse auf der Grundlage der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), vorgelegt. Im Rahmen der Revision 2011 werden auch die zu- rückliegenden Jahre in zwei Schrit-

Tab. 1 Erwerbstätige¹ am Arbeitsort nach Ländern

Land	Erwerbstätige in 1 000		Änderung 2011 ggü. 2010 in Prozent
	2011	2010	
Baden-Württemberg	5 731,9	5 643,1	1,6
Bayern	6 835,4	6 704,1	2,0
Berlin	1 706,0	1 682,4	1,4
Brandenburg	1 072,2	1 067,8	0,4
Bremen	408,7	403,9	1,2
Hamburg	1 139,5	1 125,0	1,3
Hessen	3 183,1	3 136,3	1,5
Mecklenburg-Vorpommern	728,7	733,3	-0,6
Niedersachsen	3 765,1	3 704,5	1,6
Nordrhein-Westfalen	8 812,3	8 688,9	1,4
Rheinland-Pfalz	1 907,3	1 885,3	1,2
Saarland	515,7	509,0	1,3
Sachsen	1 960,4	1 952,0	0,4
Sachsen-Anhalt	1 010,7	1 012,5	-0,2
Schleswig-Holstein	1 300,7	1 286,9	1,1
Thüringen	1 022,3	1 017,9	0,4
Deutschland	41 100,0	40 553,0	1,3
Nachrichtlich:			
Alte Bundesländer ohne Berlin	33 599,7	33 087,1	1,5
Alte Bundesländer mit Berlin	35 305,7	34 769,5	1,5
Neue Bundesländer ohne Berlin	5 794,3	5 783,5	0,2
Neue Bundesländer mit Berlin	7 500,3	7 465,9	0,5

¹ Im Jahresdurchschnitt.

Tab. 2 Prozentuale Änderung der Erwerbstätigen in den Wirtschaftsbereichen 2011

Wirtschaftsbereich	Bayern	Alte Bundesländer ohne Berlin	Deutschland
Land- und Forstwirtschaft	0,1	0,5	0,3
Produzierendes Gewerbe	2,0	1,7	1,8
darunter			
Verarbeitendes Gewerbe	2,0	1,7	1,9
Baugewerbe	1,9	2,0	1,9
Dienstleistungsbereiche	2,0	1,5	1,2
davon			
Handel, Verkehr, Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	2,0	1,4	1,4
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen	4,8	3,9	3,5
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit; Private Haushalte	0,6	0,3	-0,2

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Rechenstand: Februar 2012.

ten auf die WZ 2008 umgestellt:
Die Berichtsjahre 2008 bis 2010
werden zeitgleich mit den hier vor-
gestellten Ergebnissen 2011 veröf-
fentlicht. Die Berechnung und Pu-
blikation der Jahre 1991 bis 2007

folgt im zweiten Quartal 2012. Bei
den hier vorgelegten Länderergeb-
nissen handelt es sich um Berech-
nungen des Arbeitskreises „Er-
werbstätigenrechnung des Bundes
und der Länder“ (AK ETR), dem al-

le Statistischen Ämter der Länder,
das Statistische Bundesamt sowie
der Deutsche Städtetag angehö-
ren. Weitere Ergebnisse und Infor-
mationen zur Revision 2011 finden
Sie unter <http://www.ak-etr.de/>.

93 431 genehmigte Wohnungen Ende 2011 in Bayern noch nicht fertiggestellt

Am 31. Dezember 2011 waren in
Bayern insgesamt 93 431 Woh-
nungen zum Bau freigegeben (ein-
schließlich Genehmigungsfreistel-
lungen), aber zu diesem Zeitpunkt

noch nicht fertiggestellt. Dies sind
um 6,9% mehr als am Jahresende
2010. Von den zum Bauüber-
hang zählenden Wohnungen sind
81 675 in Neubauten vorgesehen

(+6,6% gegenüber Ende 2010),
während 11 756 Wohnungen
(+9,3%) durch Baumaßnahmen
an bereits vorhandenen Gebäuden
entstehen sollen. Von den 81 675

genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Neubauwohnungen ist der größte Teil (79 738 bzw. 97,6%) in neuen Wohngebäuden geplant. Dagegen entfallen nur 2,4% (1 937 Wohnungen) auf neue Nichtwohngebäude.

In fast der Hälfte (46,0% bzw. 36 678 Wohnungen) der im Bauüberhang befindlichen Wohnungen in geplanten neuen Wohngebäuden wurde bis Ende 2011 noch nicht mit dem Bau begonnen. Allerdings erhielten 45,0% (16 520) dieser Wohnungen auch erst im Verlauf des Jahres 2011 eine Genehmigung, während bei 29,9%

(10 973) der Genehmigungszeitpunkt bereits im Jahr 2008 oder noch früher lag. – Bei etwa jeder fünften Wohnung (16 894 bzw. 21,2%), die in neuen Wohngebäuden entstehen soll, hatte der Bau bereits begonnen, und der Zustand „unter Dach“ Ende 2011 war noch nicht erreicht. Daneben war knapp ein Drittel (26 166 bzw. 32,8%) der Wohnungen in neuen Wohngebäuden rohbaufertig. Somit befanden sich am 31. Dezember 2011 insgesamt 79 738 Wohnungen, die in neuen Wohngebäuden geplant sind, in der Bauphase (+6,4%). Die durchschnittliche Abwicklungsdauer von

der Genehmigung bis zur Fertigstellung eines neuen Wohngebäudes lag im Jahr 2011 bei 19 Monaten.

Gemäß den Ergebnissen der jährlichen Bauüberhangsstatistik werden zudem 4 282 ehemals geplante Wohnungen (in Wohn- und Nichtwohngebäuden insgesamt) nicht mehr gebaut (-5,4%), da die Baugenehmigungen hierfür im Verlauf des Jahres 2011 erloschen sind.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Bauüberhang in Bayern am 31. Dezember 2011“ (Bestellnummer: F2300C 201100, nur als Datei).*

Preisindex für Wohngebäude in Bayern im Februar 2012

Der Preisindex für Wohngebäude in Bayern erreichte im Februar 2012 einen Stand von 119,4 (2005=100). Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat bedeutet dies eine Steigerung von 2,9%.

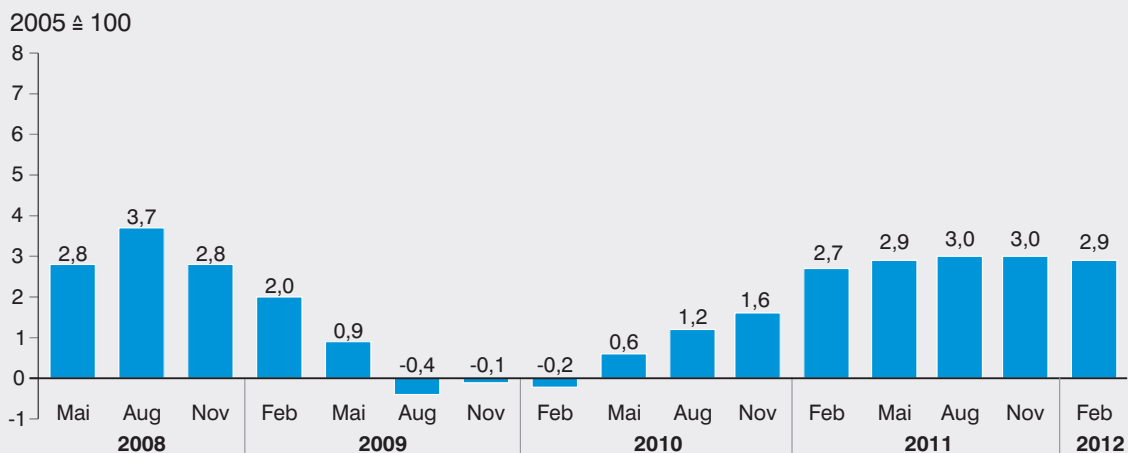
Im Bereich der Rohbauarbeiten stiegen die Preise im Vorjahresvergleich um 3,2%. Dabei war die

Preisentwicklung der einzelnen Bauarbeiten recht unterschiedlich. Besonders kräftig zogen die Preise für Erdarbeiten (+4,2%) sowie Zimmer- und Holzarbeiten (+4,9%) an, während Stahlbau (+1,9%) und Verbauarbeiten (+1,3%) sich weniger stark verteuerten. Bei den Ausbauarbeiten erhöhten sich die Preise gegenüber Februar 2011 um 2,8%. Die

höchsten Zuwachsraten waren hier bei Estricharbeiten (+4,9%), bei Dämmarbeiten an technischen Anlagen (+4,9%) sowie bei Arbeiten an raumlufttechnischen Anlagen (+5,2%) zu beobachten.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Preisindizes für Bauwerke in Bayern – 1. Vierteljahr 2012“ (Bestellnummer: M14003 201144, Preis der Druckausgabe: 5,30 €).*

Preisindex für Wohngebäude in Bayern
Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr in Prozent



In 2011 wurden 27,4 % mehr Wohnungen als im Vorjahr fertiggestellt

Im Jahr 2011 wurden insgesamt 42 204 Wohnungen fertiggestellt. Dies sind 27,4 % mehr als im Vorjahr. Der überwiegende Teil, nämlich 37 771 bzw. 89,5 % der Wohnungen entstanden in neuen Wohngebäuden (+28,6 % gegenüber 2010), während durch Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden 3 901 Wohnungen fertiggestellt wurden (+21,9 %). In Nichtwohngebäuden wurden durch Neubau sowie Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden insgesamt 532 Wohnungen fertiggestellt (-7,0 %).

17 009 bzw. 40,3 % der insgesamt im Jahr 2011 fertiggestellten Wohnungen befinden sich in neuen Einfamilienhäusern, 3 582 (bzw. 8,5 %) in neuen Zweifamilienhäusern, 14 983 (35,5 %) in neu errichteten Mehrfamilienhäusern und 2 197 (bzw. 5,2 %) in neuen Wohnheimen. Damit erhöhte sich die Zahl der im Jahr 2011 fertiggestellten neuen Einfamilienhäuser um 17,2 % und die Zahl der in neuen Zweifamilienhäusern errichteten Wohnungen um 17,8 % gegen-

über dem Vorjahr. Besonders deutlich, nämlich um 34,0 %, erhöhte sich die Zahl der in neu gebauten Mehrfamilienhäusern fertiggestellten Wohnungen. Die um das Zweieinhalbfache gestiegene Zahl der in neuen Wohnheimen fertiggestellten Wohnungen ist auch angesichts der geringen Ausgangsbasis (2010: 627 Wohnungen fertiggestellt) bemerkenswert.

Untergliedert nach Wohngebäudetypen entstanden im Berichtsjahr in Bayern 17 009 neue Einfamilienhäuser (+17,2 % im Vergleich zu 2010), 1 791 neue Zweifamilienhäuser (+17,8 %), 1 859 neu errichtete Mehrfamilienhäuser (+42,6 %) und 51 neue Wohnheime (+2,0 %), somit insgesamt 20 710 neue Wohngebäude.

Regional gesehen entstanden die meisten Wohnungen in den bevölkerungsreicheren Regierungsbezirken. Nicht auf der Hand lag jedoch die regional sehr unterschiedliche Höhe des Indikators „Neu errichtete Wohnungen je 1 000 Einwohner“: Über dem Durchschnitt von

3,4 für ganz Bayern lag dieser Wert nur in Oberbayern mit 4,3 und in der Oberpfalz mit 3,6.

Im gewerblichen Hochbau bzw. dem sog. Nichtwohnbau wurden im Jahr 2011 insgesamt 12 296 Gebäude fertiggestellt, 11,8 % mehr als im Vorjahr. Darunter waren 8 617 neu errichtete Nichtwohngebäude (+9,1 % gegenüber 2010). Von diesen neuen Nichtwohngebäuden entfielen 33,7 % auf landwirtschaftliche Betriebsgebäude (-1,3 %), 26,7 % auf Handels- und Lagergebäude (+16,8 %) und 11,8 % auf Fabrik- und Werkstattgebäude (+10,3 %). Büro- und Verwaltungsgebäude hatten einen Anteil von 4,0 % (+6,4 %), neben Hotels und Gaststätten (Anteil von 1,3 %; -3,4 %), Anstaltsgebäuden (Anteil 1,0 %; -15,8 %) und sonstigen Nichtwohngebäuden (Anteil 6,6 %; +9,3 %).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Baufertigstellungen in Bayern im Jahr 2011“ (Bestellnummer: F22003 201100, Preis der Druckausgabe: 6,70 €).*

Niedrigere Umsätze, aber höhere Auftragseingänge im bayerischen Bauhauptgewerbe im Februar 2012

Die Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten im Bauhauptgewerbe in Bayern erwirtschafteten im Februar 2012 einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 443,7 Millionen Euro. Der baugewerbliche Umsatz lag damit nominal um 15,6 % unter dem Wert vom Februar 2011. Dieser Umsatzrückgang ist sicherlich auch auf die im Vergleich zum Februar 2011 etwas ungünstigere Wetterlage zurückzuführen. Dabei zeigte sich in

fast allen Bausparten ein Umsatzrückgang: Im Wohnungsbau betrug der baugewerbliche Umsatz im Berichtsmonat 109,7 Millionen Euro und lag damit um 16,5 % unter dem Niveau vom Februar 2011. Auch im gewerblichen Hochbau gab es einen Umsatzrückgang, und zwar um 10,8 % auf 154,5 Millionen Euro im Berichtsmonat, ähnlich im gewerblichen Tiefbau (-27,9 % auf 55,8 Millionen Euro). Im Bereich des öffentlichen und

Verkehrsbaus betrug der baugewerbliche Umsatz im Berichtsmonat insgesamt 123,7 Millionen Euro (-14,2 %), darunter entfielen 29,9 Millionen Euro auf den Bereich Straßenbau (-17,9 %).

Die Auftragseingänge der Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen im bayerischen Bauhauptgewerbe betrugen im Februar 2012 insgesamt 926,4 Millionen Euro und lagen da-

Baugewerblicher Umsatz von Betrieben des Bauhauptgewerbes in Bayern, Februar 2012
 Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten

Regierungs- bezirk	Bau- gewerb- licher Umsatz insgesamt	davon					
		Wohnungs- bau	Gewerbl. und industrieller Bau	davon		Öffentl. und Verkehrs- bau	darunter Straßenbau
				Hoch- bau	Tief- bau		
Februar 2012 (1 000 Euro)							
Oberbayern	115 389	30 947	56 507	38 619	17 888	27 936	7 854
Niederbayern	51 309	16 965	23 188	18 703	4 485	11 155	2 033
Oberpfalz	69 065	7 673	46 889	39 006	7 883	14 503	2 159
Oberfranken	44 460	13 023	15 482	12 212	3 270	15 955	6 998
Mittelfranken	34 843	8 638	16 153	8 497	7 656	10 053	1 251
Unterfranken	54 180	8 736	20 176	16 961	3 215	25 268	4 112
Schwaben	74 468	23 686	31 906	20 541	11 365	18 876	5 497
Bayern	443 715	109 668	210 302	154 539	55 763	123 745	29 905
Februar 2011 (1 000 Euro)							
Oberbayern	152 379	32 405	80 459	46 581	33 878	39 515	10 231
Niederbayern	60 935	19 451	26 308	21 284	5 024	15 176	2 932
Oberpfalz	70 346	15 446	39 534	31 025	8 509	15 366	3 594
Oberfranken	47 635	9 690	23 477	18 023	5 454	14 468	6 575
Mittelfranken	43 909	14 712	17 380	10 141	7 239	11 817	1 445
Unterfranken	58 774	9 224	23 603	18 926	4 677	25 947	5 098
Schwaben	91 996	30 335	39 807	27 221	12 586	21 854	6 554
Bayern	525 975	131 266	250 566	173 202	77 364	144 143	36 427
Veränderung Februar 2012 gegenüber Februar 2011 in Prozent							
Oberbayern	-24,3	-4,5	-29,8	-17,1	-47,2	-29,3	-23,2
Niederbayern	-15,8	-12,8	-11,9	-12,1	-10,7	-26,5	-30,7
Oberpfalz	-1,8	-50,3	18,6	25,7	-7,4	-5,6	-39,9
Oberfranken	-6,7	34,4	-34,1	-32,2	-40,0	10,3	6,4
Mittelfranken	-20,6	-41,3	-7,1	-16,2	5,8	-14,9	-13,4
Unterfranken	-7,8	-5,3	-14,5	-10,4	-31,3	-2,6	-19,3
Schwaben	-19,1	-21,9	-19,8	-24,5	-9,7	-13,6	-16,1
Bayern	-15,6	-16,5	-16,1	-10,8	-27,9	-14,2	-17,9

mit nominal um 23,8 % über dem Wert vom Februar 2011. In der Sparte Wohnungsbau beliefen sich die Auftragseingänge im Berichtsmonat auf 246,0 Millionen Euro (+27,0), im gewerblichen Hochbau auf 241,9 Millionen Euro (-8,6 %) und im gewerblichen Tiefbau auf 139,8 Millionen Euro (+55,9 %). Im öffentlichen und Verkehrsbau lagen die Auftragseingänge bei ins-

gesamt 298,6 Millionen Euro und damit nominal um 49,1 % über dem Wert vom Februar 2011.

Insgesamt 66 784 Personen arbeiteten Ende Februar 2012 in den in Bayern ansässigen Betrieben des Bauhauptgewerbes von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten. Damit lag die Zahl der tätigen Personen um 3,1 % über dem

entsprechenden Vorjahreswert.

Die Anzahl der im Februar 2012 in den genannten bauhauptgewerblichen Betrieben geleisteten Arbeitsstunden betrug 3,3 Millionen Stunden (-23,6 % gegenüber Februar 2011).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Baugewerbe in Bayern im Februar 2012“ (Bestellnummer: E2100C 201202, nur als Datei).*

Zweistellige Zuwächse bei Gästeankünften und Übernachtungen in vielen Regionen Bayerns

Die über 12 200 geöffneten bayrischen Beherbergungsbetriebe mit zehn oder mehr Gästebetten (einschl. der Campingplätze) zählten im Februar 2012 nach vorläu-

figen Ergebnissen nahezu 2,0 Millionen Gästeankünfte, 7,8 % mehr als im Vorjahresmonat, und mehr als 5,5 Millionen Übernachtungen (+12,1 %). Die Zahl der Gästean-

künfte aus Deutschland kletterte um 9,7 % auf über 1,5 Millionen und deren Übernachtungszahl um 15,0 % auf gut 4,5 Millionen: Die Zahl der Gästeankünfte aus dem

Bayerns Fremdenverkehr im Jahr 2012
Vorläufige Ergebnisse

Betriebsart — Herkunft — Gebiet	Februar				Januar bis Februar			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent
Hotels	1 010 541	6,4	2 266 393	11,3	1 941 552	5,4	4 323 609	8,0
Hotels garnis	347 201	8,3	837 244	10,6	659 445	6,6	1 584 720	7,5
Gasthöfe	209 074	5,2	461 186	8,3	387 327	4,3	863 677	5,4
Pensionen	92 784	11,7	296 640	19,1	172 221	9,3	546 264	11,4
Hotellerie zusammen	1 659 600	6,9	3 861 463	11,3	3 160 545	5,7	7 318 270	7,8
Jugendherbergen und Hütten	51 084	3,8	132 408	4,7	94 593	1,1	246 266	1,5
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime ..	125 340	1,7	378 656	7,8	239 091	2,6	720 293	6,2
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen ...	92 632	40,7	540 085	27,5	161 986	19,4	970 725	13,0
Campingplätze	11 149	18,0	58 951	21,6	22 549	13,6	129 230	10,0
Vorsorge- und Reha-Kliniken	32 005	10,0	567 339	8,9	63 451	11,3	1 115 450	7,9
Insgesamt	1 971 810	7,8	5 538 902	12,1	3 742 215	6,0	10 500 234	8,0
davon aus dem								
Inland	1 529 658	9,7	4 539 390	15,0	2 913 519	5,7	8 656 482	8,2
Ausland	442 152	1,8	999 512	1,0	828 696	7,1	1 843 752	7,2
davon Oberbayern	909 813	5,2	2 245 095	7,2	1 758 836	2,9	4 358 819	4,1
dar. München	376 855	-2,1	730 316	-2,1	754 724	-1,8	1 488 882	0,3
Niederbayern	189 087	15,8	807 909	16,9	357 792	9,4	1 531 526	11,1
Oberpfalz	110 933	14,6	292 662	16,2	204 826	9,5	545 921	9,5
Oberfranken	103 693	8,2	279 930	13,1	193 882	10,2	527 614	12,0
Mittelfranken	215 278	-0,4	495 071	3,9	401 386	5,2	876 671	7,9
dar. Nürnberg	95 117	-4,2	207 345	0,8	182 308	1,9	359 003	4,7
Unterfranken	143 719	6,6	392 258	15,0	266 461	7,5	741 620	11,9
Schwaben	299 287	16,3	1 025 977	22,5	559 032	11,4	1 918 063	12,4

Ausland stieg um 1,8 % (auf gut 0,4 Millionen) und die der Übernachtungen aus dem Ausland um 1,0 % (auf knapp 1,0 Millionen).

Die höchsten Zuwächse unter den Betriebsarten des Beherbergungsgewerbes verzeichneten im Februar 2012 die Ferienzentren, -häuser und -wohnungen (Gästeankünfte: +40,7 %; Übernachtungen: +27,5 %), die Campingplätze (+18,0 %; +21,6 %) und die Pensionen (+11,7 %; +19,1 %). Zweitstellig stieg darüber hinaus die Zahl der Gästeankünfte bei den Vorsorge- und Reha-Kliniken (+10,0 %) sowie die Zahl der Übernachtungen in den Hotels (+11,3 %) und den Hotels garnis (+10,6 %).

Mehr als erfreulich verlief im Februar 2012, im Vergleich zum

Vorjahresmonat, die Entwicklung der Zahl der Gästeankünfte und Übernachtungen in der Mehrzahl der bayerischen Regierungsbezirke. An der Spitze standen hierbei Schwaben (Gästeankünfte: +16,3 %; Übernachtungen: +22,5 %), Niederbayern (+15,8 %; +16,9 %) und die Oberpfalz (+14,6 %; +16,2 %). Auch in Ober- und Unterfranken fiel der Zuwachs bei den Übernachtungen zweistellig aus. Einzig in Mittelfranken lag die Zahl der Gästeankünfte leicht unter dem Vorjahresniveau (-0,4 %), allerdings stiegen auch dort die Zahl der Übernachtungen beachtlich (+3,9 %) an. Ein Grund für das schlechtere Ergebnis von Mittelfranken und Oberbayern im Februar 2012 liegt im vergleichsweise schwachen Abschneiden der beiden Metropolen München (Gästeankünfte: -2,1 %; Übernachtungen: -2,1 %) und Nürnberg (-4,2 %; +0,8 %).

tungen: -2,1 %) und Nürnberg (-4,2 %; +0,8 %).

In den ersten beiden Monaten 2012 stieg die Zahl der Gästeankünfte in Bayern um 6,0 % auf mehr als 3,7 Millionen, die Zahl der Übernachtungen nahm um 8,0 % auf rund 10,5 Millionen zu.

Infolge der Änderung des Beherbergungsgesetzes durch das Gesetz vom 23.11.2011 (BGBl. I S. 2298) wurde die Abschneidegrenze für auskunftspflichtige Beherbergungsbetriebe von neun auf zehn Gästebetten bzw. von drei auf zehn Stellplätze bei Campingplätzen angehoben.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im Februar 2012“ (Bestellnummer: G41003 201202, Preis der Druckausgabe: 17,60 €).*

Umsatz des Gastgewerbes stieg im Februar 2012 um fünf Prozent

Der Umsatz im bayerischen Gastgewerbe (Beherbergung und Gastronomie) lag nach vorläufigen Ergebnissen im Februar 2012 in aktuellen Preisen um 5,1 % und in bereinigten Preisen um 3,2 % über dem Vorjahresniveau. Dabei stieg der Umsatz in der Beherbergung nominal um 5,0 % und real um 3,8 %, in der Gastronomie nominal um 5,1 % und real um 2,8 %. Zweistellige Zuwächse und damit den höchsten Anstieg unter den Wirtschaftsgruppen des Gastgewerbes verbuchten im Februar 2012 die Ferienunterkünfte u. Ä. (nominal: +13,9 %; real: +10,2 %).

Die Zahl der Beschäftigten stieg im Februar 2012 in der Beherbergung um 3,5 % und in der Gastronomie um 3,1 %, im Durchschnitt ergibt dies eine Zunahme von 3,3 % für das Gastgewerbe insgesamt.

In den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres stieg der Umsatz des bayerischen Gastgewerbes nominal um 3,2 % und real um 1,4 %, die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 3,4 %.

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand zu diesem Berichtsmonat verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

Die Abschnidegrenze für die Auskunftspflichtigen zur monatlichen Erhebung im Gastgewerbe wurde im September 2011 von 50 000 € auf 150 000 € Jahresumsatz erhöht.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Februar 2012“ (Bestellnummer: G4300C 201202, nur als Datei). *

Umsatz und Beschäftigte des bayerischen Gastgewerbes 2012

Vorläufige Daten

Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real		Vollzeit	Teilzeit
	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent				
Februar					
Beherbergung	5,0	3,8	3,5	1,0	6,3
dav. Hotellerie	4,8	3,7	3,5	1,0	6,4
Ferienunterkünfte u. A.	13,9	10,2	3,1	1,5	4,0
Campingplätze	5,9	3,9	10,9	9,1	12,3
Sonstige Beherbergungsstätten	-3,0	-4,5	6,1	4,5	7,1
Gastronomie	5,1	2,8	3,1	1,4	4,1
dav. Restaurants, Gaststätten, Imbiss- stuben, Cafés, Eissalons u. A.	4,6	2,4	3,6	1,7	4,8
Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	9,4	6,9	1,7	-0,1	3,3
Ausschank von Getränken	0,4	-1,5	0,6	1,3	0,5
Gastgewerbe insgesamt	5,1	3,2	3,3	1,2	4,7
Januar bis Februar					
Beherbergung	2,6	1,0	2,8	0,2	5,8
dav. Hotellerie	2,7	1,1	2,7	0,1	5,8
Ferienunterkünfte u. Ä.	3,5	0,8	2,7	1,7	3,2
Campingplätze	-9,9	-11,5	10,1	6,8	13,0
Sonstige Beherbergungsstätten	4,7	3,0	6,0	3,3	7,7
Gastronomie	3,7	1,6	3,7	1,2	5,1
dav. Restaurants, Gaststätten, Imbiss- stuben, Cafés, Eissalons u. A.	3,3	1,2	4,1	1,2	5,9
Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	8,9	6,4	2,4	0,9	3,6
Ausschank von Getränken	-2,1	-3,7	1,3	1,3	1,3
Gastgewerbe insgesamt	3,2	1,4	3,4	0,7	5,3

Versand- und Internet-Einzelhandel wächst überdurchschnittlich

Der Umsatz im bayerischen Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) stieg im Februar 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat nominal um 4,7 % und real um 2,2 %. Die Zahl der Beschäftigten des Einzelhandels erhöhte sich um 2,1 %; dabei nahm die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,3 % und die der Teilzeitbeschäftigten um 2,7 % zu.

Der Umsatz im Lebensmittel-Einzelhandel lag im Februar 2012 no-

minally um 4,3 % und real um 1,6 % über dem Vorjahresniveau, im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln waren es nominal um 5,0 % und real um 2,6 % mehr. Die Zahl der Beschäftigten des Lebensmittel-Einzelhandels nahm um 1,6 % und die des Nicht-Lebensmittel-Einzelhandels um 2,3 % zu.

In der weiteren Untergliederung nach Wirtschaftsgruppen bestätigte sich auch für den Februar,

dass der relativ hohe nominale Umsatzzuwachs an den Tankstellen (+6,2 %) sich real als Umsatzzurückgang (-2,2 %) darstellt. Umgekehrt verhielt es sich beim Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik, der in aktuellen Preisen einen niedrigeren Umsatzzuwachs als in bereinigten Preisen verzeichnete: im Februar 2012 ging der nominale Umsatz zurück (-3,9 %), während der reale Umsatz zunahm

Umsatz und Beschäftigte des Einzelhandels in Bayern 2012

Vorläufige Ergebnisse

Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte	davon	
	nominal	real		Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent				
Februar					
Einzelhandel mit Lebensmitteln	4,3	1,6	1,6	0,9	2,1
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (einschl. Tankstellen)	5,0	2,6	2,3	1,4	3,1
Einzelhandel insgesamt*	4,7	2,2	2,1	1,3	2,7
dav. in Verkaufsräumen					
mit Waren verschiedener Art	4,5	1,9	0,9	1,3	0,6
mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	5,6	2,5	4,1	-2,4	9,3
mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	6,2	-2,2	2,1	2,8	1,6
mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	-3,9	1,4	-2,0	-2,2	-1,5
mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	5,1	3,8	1,6	0,2	3,6
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren	6,0	4,2	1,3	1,6	1,0
mit sonstigen Gütern	4,0	2,0	2,9	1,6	3,8
an Verkaufsständen und auf Märkten	4,6	2,9	6,3	11,2	3,3
sonstiger Einzelhandel	9,8	4,2	8,1	8,2	7,9
dar. Versand- und Internet-Einzelhandel	7,1	5,0	8,9	9,5	8,0
Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen	16,1	1,6	1,7	-0,5	5,5
Januar - Februar					
Einzelhandel mit Lebensmitteln	3,8	1,2	1,8	1,5	1,9
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (einschl. Tankstellen)	5,5	3,2	2,2	1,3	2,9
Einzelhandel insgesamt*	4,8	2,5	2,0	1,4	2,5
dav. in Verkaufsräumen					
mit Waren verschiedener Art	3,8	1,2	0,9	1,2	0,7
mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	4,7	1,7	3,8	-1,2	7,7
mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	5,2	-2,0	1,3	3,0	0,2
mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	-7,9	-1,9	-2,1	-2,3	-1,3
mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	6,1	4,8	1,1	0,1	2,5
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren	6,2	4,5	1,0	1,9	0,2
mit sonstigen Gütern	5,6	3,7	3,0	1,7	3,8
an Verkaufsständen und auf Märkten	4,2	2,6	4,3	6,5	3,0
sonstiger Einzelhandel	12,3	7,3	8,5	8,7	8,3
dar. Versand- und Internet-Einzelhandel	10,2	8,3	9,5	10,0	8,6
Einzelhandel vom Lager mit Brennstoffen	17,5	2,9	2,4	-0,3	7,1

* Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

(+1,4%). Alle übrigen Sparten verbuchten im Februar 2012 Zuwächse. Über den höchsten realen Umsatzanstieg können sich nach wie vor die Händler im Versand- und Internet-Einzelhandel freuen (real: +5,0%; nominal: +7,1%).

In den ersten beiden Monaten 2012 zusammen nahm der Umsatz im bayerischen Einzelhandel nominal um 4,8% und real um 2,5% zu, die Zahl der Beschäftigten wuchs um 2,0%.

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand zu diesem Berichtsmonat verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Februar 2012“ (Bestellnummer: G1100C 201202, nur als Datei).*

Bayerns Ausfuhren stiegen im Januar 2012 um 11 %

Nach ersten Ergebnissen erhöhten sich die Exporte der bayerischen Wirtschaft im Januar 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat um 11,2% auf fast 12,6 Milliarden Euro, die Importe verringerten sich dagegen um 2,6% auf gut 11,0 Milliarden Euro. Folglich erzielte die bayerische Wirtschaft im Januar einen Exportüberschuss von über 1,5 Milliarden Euro.

53,7% der Ausfuhren, dies entspricht fast 6,8 Milliarden Euro

(+5,2%), exportierten bayerische Unternehmen in die Länder der Europäischen Union. 36,8% aller Ausfuhren gingen in die Länder der Euro-Zone (4,6 Milliarden Euro; +5,2%). Die bayerische Wirtschaft kaufte im Gegenzug Waren im Wert von mehr als 6,1 Milliarden Euro (+3,3%) in den EU-Ländern, dies entspricht 55,6% der bayerischen Einfuhren. 35,3 % aller Einfuhren kamen aus den Ländern der Euro-Zone (3,9 Milliarden Euro; +0,5%).

Die wichtigsten Bestimmungsländer von Gütern aus Bayern waren China (1,3 Milliarden Euro; +32,6%), die USA (1,3 Milliarden Euro; +35,9%), Österreich (1,1 Milliarden Euro; +10,6%), Frankreich (1,0 Milliarden Euro; +11,9%) und Italien (0,8 Milliarden Euro; -2,3%). Auch auf der Importseite war China (1,1 Milliarden Euro; +2,1%) der bedeutendste Außenhandelspartner Bayerns; es folgten Österreich (1,1 Milliarden Euro; +2,6%), Italien (0,8 Milliarden Euro; +2,7%),

Der Außenhandel Bayerns im Januar 2012

Vorläufige Ergebnisse

Erdteil / Ländergruppe / Land Warengruppe	Ausfuhr		Einfuhr		Export- (+) / Import- (-) überschuß
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahres- zeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahres- zeitraum	
	1 000 €	%	1 000 €	%	1 000 €
Europa	7 868 761	6,6	7 482 486	0,4	386 275
dar. EU-Länder (EU 27)	6 751 118	5,2	6 135 060	3,3	616 058
dar. Euro-Länder	4 618 888	5,2	3 893 619	0,5	725 269
dar. Frankreich	971 088	11,9	532 094	3,7	438 994
Italien	842 631	-2,3	783 738	2,7	58 893
Österreich	1 063 746	10,6	1 100 883	2,6	-37 137
Vereinigtes Königreich	755 745	6,3	379 600	37,0	376 145
Tschechische Republik	386 271	4,0	763 561	2,4	-377 290
Russische Föderation	279 258	40,0	713 946	-10,5	-434 688
Afrika	201 693	-5,5	409 431	-21,0	-207 738
Amerika	1 740 760	34,4	833 146	-6,0	907 614
dar. USA	1 311 314	35,9	654 799	-13,1	656 515
Asien	2 614 301	13,7	2 298 278	-6,6	316 023
dar. Volksrepublik China	1 313 530	32,6	1 100 954	2,1	212 576
Australien-Ozeanien	136 116	22,0	12 018	-10,3	124 098
Verschiedenes*	42	13,5	x	0,0	42
Insgesamt	12 561 673	11,2	11 035 359	-2,6	1 526 314
dar. Ernährungswirtschaft	605 582	10,1	493 685	-10,9	111 897
Gewerbliche Wirtschaft	11 401 740	11,3	9 564 718	-2,5	1 837 022
dav. Rohstoffe	65 279	-2,2	1 378 463	-14,3	-1313 184
Halbwaren	581 054	25,8	450 843	-10,2	130 211
Fertigwaren	10 755 407	10,7	7 735 412	0,4	3 019 995
dav. Vorerzeugnisse	980 859	0,6	778 740	0,1	202 119
Enderzeugnisse	9 774 548	11,9	6 956 673	0,5	2 817 875

* Schiffs- und Flugzeugbedarf, nicht ermittelte Länder und Gebiete.

die Tschechische Republik (0,8 Milliarden Euro; +2,4%) und die Russische Föderation (0,7 Milliarden Euro; -10,5%).

Zu den wichtigsten Gütern im bayerischen Außenhandel gehörten

auf der Exportseite „Personenkraftwagen und Wohnmobile“ (2,6 Milliarden Euro; +20,9%) sowie „Maschinen“ (1,9 Milliarden Euro; +15,0%). Auf der Importseite zählten sowohl „Erdöl und Erdgas“ (1,3 Milliarden Euro; -14,7%) als

auch „Maschinen“ (1,3 Milliarden Euro; +12,0%) zu den bedeutendsten Gütern.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Januar 2012“ (Bestellnummer: G3000C 201202, nur als Datei).*

Im Februar 2012 deutlich mehr Straßenverkehrsunfälle

Die bayerische Polizei nahm im Februar 2012 nach vorläufigen Ergebnissen 26 699 Straßenverkehrsunfälle auf, 3 123 bzw. 13,2% mehr als im Vorjahresmonat. Unter den 23 807 Unfällen mit ausschließlich Sachschaden (+14,8%) waren 1 248 so genannte schwerwiegende Sachschadensunfälle, bei denen eine Straftat oder eine Ordnungswidrigkeit vorlag (Bußgeld) und mindestens ein Fahrzeug abgeschleppt werden musste; ihre Zahl nahm um 48,4% zu. Bei 138 weiteren Sachschadensunfällen (-8,6%) waren zwar alle

Kraftfahrzeuge fahrbereit, aber mindestens ein Unfallbeteiligter stand unter dem Einfluss von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln. Die verbleibenden 22 421 Sachschadensunfälle (+13,5%) waren so genannte „Bagatellunfälle“ (Sachschadensunfälle, bei denen keine der vormals genannten Bedingungen zutraf).

Bei den 2 892 Unfällen mit Personenschaden (+2,0%) verunglückten 4 113 Personen (+187 bzw. +4,8%), von denen 29 getötet (-3), 561 schwer verletzt (-86)

und 3 523 leicht verletzt (+276) wurden.

In den ersten beiden Monaten 2012 erfasste die bayerische Polizei insgesamt 54 945 Straßenverkehrsunfälle, darunter 6 149 Unfälle mit Personenschaden (+436). Bei diesen Unfällen wurden 73 Personen getötet (+3), 1 259 schwer verletzt (-9) und 7 289 leicht verletzt (+619).

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Februar 2012“ (Bestellnummer: H1101C 201202, nur als Datei).*

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Bayern im Januar und Februar 2012

Vorläufige Ergebnisse

Unfälle — Verunglückte	Februar		Veränderung		Januar bis Februar		Veränderung	
	2012	2011*			2012	2011*		
	Anzahl		in %		Anzahl		in %	
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	26 699	23 576	3 123	13,2	54 945	50 505	4 440	8,8
dav. Unfälle mit Personenschaden	2 892	2 836	56	2,0	6 149	5 713	436	7,6
Unfälle mit nur Sachschaden	23 807	20 740	3 067	14,8	48 796	44 792	4 004	8,9
dav. Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne	1 248	841	407	48,4	2 506	2 052	454	22,1
Sonstige Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel ..	138	151	- 13	-8,6	300	304	- 4	-1,3
Übrige Sachschadensunfälle	22 421	19 748	2 673	13,5	45 990	42 436	3 554	8,4
Verunglückte insgesamt	4 113	3 926	187	4,8	8 621	8 008	613	7,7
dav. Getötete	29	32	- 3	-9,4	73	70	3	4,3
Verletzte	4 084	3 894	190	4,9	8 548	7 938	610	7,7
dav. Schwerverletzte	561	647	- 86	-13,3	1 259	1 268	- 9	-0,7
Leichtverletzte	3 523	3 247	276	8,5	7 289	6 670	619	9,3

* Endgültige Ergebnisse.

Bayerische Wirtschaft wächst 2011 um 2,9%

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Bayerns hat sich preisbereinigt im Jahr 2011 gegenüber 2010 um 2,9% erhöht. Damit blieb das bay-

erische Wirtschaftswachstum leicht unter dem deutschen Durchschnittswert von 3,0%. Im ersten Halbjahr 2011 war die bayerische

Volkswirtschaft gegenüber dem ersten Halbjahr 2010 preisbereinigt noch um 3,9% gewachsen. Somit sind die Abkühlung der

Weltkonjunktur und die Schuldenkrise innerhalb der Europäischen Währungsunion im zweiten Halbjahr 2011 auch an der bayerischen Wirtschaftsentwicklung nicht spurlos vorübergegangen.

Besonders stark wuchs das preisbereinigte BIP in Baden-Württemberg und dem Saarland mit 4,4 bzw. 4,1 %. Diese beiden Bundesländer waren im Jahr 2009 erheblich von der weltweiten Rezession betroffen. Schlusslichter waren 2011 Mecklenburg-Vorpommern mit 1,5% und Hamburg mit 1,4%. Tendenziell fiel das Wirtschaftswachstum in den alten Bundesländern (ohne Berlin) mit 3,1 % höher aus als in den neuen (mit Berlin) mit 2,6%. Von den neuen Bundesländern übertraf lediglich Thüringen (3,4 %) den deutschen Durchschnittswert.

Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern

Veränderung 2011 gegenüber 2010 (Vorläufige Ergebnisse)

Land — Gebiet	Bruttoinlandsprodukt	
	in jeweiligen Preisen	preisbereinigt
	Veränderung 2011 gegenüber 2010 in Prozent (vorläufige Ergebnisse)	
Baden-Württemberg	4,8	4,4
Bayern	3,5	2,9
Berlin	2,5	2,1
Brandenburg	4,0	2,8
Bremen	4,2	3,2
Hamburg	2,2	1,4
Hessen	3,7	3,3
Mecklenburg-Vorpommern	2,5	1,5
Niedersachsen	4,3	3,2
Nordrhein-Westfalen	3,7	2,6
Rheinland-Pfalz	4,0	3,1
Saarland	4,7	4,1
Sachsen	3,6	2,9
Sachsen-Anhalt	4,4	2,8
Schleswig-Holstein	3,0	2,2
Thüringen	4,4	3,4
Deutschland	3,8	3,0
darunter nachrichtlich:		
Alte Bundesländer		
ohne Berlin	3,8	3,1
einschl. Berlin	3,8	3,0
Neue Bundesländer		
ohne Berlin	3,8	2,8
einschl. Berlin	3,5	2,6

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder.

Mit der Veröffentlichung der vorläufigen Jahresrechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) 2011 nach Ländern wird vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) das erste Jahresergebnis der regionalen Wirtschaftsentwicklung nach der Revision 2011 vorgelegt. Aufgrund der noch laufenden umfassenden Revisionsarbeiten kann das BIP noch nicht mit der zu diesem Zeitpunkt üb-

lichen Gliederungstiefe der Bruttowertschöpfung (BWS) nach Wirtschaftsbereichen dargestellt werden. Mit der Bekanntgabe vorläufiger Veränderungsdaten des BIP 2011 gegenüber dem Vorjahr werden den Datennutzern dennoch frühzeitig erste Informationen zum regionalen Wirtschaftswachstum 2011 zur Verfügung gestellt. Diese Ergebnisse sind revisionsbedingt nur eingeschränkt mit den

BIP-Daten der Vorjahre vergleichbar. Erste detaillierte Länderergebnisse und revidierte Zeitreihen für das BIP und die BWS, die auf der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige von 2008 basieren, werden am 05. Juli 2012 vorgestellt. Dabei werden auch revisionsbedingte Änderungen erläutert. Weitere Informationen zur Revision 2011 sind unter www.vgrdl.de abrufbar.

Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern im Februar 2012 um 4,2% über dem Vorjahresniveau

Im Februar 2012 konnte das Verarbeitende Gewerbe Bayerns, das auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, bezogen auf den Berichtskreis „Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten“, eine Umsatzstei-

gerung von 4,2% gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichnen. Von den 25,9 Milliarden Euro Gesamtumsatz entfielen rund 13,8 Milliarden Euro auf Umsätze mit dem Ausland (+2,8%) und darunter rund 5,0 Milliarden Euro auf Um-

sätze mit den Ländern der Eurozone (-0,8%). Der Anteil der Auslandsumsätze und der Umsätze mit den Eurozonenländern am Gesamtumsatz betrug 53,4 bzw. 19,2%.

Der Personalstand des Verarbeitenden Gewerbes lag Ende Februar 2012 um 4,2% über dem Vorjahresstand.

Die preisbereinigten Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewer-

bes in Bayern nahmen im Februar 2012 gegenüber Februar 2011 um 6,6% ab. Die Bestelleingänge aus dem Inland reduzierten sich dabei um 5,2%, die aus dem Ausland um 7,4%. Eine von diesem Gesamtbild abweichende Entwick-

lung zeigte sich jedoch bei den Produzenten von Gebrauchsgütern: Hier stiegen die Auftragseingänge im Februar um 3,4%, wobei die Inlandsaufträge um 7,0% zunahmen, die Auslandsaufträge aber um 1,5% abnahmen.

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern stieg im Februar 2012 um 4,8%

Die Produktion der bayerischen Industrie (Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, bezogen auf den Berichtskreis „Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten“) konnte auch im Februar 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat gesteigert werden, und zwar um 4,8%. Dabei erhöhte sich die Pro-

duktion im Investitionsgüterbereich um 8,8%, im Vorleistungsgüterbereich um 0,5% und bei den Verbrauchsgüterproduzenten um 3,4%. Nur der Gebrauchsgütersektor musste einen Produktionsrückgang von 2,8% verzeichnen.

Im Vergleich zu den ersten zwei Monaten des Jahres 2011 war im

entsprechenden Zeitraum 2012 ein Produktionsanstieg von 7,4% zu verzeichnen. Am stärksten konnte die Produktion auch hier im Investitionsgüterbereich ausgeweitet werden, mit einer Zuwachsrate von 12,7%.

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern im Januar und Februar 2012
Ergebnisse für Betriebe mit 50 oder mehr tätigen Personen

Bezeichnung	November	Dezember	Januar	Februar
	2011		2012	
Produktionsindex (kalendermonatlich) 2005 ± 100				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	121,3	107,6	105,8	112,4
darunter				
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	121,2	91,3	113,1	122,8
Maschinenbau	118,2	116,4	94,2	104,9
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	119,1	101,5	102,9	106,1
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	234,1	226,5	201,6	230,8
Veränderung zum Vorjahr in Prozent				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1,3	-4,0	10,4	4,8
darunter				
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1,3	-15,9	25,5	8,9
Maschinenbau	11,3	- 9,3	15,4	8,6
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	7,4	-1,0	10,1	-1,4
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	-9,8	-2,0	4,5	6,4

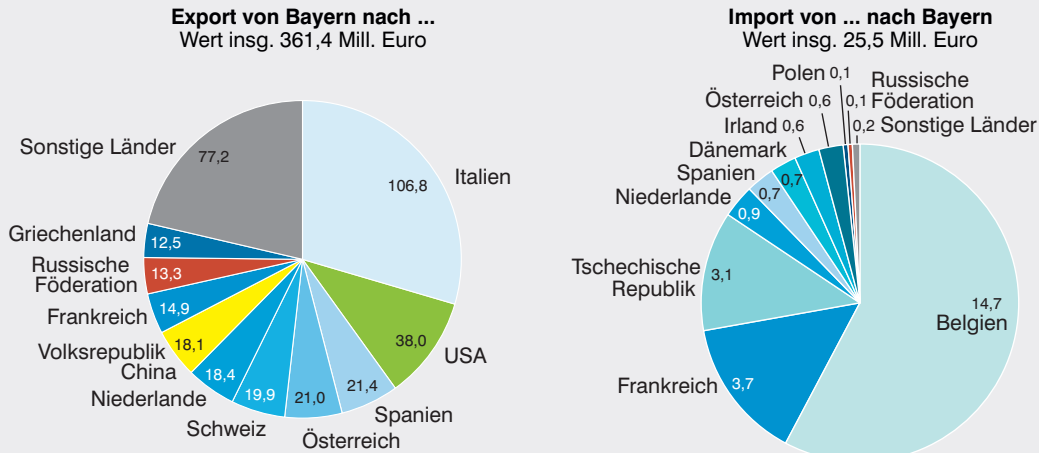
Tag des deutschen Bieres am 23. April

Der Tag des deutschen Bieres erinnert an das Reinheitsgebot, das der bayerische Herzog Wilhelm IV. am 23. April 1516 in Ingolstadt verkündete und nach dem noch heute in Deutschland Bier gebraut wird.

Auch heute noch ist der Freistaat ein Land der Biertradition: Mit einem Anteil von 47,1% hatte knapp die Hälfte aller deutschen Braustätten ihren Sitz in Bayern. Anhand von Ergebnissen der Bier-

steuerstatistik wurden im vergangenen Jahr insgesamt 632 Braustätten im Freistaat betrieben, fünf weniger als im Vorjahr (2010: 637).

Die wichtigsten ausländischen Partnerländer der bayerischen Brauereien 2011 Wert des ex- bzw. importierten Bieres in Millionen Euro



Braustätten, Bierabsatz und Biersteuer in Bayern 2010 und 2011

Merkmal	Einheit	2010	2011	Veränderung in Prozent	Anteil Bayerns an Deutschland in Prozent	
					2010	2011
Betriebene Braustätten	Anzahl	637	632	-0,8	47,8	47,1
Bierabsatz¹ insgesamt	1 000 hl	21 597,0	22 063,5	2,2	22,0	22,5
davon Verkauf im Bundesgebiet	1 000 hl	18 101,4	18 163,7	0,3	21,7	22,0
Ausfuhr zusammen	1 000 hl	3 424,0	3 832,6	11,9	23,2	25,0
davon in EU-Länder	1 000 hl	2 443,7	2 679,4	9,6	22,2	23,8
in Drittländer	1 000 hl	980,3	1 153,2	17,6	26,3	28,0
Haustrunk	1 000 hl	71,6	67,3	-6,1	43,2	42,6
Biersteuer ²	Mill. €	151,1	152,1	0,6	21,4	21,7

1 Eigenproduktion sowie im Inland und in den EU-Ländern hinzugekauftes Fremdbier. Ohne alkoholfreies Bier, Malztrunk und aus Drittländern eingeführtes Bier.

2 Bezogen auf den versteuerten Bierabsatz. Ohne über Zollstellen versteuertes Bier aus Drittländern.

Trotz Abnahme der Brauereizahl entwickelte sich der Bierabsatz der bayerischen Brauereien positiv: Mit 22,1 Millionen Hektolitern im Jahr 2011 konnte erstmals seit 2007 wieder ein Anstieg verzeichnet werden. Ursächlich hierfür sind steigende Exporte ins Ausland (+11,9%), wobei vor allem die Lieferungen in Nicht-EU-Länder weiter ausgebaut werden konnten. Diese wuchsen seit 2001 um das 3,5-Fache auf inzwischen über 1,1 Millionen Hektoliter Bier. Die Verkäufe im Bundesgebiet übertrafen mit 18,2 Millionen Hektolitern Bier (+0,3%) leicht das Vorjahresniveau; die seit 2004 zu beobachtende stetige Abnahme des



Die Angaben der Biersteuerstatistik richten sich nach dem Sitz der Steuerlager (Brauereien und Bierlager). Im Bierabsatz ist neben der Eigenproduktion der Brauereien auch das in Deutschland sowie in den Ländern der Europäischen Union hinzu gekaufte Fremdbier enthalten.

Den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik liegen im Allgemeinen die Angaben der Im- und Exporteure zugrunde. Die Statistik stellt den grenzüberschreitenden Warenverkehr Bayerns mit dem Ausland dar, wobei die Ausfuhr im Spezialhandel und die Einfuhr im Generalhandel dargestellt werden. Der Spezialhandel enthält im Wesentlichen die Waren, die aus der Erzeugung, der Bearbeitung oder Verarbeitung des Erhebungsgebietes stammen und ausgeführt werden. Der Generalhandel enthält alle eingeführten Waren mit Ausnahme der Waren der Durchfuhr und des Zwischenauslandsverkehrs.

Inlandsabsatzes wurde damit zunächst gestoppt. Im bundesweiten Vergleich erzielten die bayerischen Brauereien 2011 erneut den zweithöchsten Bierabsatz hinter ihren nordrhein-westfälischen Konkurrenten (23,9 Millionen Hektoliter) und konnten ihren bundesweiten Anteil von 22,0 % auf 22,5 % geringfügig ausbauen.

Bayerisches Bier wurde im Jahr 2011 in 115 Länder exportiert. Die

wichtigsten Empfängerländer waren Italien (Anteil: 29,6 %), die USA (10,5 %) und Spanien (5,9 %). Insgesamt verkauften die bayerischen Brauereien nach vorläufigen Ergebnissen der Außenhandelsstatistik Bier im Wert von 361,4 Millionen Euro ins Ausland (+8,6 %).

Der Wert des 2011 eingeführten Bieres lag bei knapp 25,5 Millionen Euro; damit erzielte die bayerische Brauwirtschaft einen Exportüberschuss von 336,0 Millionen Euro

(+35,8 % gegenüber 2010). Die wichtigsten Lieferländer waren Belgien (57,7 %), Frankreich (14,4 %) und die Tschechische Republik (12,2 %). Insgesamt bezog Bayern Bier aus 27 Ländern.

Inflationsrate in Bayern im März 2012 bei 2,3 %

Die Inflationsrate, das ist die Veränderung des Verbraucherpreisindex für Bayern gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in Prozent, lag im März bei +2,3 %; im vorangegangenen Februar hatte sie +2,6 % betragen. Ohne Heizöl und Kraftstoffe gerechnet, wäre der Verbraucherpreisindex im März gegenüber dem Vorjahr um 2,0 % gestiegen.

Die Preise für Nahrungsmittel haben sich gegenüber dem März des Vorjahres um 2,9 % erhöht. Überdurchschnittlich stark sind, wie schon in den vorangegangenen Monaten, die Preise für Speisefette und -öle (+9,8 %) gestiegen, wobei Margarine um 49,7 % teurer war als im März des Vorjahres. Spürbare Preiserhöhungen waren auch bei Fischen und Fischwaren (+9,0 %) sowie Fleisch und Fleischwaren (+5,7 %) zu beobachten, während Obst (-6,0 %) deutlich günstiger war als im Vorjahr.

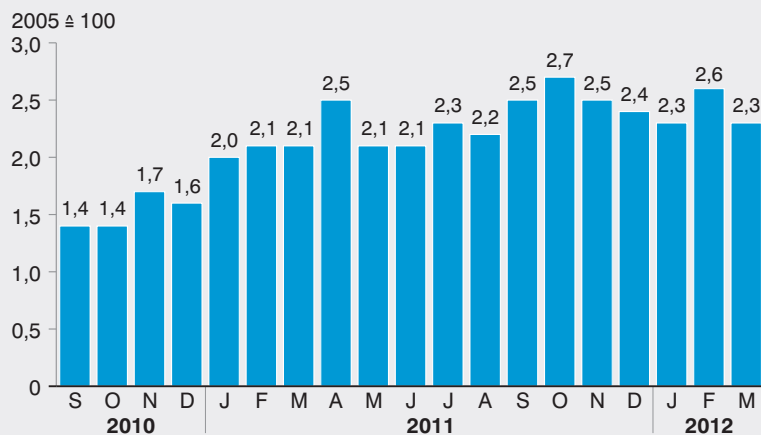
Im Energiesektor haben sich die Preise für Heizöl gegenüber dem März des Vorjahres um 7,6 % er-

höht. Kraftstoffe waren im Durchschnitt 6,6 % teurer als im Vorjahr. Bei Gas war binnen Jahresfrist ein Preisanstieg von 6,4 % zu verzeichnen. Strom verteuerte sich gegenüber dem Vorjahr hingegen nur um 1,2 %.

Weiterhin entspannt verläuft die Preisentwicklung bei den Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten). Gegenüber dem März des Vorjahres erhöhten sie sich um 1,3 %. Deutlich niedriger als im Vorjahr waren im März auch weiterhin die

Preise vieler hochwertiger technischer Produkte. So konnten die Verbraucher u. a. Personalcomputer (-18,6 %), Notebooks (-14,5 %), Fernsehgeräte (-8,3 %) und digitale Kameras (-8,2 %) deutlich günstiger beziehen als im Vorjahr. Im Vergleich zum Vormonat haben sich die Verbraucherpreise im Gesamtdurchschnitt um 0,1 % erhöht. Während bei Obst (-4,4 %) und Heizöl (-2,5 %) Preisrückgänge zu beobachten waren, haben sich die Preise für Kraftstoffe (+3,7 %) erneut erhöht. Nach Auslaufen des

Verbraucherpreisindex für Bayern von September 2010 bis März 2012
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in Prozent



Schlussverkaufs sind auch die Preise für Bekleidung und Schuhe (+2,7%) wieder gestiegen.

Ausführliche Ergebnisse enthalten die Statistischen Berichte „Verbraucherpreisindex für Bayern, März 2012 mit Jahreswerten von 2007 bis 2011 sowie tief gegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen“ (Bestellnummer: M1201C 201203, nur als

Datei) und „Verbraucherpreisindex für Bayern mit monatlichen Indexwerten von Januar 2005 bis März 2012 sowie Untergliederung nach Haupt- und Sondergruppen“ (Bestellnummer: M13013 201203, Preis der Druckausgabe: 6,70 Euro).*

Betreuungsquote der Kinder in einer öffentlich geförderter Kindertageseinrichtung oder -pflege steigt weiter

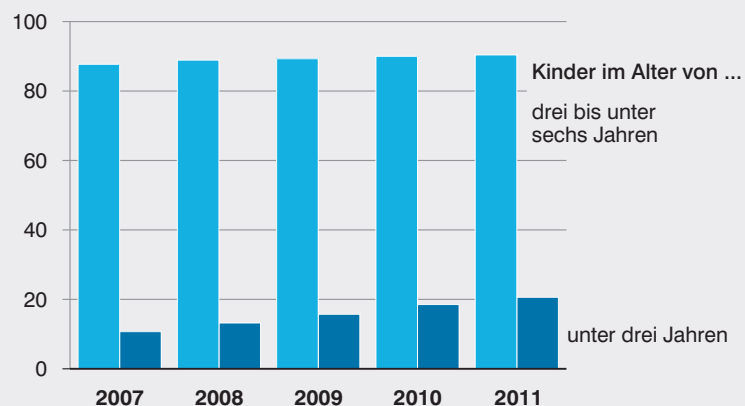
Bis zum Jahr 2013 soll bundesweit für 35 % der unter Dreijährigen ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehen. Im März 2011 waren in Bayern 20,6 % der Kinder dieser Altersgruppe in öffentlich geförderter Kindertagesbetreuung und wurden somit in einer Kindertageseinrichtung oder durch eine Tagesmutter bzw. einen Tagesvater betreut. Es waren bei den Kindern im Alter von drei bis unter sechs Jahren 90,4 %. Das Schaubild zeigt, dass die Entwicklung der Betreuungsquote sowohl der unter Dreijährigen als auch der Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren seit 2007 einen kontinuierlichen Aufwärtstrend aufweist.

Kinder, die sowohl in einer Kindertageseinrichtung als auch in Kindertagespflege betreut wurden, werden nur einmal gezählt.

Die Entwicklung der Betreuungsquote in den sieben Regierungsbezirken Bayerns seit 2007 zeigen die Tabellen.

Es zeigt sich, dass in der Altersgruppe der unter Dreijährigen im März 2007 bayernweit 10,7 % in öffentlicher Kindertagesbetreuung waren, im März 2011 lag die Betreuungsquote hingegen schon bei 20,6 % und hat sich somit nahezu verdoppelt. In der Altersgruppe der „Kindergartenkinder“ (drei

Kinder in öffentlich geförderter Kindertagesbetreuung in Bayern seit 2007 nach Altersgruppen* in Prozent



* bezogen auf die jeweils gleichaltrige Bevölkerung.

Kinder im Alter von unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe

Regierungsbezirk	2007	2008	2009	2010	2011
Oberbayern	12,4	14,9	16,8	19,5	21,4
Niederbayern	5,8	7,9	10,3	13,1	14,5
Oberpfalz	6,8	8,9	11,5	13,3	15,2
Oberfranken	12,9	15,9	19,4	23,3	25,4
Mittelfranken	11,9	14,5	17,2	20,7	23,1
Unterfranken	14,7	17,9	21,4	25,3	27,4
Schwaben	7,0	8,9	11,3	13,4	15,6
Bayern	10,7	13,2	15,7	18,5	20,6

Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren in Kindertagesbetreuung je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe

Regierungsbezirk	2007	2008	2009	2010	2011
Oberbayern	86,1	87,5	87,8	88,9	89,1
Niederbayern	83,5	85,8	86,5	87,6	87,6
Oberpfalz	87,1	89,0	89,7	89,8	90,6
Oberfranken	90,9	91,2	92,3	92,2	93,0
Mittelfranken	90,9	91,0	91,3	91,9	92,5
Unterfranken	93,6	93,9	94,0	94,4	94,9
Schwaben	85,8	87,3	88,0	88,8	89,1
Bayern	87,7	88,9	89,3	90,0	90,4

bis unter sechs Jahre) lag die Betreuungsquote im März 2007 bereits bei 87,7 % und stieg bis zum März 2011 daher nur noch leicht auf 90,4 %.

Weitere Daten zur Kindertagesbetreuung können als Datei im Webshop kostenlos heruntergeladen werden. Für die kreisfreien Städte und die Landkreise Bayerns in der Veröffentlichung „Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sowie Einrichtungen

der Kinder- und Jugendhilfe in Bayern“ (Bestellnummer: K53003 201100, Preis der Druckausgabe: 12,90 €)* und für Deutschland in der Veröffentlichung „Kindertagesbetreuung regional“ (Bestellnummer: K5400E 201100, nur als Datei).*

Zum Weltwassertag am 22. März

Die 1 827 bayerischen Wasserversorgungsunternehmen mit Wassergewinnung haben im Jahr 2010 in den 3 142 Wassergewinnungsanlagen insgesamt 854,0 Millionen Kubikmeter Trinkwasser gefördert (2007: 861,1 Millionen Kubikmeter; 2004: 901,1 Millionen Kubikmeter). 3,9 Millionen Kubikmeter Trinkwasser bezogen die Unternehmen nicht aus Bayern, sondern von außerhalb.

Das bayerische Trinkwasser gewannen die Versorgungsunternehmen zu rund 90 % (768,1 Millionen Kubikmeter) aus dem Grund- und Quellwasserreservoir, der Rest (86,0 Millionen Kubikmeter) stammte aus Uferfiltrat, See- und Talsperrenwasser und angereichertem Grundwasser.

Nach Abzug der unter anderem durch defekte Rohrleitungen bzw. durch Messdifferenzen bedingten

Wasserverluste (99,9 Millionen Kubikmeter), des Wasserwerkeigenverbrauchs (23,1 Millionen Kubikmeter) sowie der an Weiterverteiler innerhalb Bayerns bzw. an Weiterverteiler und Endverbraucher außerhalb Bayerns abgegebenen Wassermengen (9,9 Millionen Kubikmeter), bezogen die bayerischen Endverbraucher im Jahr 2010 insgesamt 725,1 Millionen Kubikmeter Trinkwasser. Knapp ein Fünftel (141,0 Millionen Kubikmeter) davon verbrauchten gewerbliche bzw. sonstige Abnehmer wie z. B. Schulen, Krankenhäuser oder behördliche Einrichtungen. Der überwiegende Teil, nämlich 584,1 Millionen Kubikmeter (80,6 %), ging an die Haushalte und das Kleingewerbe.

Insgesamt waren im Jahr 2010 etwa 99,1 % der bayerischen Bevölkerung an die öffentliche Trinkwasserversorgung angeschlossen.

Lediglich rund 117 500 Einwohner gewannen ihr Trinkwasser aus Anlagen, die nicht der öffentlichen Wasserversorgung zuzurechnen sind, wie z. B. durch Hausbrunnen.

Bezogen auf die an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossene Bevölkerung verbrauchte 2010 jeder Einwohner täglich im Schnitt rund 129 Liter Trinkwasser. 2007 waren es noch vier Liter mehr.

Die dargestellten Ergebnisse basieren auf der im dreijährigen Turnus bei Wasserversorgungsunternehmen bzw. Gemeinden durchgeführten Erhebung über die öffentliche Wasserversorgung (§ 7 Abs. 1 UStatG).

Ausführliche Informationen zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung 2010“. (Bestellnummer: Q1100C 201051, nur als Datei).*

97 % der Bayern waren in 2010 an die öffentliche Kanalisation angeschlossen

Im Jahr 2010 wurden in Bayern, vorläufigen Ergebnissen zufolge, insgesamt rund 1,76 Milliarden Kubikmeter Abwasser in öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen gereinigt. Gegenüber der letzten Erhebung im Jahr 2007 war damit ein Anstieg von 2,8 % zu verzeichnen. Es handelte sich dabei zu

54,1 % (951,8 Millionen Kubikmeter) um häusliches und betriebliches Schmutzwasser, 27,4 % (482,1 Millionen Kubikmeter) waren Niederschlagswasser und 18,6 % (327,0 Millionen Kubikmeter) Fremdwasser, das in die Kanalisation eindrang. 99,9 % des behandelten Abwassers reinigten die

Unternehmen bzw. die Gemeinden mithilfe biologischer Verfahren (2007: 99,9 %, 2001: 99,7 %, 1991: 97,4 %).

Die Gesamtlänge der öffentlichen Kanalisation in Bayern lag im Jahr 2010 bei rund 95 400 Kilometern (2007: 90 700 Kilometer). Gut

35 100 Kilometer wurden vor 1981 errichtet, weitere 48 600 Kilometer wurden seitdem entweder neu gebaut oder modernisiert. Zu den übrigen rund 11 600 Kilometern liegen keine Angaben zum Baujahr vor. Der Großteil, nämlich 57,0 %, waren Mischwasserkanäle, in denen Schmutz- und Niederschlagswasser gemeinsam abgeleitet wurden. Bei 29,6 % des Kanalsystems handelte es sich um reine Schmutzwasser- und bei 13,4 % um reine Niederschlagswasserkanäle. Gegenüber 2007 erhöhte sich dieser dem Trennsystem zugeord-

nete Anteil des Kanalnetzes damit um insgesamt 1,9 Prozentpunkte auf 43,0 %.

Im Jahr 2010 waren insgesamt 96,7 % der Bayern an die öffentliche Kanalisation angeschlossen (2007: 96,1 %; 2001: 94,4 %, 1991: 89,8 %). Der Anteil der Bevölkerung, deren Abwasser in eine öffentliche Kläranlage floss, lag bei 96,4 % (2007: 95,8 %; 2001: 93,6 %, 1991: 87,5 %).

Die dargestellten Ergebnisse basieren auf der im dreijährigen Tur-

nus bei Abwasserentsorgungsunternehmen bzw. Gemeinden durchgeführten Erhebung über die öffentliche Abwasserentsorgung (§ 7 Abs. 2 UStatG).

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Bayern 2010“ (Bestellnummer: Q1100C 201051, nur als Datei).*

Zum Internationalen Tag des Waldes am 21. März

Der Wald ist eines der wertvollsten Ökosysteme der Erde. Er ist nicht nur unverzichtbarer Sauerstoffproduzent, sondern hat auch wichtige Klima-, Schutz- und Erholungsfunktionen. Als Reaktion auf die fortschreitende weltweite Waldvernichtung hat die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO) den 21. März zum Internationalen Tag des Waldes erklärt. Bayern wies Ende 2010 etwa 24 719 km² Waldfläche auf. Dies entspricht einem Anteil von 35 % an der gesamten Bodenfläche des Freistaats (70 550 km²). Etwa 57 % der Waldfläche verteilt sich auf mehrere 100 000 Privateigentümer. 30 % gehören dem Land, der von den Bayerischen Staatsforsten – einer im Juli 2005 gegründeten

Anstalt des öffentlichen Rechts – bewirtschaftet wird, 11 % sind Körperschaftswald, der sich im Eigentum kommunaler Forstbetriebe befindet und 2 % sind Bundeswald.

Regional betrachtet, liegen 23,6 % der Waldfläche in Oberbayern (5 834 km²), 15,7 % in der Oberpfalz (3 890 km²), 13,8 % in Niederbayern (3 415 km²), 13,7 % in Unterfranken (3 386 km²), 11,7 % in Oberfranken (2 904 km²), 11,5 % in Schwaben (2 831 km²) und 10,0 % in Mittelfranken (2 462 km²). Recht unterschiedlich fällt der prozentuale Flächenanteil des Waldes in den einzelnen Regierungsbezirken aus. Mit jeweils gut 40 % ist er in der Oberpfalz und in Oberfranken am höchsten. Überdurchschnittlich

ist der Waldanteil mit knapp 40 % auch in Unterfranken. In den Regierungsbezirken Oberbayern, Niederbayern und Mittelfranken liegt er zwischen 33 und 34 %. Dagegen weist Schwaben mit nur gut 28 % den niedrigsten Waldanteil auf.

In Deutschland sind insgesamt drei Zehntel der Bodenfläche mit Wald bedeckt (107 664 km²). Hier von liegt mit 23 % fast ein Viertel in Bayern. Dies ist der mit Abstand höchste Anteil unter den Bundesländern. Deutlich dahinter folgen Baden-Württemberg mit fast 13 % sowie Brandenburg und Niedersachsen mit jeweils knapp 10 %.

* Alle Statistischen Berichte sowie ausgewählte Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich. Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

Pressekonferenz zum offiziellen Start der Generalsanierung der Dienststelle Fürth des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung

Anfang April 2012 fand in Fürth eine Pressekonferenz zur Vorstellung der in den kommenden Jahren anstehenden Baumaßnahmen am Gebäude der ehemaligen Quelle-Hauptverwaltung statt. Minister Joachim Herrmann und Präsident Karlheinz Anding erwartete allerdings noch vor Beginn der Pressekonferenz eine Überraschung. Beschäftigte der Fürther Dienststelle brachten nämlich ihren Unmut darüber, dass die für den Zeitraum des Zensus befristeten Arbeitsverträge nur für einen Teil der Beschäftigten in unbefristete Arbeitsverhältnisse überführt werden können, in Form einer demonstrativen Briefübergabe an Herrn Herrmann zum Ausdruck. Dieser legte daher auch einen Schwerpunkt seiner Rede auf die Personalsituation im Rahmen der Verlagerung. Während der Pressekonferenz erläuterte Herrmann dann unter anderem die Gründe für die Wahl des Gebäudes der Quelle-Hauptverwaltung, die Abläufe der Baumaßnahmen sowie die Themen des Denkmalschutzes und des Umweltschutzes, welche bei der Generalsanierung berücksichtigt werden.

Am 4. April 2012 lud Innenminister Joachim Herrmann Medienvertreter in das ehemalige Quelle-Hauptverwaltungsgebäude, um den offiziellen Startschuss für die Generalsanierung der Fürther Dienststelle des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung bekanntzugeben und Details zu den geplanten Baumaßnahmen vorzustellen. Neben den Medienvertretern waren zur Pressekonferenz auch die Landtagsabgeordnete Frau Petra Guttenberger und der Wirtschaftsreferent der Stadt Fürth, Herr Horst Müller, erschienen, außerdem Vertreter des Personalrats und einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dienststelle, die auf ihre (zumeist befristete) Beschäftigungssituation aufmerksam machen wollten.

Personalsituation in Fürth

Minister Herrmann nahm dies zum Anlass, die Personalsituation im Rahmen der Amtsverlagerung nach Fürth gleich zu Beginn seiner Rede zur Sprache zu bringen. Dabei ging er zunächst darauf ein, dass die Staatsregierung wegen der Quelle-Pleite im Jahr 2009 entschieden hatte, das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (mit Amtsleitung, Zentralverwaltung und den drei Münchner Statistikabteilungen) und damit 540 krisensichere Arbeitsplätze auf Dauer nach Fürth zu verlagern. Danach führte er aus, dass als schnelle Hilfe seit August 2010 für die Durchführung des Zensus im Jahr 2011 eine Dienststelle des Landesamts in Fürth eingerichtet und Personal aus der Region eingestellt wurde. Er verwies darauf, dass derzeit etwa 260 Mitarbeiter in der Dienststelle tätig sind und dass sich die sukzessive Einstellung der Zensusmitarbeiter bereits positiv am Arbeitsmarkt bemerkbar gemacht habe. Minister Herrmann stellte aber auch klar, dass der Zensus von Anfang an als ein zeitlich befristetes Projekt angelegt war und die Stellen der Zensusmitarbeiter grundsätzlich bis Ende Juni 2012 befristet sind. Nur aufgrund von Verzögerungen bei den Zensusarbeiten sei es möglich, etwa 85 Mitarbeiter bis zum 30. September 2012 weiter zu beschäftigen, sagte Herrmann. Die Planungen dieses Jahres sähen vor, dass sowohl das Sachgebiet „Agrarstruktur“, als auch Arbeiten im Rahmen der Verdiensterhebung verlagert

und ein Team für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die 2013 beginnen wird, aufgebaut werden soll. Für Ende 2012 werde das zusammengekommen einem Personalbestand von voraussichtlichen 86 Mitarbeitern entsprechen. Damit werden sogar mehr Mitarbeiter eingestellt, als es die derzeitige Verlagerungsplanung (50 Arbeitsplätze pro Jahr bis 2015) vorsehe, teilte Minister Herrmann weiter mit.



Minister Joachim Herrmann (l.), Präsident Karlheinz Anding (m.) und die stellv. Pressesprecherin Anke Schwarz (r.) bei der Pressekonferenz zur Generalsanierung.

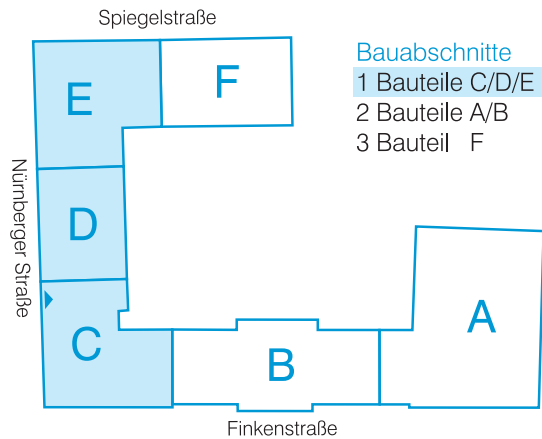
Entscheidung für das ehemalige Quelle-Hauptverwaltungsgebäude

Nach dem Themenbereich Personalsituation in Fürth leitete Minister Herrmann über zur Vorstellung der seit Anfang März laufenden Baumaßnahmen der Generalsanierung. Dabei ging er zuerst auf die der Sanierung vorangegangene Gebäudeauswahl ein. Minister Herrmann führte aus, dass die Entscheidung für das Gebäude in der Nürnberger Str. 91 bis 95 auf Basis mehrerer Faktoren getroffen wurde; dazu zählen die verkehrsgünstige Lage des Gebäudes, die Bausubstanz, welche als überwiegend für eine weitere Nutzung geeignet eingestuft wurde und die Möglichkeit, die Umbaumaßnahmen in mehreren Abschnitten durchzuführen, die – und das sei für ihn eine Herzensangelegenheit – eine sozialverträgliche und flexiblere Verlagerung des Amtes gestattet. Er betonte, dass mit der Wahl dieses Gebäudes der Öffentlichkeit auch ein deutlich positives Signal gegeben werde, dass mit der Verlagerung des Landesamtes die Quelle-Pleite zumindest teilweise aufgefangen werde. Im Anschluss ging er auf die Kosten der Umbaumaßnahmen ein, die mit 37,5 Millionen Euro für eine Nutzfläche von 11 109 m² veranschlagt wurden. Herrmann wies darauf hin, dass darin bereits 15 Millionen Euro aus der Zukunftsinitiative „Aufbruch Bayern“ enthalten sind.

Vorstellung der drei Bauabschnitte

Im Anschluss skizzierte Minister Herrmann den zeitlichen Ablauf der anstehenden Baumaßnahmen. Der erste Bauabschnitt umfasst die histo-

rischen Gebäudeteile aus dem Jahr 1907 (siehe Graphik, Abschnitt C, D und E), die an der Nürnberger Str. liegen. Im zweiten Abschnitt werden die Gebäudeteile zur Finkenstraße (Abschnitt A und B) saniert, die derzeit noch von den Zensusmitarbeitern genutzt werden. Zum Schluss werden die Bauarbeiter den Gebäudeteil, der an der Spiegelstraße liegt (siehe Graphik, Abschnitt F), abreißen und ein neues Gebäude errichten.



Bauabschnitte der Fürther Dienststelle.

Beim ersten Bauabschnitt, mit dem die Generalsanierung beginnt, werden die derzeitigen Abbrucharbeiten bereits Ende April abgeschlossen und die Ausbauarbeiten im kommenden Winter begonnen. Mit der Fertigstellung dieses Abschnitts ist laut Herrmann Ende 2014 zu rechnen. Damit werden Büroräume für etwa 200 Mitarbeiter, Schulungs- und Besprechungsräume, Räume für die Fachbibliothek des Landesamtes und die Technik fertiggestellt sein.



Minister Joachim Herrmann veranschaulicht die Umbaupläne.

Für den ersten Bauabschnitt, so erläuterte Herrmann, wird mit Kosten in Höhe von 20,65 Millionen Euro gerechnet, die aber bereits vom Haushaltsausschuss des Landtages genehmigt wurden. Parallel zu den Bauarbeiten von Abschnitt D werden laut Herrmann bereits die Planungsarbeiten für die angrenzenden Gebäudeteile C und E des ersten Bauabschnitts laufen. Als Termin für den Beginn des zweiten Bauabschnitts Anfang 2015 und als Fertigstellungszeitpunkt für die komplette Generalsanierung werde ein Termin zwischen Ende 2018 und Anfang 2019 angestrebt.

Berücksichtigung von Denkmalschutz- und Umweltschutzbelangen

Herrmann ging auch auf Aspekte des Denkmalschutzes ein, wie sie bei den 1907 errichteten Gebäudeteilen entlang der Nürnberger Straße zu berücksichtigen sind. So wird der Haupteingang auch in Zukunft an der bisherigen Stelle erhalten bleiben, allerdings den Anforderungen an die Barrierefreiheit angepasst. Minister Herrmann wies darauf hin, dass durch die Einbeziehung des Landesamtes für Denkmalpflege die historische Fassade des Gebäudes wieder behutsam zum Vorschein geholt werden soll.



Entwurf der Worschech-Architektenplanungs-gesellschaft.
(Frontansicht von der Nürnberger Str.)

Darüber hinaus hob Herrmann die mit den Umbaumaßnahmen einhergehenden Aufrüstungen der Gebäudeteile nach den neuesten energetischen Standards hervor. Durch diese ließen sich in der Summe jährlich rund 84 Tonnen CO₂ einsparen. Davon entfallen laut Herrmann etwa 25 Tonnen auf die Wärmerückgewinnung, 29 Tonnen auf die Nutzung freier Kühlung in den Wintermonaten und etwa 30 Tonnen auf die Verwendung von Biogas bei der Wärmeversorgung. Herrmann schloss seine Rede mit dem Resümee, dass der Freistaat Bayern mit den für die Generalsanierung der Fürther Dienststelle geplanten Maßnahmen ein Vorbild beim energiesparenden Bauen sei.

Im Anschluss an die Rede des Ministers hatten Medienvertreter die Gelegenheit, Fragen zu stellen. Frau Fritz von der Nürnberger Zeitung sprach gleich die Personalsituation an. Präsident Anding zeigte Verständnis dafür, dass sich viele der Zensusmitarbeiter Hoffnungen auf eine Weiterbeschäftigung gemacht hätten, stellte jedoch klar, dass von Seiten des Amtes im Rahmen von Rundschreiben und Personalversammlungen immer offen und ehrlich gegenüber den Mitarbeitern gesagt wurde, dass es

sich um befristete Verträge handle und dass nur eine begrenzte Zahl an Mitarbeitern übernommen werden könne.



Minister Joachim Herrmann und Präsident Karlheinz Anding stellen sich den Fragen der Medienvertreter.

Für ihn käme die „derzeitige Situation der Arbeitsplatzverlagerung von München nach Fürth einer Quadratur des Kreises gleich“, da er neben den Belangen der Fürther Kollegen auch die der Stammebelegschaft in München nicht außer Acht lassen könne. Er wies mit Blick auf die Fürther Mitarbeiter in diesem Zusammenhang auf die durch die Bauarbeiten be-



Minister Joachim Herrmann packt beim Baustellenrundgang gleich selbst mit an.

grenzten Raumkapazitäten und die daran gekoppelte langfristige Grobplanung des Amtes hin, welche bis zum Jahr 2015 eine Verlagerung von 50 Arbeitsplätzen pro Jahr vorsehe. Danach werden bis 2019 jährlich etwa 85 Plätze pro Jahr verlagert. Anding teilte mit, dass eine Feinplanung darüber, welche Facheinheiten von der jährlichen Arbeitsplatzverlagerung betroffen sein werden, Jahr für Jahr zu erstellen ist. Auch den in der Presse aufgeworfenen Vorwurf, dass es sich bei der Verlagerung um eine Wahlkampfaktik handele, widersprach Präsident Anding. Da pro Jahr im Schnitt 50 Arbeitsplätze verlagert werden sollen, habe man mit den derzeit für

2012 geplanten 85 Mitarbeitern für das Wahljahr 2013 sogar weniger Kapazitäten zur Verfügung. Von daher sei der Vorwurf nicht nachvollziehbar. Im Anschluss gaben Minister Herrmann und Präsident Anding den Rundfunk- und Fernsehvertretern noch einige Einzelinterviews.

Zum Ende der Pressekonferenz waren alle Anwesenden eingeladen, sich an einem Rundgang durch die Baustelle zu beteiligen. Der für die Generalsanierung beauftragte Architekt Dr. Klaus Worschech übernahm hierbei die Führung und berichtete wissenswerte Fakten rund um das Gebäude.

Dipl.Demogr.Univ. Anke Schwarz

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns im Jahr 2010

Karlheinz Hackenberg

Im Verarbeitenden Gewerbe¹ Bayerns wurden 2010 nominal rund 8,8 Milliarden Euro in Sachanlagen investiert. Nach einer Abnahme von 31,2 % im Jahr zuvor, blieben die Sachanlageinvestitionen im Jahr 2010 knapp über dem Vorjahresniveau, und zwar um 0,1 %. Von den selbstbilanzierten Sachanlageinvestitionen entfielen 88,7 % auf Ausrüstungen, 10,7 % auf bebaute Grundstücke und Bauten sowie 0,6 % auf Grundstücke ohne Bauten.

Investitionstätigkeit hält sich auf Vorjahresstand

Im Rahmen der Investitionserhebung 2010 wurden bayernweit 5 524 Unternehmen befragt, davon 4 499 Einbetriebsunternehmen und 1 025 Mehrbetriebs- bzw. Mehrländerunternehmen. Die Zahl der in Bayern ansässigen Betriebe belief sich auf 6 808. Darunter waren die bereits genannten 4 499 Einbetriebsunternehmen, 919 Betriebe von Mehrbetriebsunternehmen und 1 390 bayerische Betriebe von Mehrländerunternehmen. 13,2 % der an der Erhebung teilnehmenden Betriebe meldeten im Jahr 2010 keine Investitionstätigkeit.

Im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns wurden 2010 nominal rund 8,8 Milliarden Euro in Sachanlagen investiert. Nach Steigerungen in den Jahren 2006 bis 2008 fielen die Sachanlageinvestitionen 2009 um 31,2 % unter das Vorjahresniveau und blieben 2010 in etwa auf diesem Stand (+0,1 %). Von den rund 8,8 Milliarden Euro entfielen 88,7 % auf Ausrüstungen (Maschinen, maschinelle Anlagen, Güter für die Betriebs- und Geschäftsausstattung), 10,7 % auf bebaute Grundstücke und Bauten und 0,6 % auf Grundstücke ohne Bauten. Die Investitionen für Ausrüstungen stiegen um 2,1 %, die für bebaute Grundstücke und Bauten gingen um 13,2 % zurück. Bei den Investitionen für Grundstücke ohne Bauten ergab sich ein Minus von 13,7 % (vgl. Tab. 1).

Die Investitionsintensität (Sachanlageinvestitionen je Beschäftigten) verringerte sich nur geringfügig von 7 812 Euro im Jahr 2009 auf 7 807 Euro im Jahr 2010. Auch die Investitionsquote, d. h. der Anteil der

Investitionen am Umsatz, sank im Vergleich zu 2009 nur um 0,2 Prozentpunkte auf 3,0 % (vgl. Tab. 2).

Tab. 1 **Sachanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹ Bayerns im Jahr 2010**
Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten

Anlageart	Sachanlageinvestitionen 2010		
	insgesamt ³	Veränderungen zum Vorjahr in Prozent	Anteil in Prozent
Mill. Euro			
Bebaute Grundstücke und Bauten	943	-13,2	10,7
Grundstücke ohne Bauten	57	-13,7	0,6
Maschinen, maschinelle Anlagen ² ..	7 841	2,1	88,7
Insgesamt	8 841	0,1	100

1 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

2 Einschließlich Betriebs- und Geschäftsausstattung.

3 Selbstbilanziert.

Der Fahrzeugbau auch 2010 stärkster Investor des Verarbeitenden Gewerbes

Die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen teilen hatte im Jahr 2010 einen Anteil von 32,1 % an den gesamten Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes (vgl. Abb. 1). Sie blieb damit Spitzenreiter im Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Tab. 2). Die Branche investierte 2,8 Milliarden Euro, was einem Plus gegenüber dem Vorjahr von 3,3 % entsprach. Der Maschinenbau als zweitstärkster Investor des Verarbeitenden Gewerbes verzeichnete mit rund 0,9 Milliarden Euro eine Abnahme von 11,5 % gegenüber den Ausgaben des Vorjahres. Nominal die dritthöchste Summe (rund 0,6 Milliarden Euro)

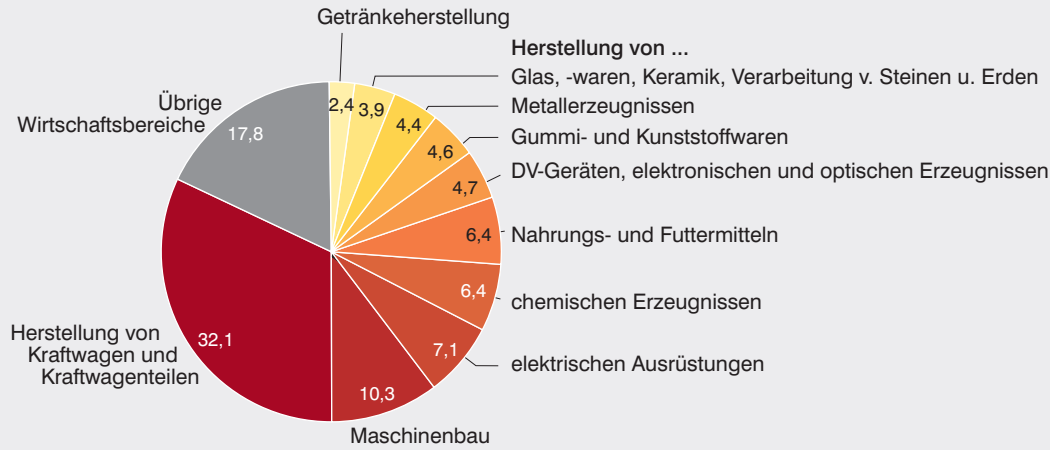
1 Soweit nicht explizit zwischen den Wirtschaftsabschnitten „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ und „Verarbeitendes Gewerbe“ unterschieden wird, umfasst die Bezeichnung „Verarbeitendes Gewerbe“ auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden.

Sachanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹ in Bayern 2010²

Abb. 1

in Prozent

Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten



1 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

2 Selbstbilanziert

Tab. 2 Sachanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹ Bayerns im Jahr 2010

Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten

WZ 2008	Bezeichnung/Abschnitt/Ausgewählte Abteilung	Sachanlageinvestitionen 2010 ²			
		Mill. Euro	Änderung zum Vorjahr in Prozent	je Beschäf- tigten in Euro	im Verhältnis zum Umsatz in Prozent
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	76	12,6	14 805	9,3
C	Verarbeitendes Gewerbe	8 766	0,0	7 775	2,9
10	H.v. Nahrungs- und Futtermitteln	562	14,9	5 803	2,8
11	Getränkeherstellung	211	17,1	14 644	6,6
13	H.v. Textilien	59	5,7	4 643	2,4
14	H.v. Bekleidung	36	-15,3	3 424	1,7
16	H.v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	87	25,7	6 012	3,0
17	H.v. Papier, Pappe und Waren daraus	185	25,4	9 401	3,3
18	H.v. Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	169	15,3	8 196	5,4
20	H.v. chemischen Erzeugnissen	562	-36,0	11 863	4,1
22	H.v. Gummi- und Kunststoffwaren	405	8,1	5 806	3,5
23	H.v. Glas-, -waren, Keramik, Verarbeitung v. Steinen u. Erden	346	0,3	7 768	4,9
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	194	7,7	8 036	3,1
25	H.v. Metallerzeugnissen	390	4,6	1 194	3,0
26	H.v. DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	415	20,0	5 726	1,5
27	H.v. elektrischen Ausrüstungen	624	8,0	6 546	3,1
28	Maschinenbau	911	-11,5	4 664	2,4
29	H.v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2 839	3,3	16 988	3,5
30	Sonstiger Fahrzeugbau	161	-14,3	6 948	2,8
31	H.v. Möbeln	69	-19,7	2 828	1,8
32	H.v. sonstigen Waren	169	9,4	6 396	3,9
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	111	26,5	2 539	1,0
	Insgesamt	8 841	0,1	7 807	3,0
	darunter: Vorleistungsgüterproduzenten	2 888	-4,6	7 367	3,5
	Investitionsgüterproduzenten	4 377	0,3	8 473	2,7
	Verbrauchsgüterproduzenten	1 325	16,5	7 357	3,7

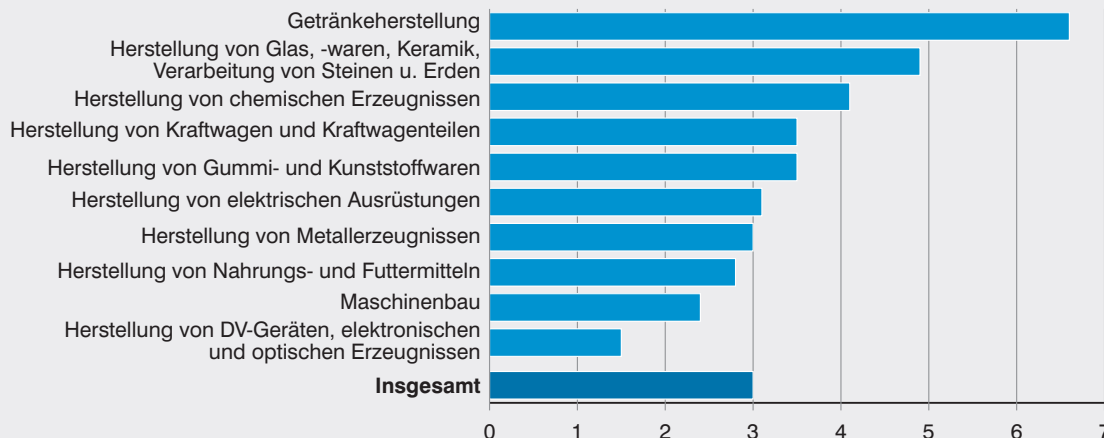
1 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

2 Selbstbilanziert.

Sachanlageinvestitionen im Verhältnis zum Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe¹ in Bayern 2010² in Prozent

Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten

Abb. 2



1 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.
2 Selbstbilanziert

investierten die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen und übertrafen damit die Vorjahresinvestitionen um 8,0%.

Den stärksten Rückgang mit 36,0% verzeichneten die Hersteller von chemischen Erzeugnissen.

Die höchste Investitionsquote (Sachanlageinvestitionen im Verhältnis zum Umsatz) mit 9,3%, hatte auch 2010 der Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (vgl. Abb. 2). Es folgten die Hersteller von Getränken mit 6,6% und die Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern mit 5,4%. Die niedrigste Investitionsquote des Verarbeitenden Gewerbes von 1,0% wies der Bereich „Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen“ auf.

Regionale Entwicklung der Investitionstätigkeit

43,0%, d. h. rund 3,8 Milliarden Euro, entfielen 2010 auf den Regierungsbezirk Oberbayern, der damit wieder an der Spitze bei den aktivierten Sachanlageinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes stand (vgl. Tab. 3). Der Regierungsbezirk Schwaben besetzte mit einem Anteil von 12,5 % den zweiten Platz. Das Schlusslicht unter den Regierungsbezirken bildete erneut Oberfranken mit 6,3 % Investitionsanteil.

Eine starke Zunahme bei den Investitionen gegenüber dem Jahr 2009 konnte mit 57,7% der Regie-

rungsbezirk Schwaben verbuchen. Auch Mittelfranken mit einem Plus von 5,2% verzeichnete eine

Tab. 3 **Aktiviert Sachanlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹ Bayerns im Jahr 2010 nach Regierungsbezirken**
Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten

Regierungsbezirk	Sachanlageinvestitionen 2010		
	Mill. Euro	Änderung zum Vorjahr in Prozent	Anteil an Bayern insgesamt
Oberbayern	3 805	-0,9	43,0
Niederbayern	794	-27,0	9,0
Oberpfalz	1 056	57,7	12,0
Oberfranken	560	-5,3	6,3
Mittelfranken	932	5,2	10,5
Unterfranken	587	-7,2	6,7
Schwaben	1 107	-1,7	12,5
Bayern	8 841	0,1	100

1 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

positive Entwicklung. Den stärksten Rückgang der Investitionen gegenüber dem Vorjahr wies der Regierungsbezirk Niederbayern mit 27,0% aus.

Details zur Investitionserhebung 2010 enthält der Statistische Bericht „Investitionen des Verarbeitenden Gewerbes (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern 2010“ (Bestellnummer E1600C 201000), der kostenlos als PDF-Datei heruntergeladen werden kann (www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen).

Einführung in die statistische Geheimhaltung

Dipl.Stat.Univ. Doris Kobl, B.Sc. Statistik Carola Gaffrontke

In diesem Beitrag wird in die grundlegende Thematik der statistischen Geheimhaltung eingeführt. Nach einer Darstellung der gesetzlichen Grundlagen, basierend auf dem Volkszählungsurteil von 1983, werden die wichtigsten Begriffe erläutert. Schwerpunkt ist die Vorstellung des Geheimhaltungsverfahrens durch Zellspernung. Es unterteilt sich in primäre und sekundäre Geheimhaltung. Bei der primären Geheimhaltung werden mit Hilfe von Fallzahlregeln oder Dominanzregeln geheimhaltungskritische Tabellenfelder gesperrt. Die Fallzahlregel sperrt dabei die Werte 1 und 2. Die sekundäre Geheimhaltung unterdrückt zusätzliche Tabellenfelder, um die Rückrechenbarkeit der primär geheimgehaltenen Werte durch Summen- oder Differenzbildung zu verhindern. Am Ende wird ein Ausblick auf datenverändernde Verfahren gegeben.

Gesetzliche Grundlagen

Zu den Aufgaben der Statistischen Ämter in Deutschland gehört neben der Erhebung von Daten auch deren Veröffentlichung. Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind die Statistischen Ämter in besonderem Maße auf die Mitarbeit und Auskunftsbereitschaft der Bürger angewiesen. Die Auskunftspflichtigen müssen sich dabei auf den Schutz ihrer vertraulichen Daten verlassen können. Das Bundesverfassungsgericht hat im Volkszählungsurteil von 1983, aus dem das Bundesstatistikgesetz i.d.F. von 1987 resultierte, die herausragende Bedeutung des Statistikgeheimnisses hervorgehoben. Es betrachtet den Grundsatz, die zu statistischen Zwecken erhobenen Einzelangaben strikt geheimzuhalten, nicht nur als konstitutiv für die Funktionsfähigkeit der Bundesstatistik, sondern auch im Hinblick auf den Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung als unverzichtbar.

In §16 Absatz 1 Bundesstatistikgesetz (BStatG) heißt es:

„Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse, die für eine Bundesstatistik gemacht werden, sind von den Amtsträgern und für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten, die mit der Durchführung von Bundesstatistiken betraut sind, geheimzuhalten, soweit durch besondere Rechts-

vorschrift nichts anderes bestimmt ist.

Dies gilt nicht für

1. Einzelangaben, in deren Übermittlung oder Veröffentlichung der Befragte schriftlich eingewilligt hat,
2. Einzelangaben aus allgemein zugänglichen Quellen, wenn sie sich auf die in §15 Abs. 1 genannten öffentlichen Stellen beziehen, auch soweit eine Auskunftspflicht aufgrund einer Bundesstatistik anordnenden Rechtsvorschrift besteht,
3. Einzelangaben, die vom Statistischen Bundesamt oder den statistischen Ämtern der Länder mit den Einzelangaben anderer Befragter zusammengefasst und in statistischen Ergebnissen dargestellt sind,
4. Einzelangaben, wenn sie dem Befragten oder Betroffenen nicht zuzuordnen sind.“

Diese gesetzliche Vorschrift besagt also: Einzelangaben sind durch die statistischen Ämter grundsätzlich geheimzuhalten. Eventuelle Ausnahmen von diesem Grundsatz müssen in Rechtsvorschriften geregelt sein.

Damit die statistischen Ämter und andere Institutionen Daten nicht nur erheben, sondern auch Ergebnisse ihrer Arbeit veröffentlichen dürfen, wurden die

wichtigsten dieser Ausnahmen bereits in den Punkten 1. bis 4. festgelegt.

Begriffe

Zunächst werden einige im Zusammenhang mit der statistischen Geheimhaltung häufig verwendete Begriffe etwas näher erläutert.

Man unterscheidet pretabulare und posttabulare Verfahren. Pretabular nennt man ein Verfahren, das auf Mikrodaten *vor* der Tabellenerstellung angewandt wird. Im Idealfall treten in der aggregierten (auf bestimmte Art zusammengefassten) Tabelle keine Geheimhaltungsfälle mehr auf.

Posttabulare Verfahren werden auf bereits aggregierte Ergebnisse, also *nach* der Tabellenerstellung angewandt. Zur Wahrung der Geheimhaltung müssen diese Tabellen jedoch nochmals überarbeitet werden.

Des weiteren unterscheidet man auch informationsreduzierende von datenverändernden Geheimhaltungsverfahren. Bei den informationsreduzierenden Verfahren werden Informationen unterdrückt oder vergrößert; das ist zum Beispiel bei der Sperrung von Tabellenfeldern der Fall. Bei datenverändernden Verfahren werden die Ursprungsdaten auf verschiedene Weise verändert; dies kann beispielsweise durch Vertauschen von Merkmalen, Überlagerung mit Zufallsfehlern oder Zusammenfassen von ähnlichen Werten erfolgen.

Die Anonymisierung soll verhindern, dass ein Einzeldatensatz einer bestimmten Person oder statistischen Einheit zugeordnet werden kann. Sie erfolgt pretabular, also vor der Tabellenerstellung. Dabei werden z. B. Identifikationsmerkmale wie Namen oder Kennnummern entfernt oder verfälscht.

Die Tabellengeheimhaltung hingegen wird posttabular auf Tabellen mit fester Struktur angewandt. Sie soll verhindern, dass einzelne oder Kombinationen von Merkmalsausprägungen einer Person oder statistischen Einheit zugeordnet werden können. Dazu müssen zunächst die kritischen Tabellenfelder identifiziert und dann die betroffenen Angaben entfernt oder verfälscht werden.

Geheimhaltung durch Zellspernung

Bei der Geheimhaltung durch Zellspernung handelt es sich um ein traditionelles Geheimhaltungsverfahren. Es ist posttabular, wird also angewandt auf die bereits aggregierten Tabellen. Einzelne geheimzuhaltende Tabellenzellen werden dabei vollständig gesperrt. Das Verfahren unterteilt sich in primäre und sekundäre Geheimhaltung.

1. Die primäre Geheimhaltung

Mit Hilfe von Geheimhaltungsregeln wird festgelegt, welche Tabellenfelder primär geheimzuhalten sind, da bei ihnen die Gefahr einer exakten oder näherungsweise Offenlegung von Einzelangaben besteht.

1.1 Fallzahlregeln

Primäre Geheimhaltungsmethoden, die im Rahmen der Zellsperverfahren eine exakte Offenlegung geheimhaltungskritischer Tabellenwerte verhindern, werden als Fallzahlregeln bezeichnet. Sie werden in Häufigkeitstabellen angewandt. Nach der Fallzahlregel wird ein Tabellenwert geheimgehalten, wenn weniger als n (n ist üblicherweise drei) Befragte (Einheiten) zum Tabellenwert beitragen:

- $n = 1$: Die Geheimhaltung ist nicht gesichert, da nur eine Einheit zum Aggregat beiträgt.
- $n = 2$: Die Geheimhaltung ist nicht gesichert, da jeder der beiden zum Aggregat beitragenden Befragten die Einzelangaben des jeweils anderen als Differenzbetrag errechnen kann.
- $n = 3$: Die Geheimhaltung ist gesichert, wenn man davon ausgeht, dass jeder der drei Befragten nur einen Einzelbeitrag (nämlich seinen eigenen) kennt. Diese Regel ist als Dreierregel bekannt und wird in der amtlichen Statistik angewandt.

Fiktives Beispiel für eine Häufigkeitstabelle:

Tab. 1 Anzahl Betriebe		
Wirtschaftszweig	Region	
	A	B
1	11	4
2	1	33
3	32	2
4	16	21

Dazugehörige Wertetabelle:

Tab. 2 Umsatz in 1 000 Euro			
Wirtschafts- zweig	Region		
	A	B	
1	564	100	
2	125	2 513	
3	1 586	658	
4	928	5 874	

Dargestellt in einer Tabelle:

Tab. 3 Betriebe und Umsatz				
WZ	Region			
	A		B	
	Fallzahl	Umsatz in 1 000 Euro	Fallzahl	Umsatz in 1 000 Euro
1	11	564	4	100
2	1	125	33	2 513
3	32	1 586	2	658
4	16	928	21	5 874

In Tabelle 3, die die Tabellen 1 und 2 zusammenfasst, sind die farbig markierten Felder (Fallzahlen 1 und 2) sowie die dazugehörigen Umsätze geheimzuhalten. Dies wird üblicherweise durch einen Punkt dargestellt (Tabelle 4).

Tab. 4 Betriebe und Umsatz				
WZ	Region			
	A		B	
	Fallzahl	Umsatz in 1 000 Euro	Fallzahl	Umsatz in 1 000 Euro
1	11	564	4	100
2	33	2 513
3	32	1 586	.	.
4	16	928	21	5 874

1.2 Dominanzregeln

Bei den Dominanzregeln handelt es sich um primäre Geheimhaltungsmethoden, die angewandt werden, wenn nicht nur die Offenlegung des exakten Wertes einer Einheit, sondern auch die näherungsweise Offenlegung von Einzelangaben verhindert werden soll. Die Anwendung von Fallzahlregeln reicht hierfür nicht aus. Eine näherungsweise Offenlegung ist dann möglich, wenn ein Tabellenwert von einer Einzelangabe dominiert wird. Beispiele für Dominanzregeln sind die (n,k)-Dominanzregel und die p%-Regel.

1.2.1 (1,k)-Dominanzregel

Die (1,k)-Dominanzregel besagt, dass der Wert X eines Tabellenfeldes geheimzuhalten ist, wenn der Wert des größten Einzelbeitrags x_1 mehr als k% des Aggregatwertes X beträgt, d. h. wenn gilt:

$$x_1 > \frac{k}{100} \cdot X, \quad 0 \leq k < 100$$

Diese Regel gewährleistet, dass bei veröffentlichten Aggregaten der Wert des größten Einzelbeitrags x_1 höchstens k% des Aggregatwertes X ausmacht.

Beispiel 1:

Tab. 5 Betriebe und Umsatz				
WZ	Region			
	A		B	
	Fallzahl	Umsatz in 1 000 Euro	Fallzahl	Umsatz in 1 000 Euro
1	11	564	4	100
2	1	125	33	2 513
3	32	1 586	2	658
4	16	928	21	5 874

Einzelwerte in 1 000 Euro	
x_1	80
x_2	8
x_3	6
x_4	6
X	100

Es gelte die (1,85)-Dominanzregel:

Der Wert des Tabellenfeldes betrage $X = 100\,000\,€$.

Der Wert des größten Einzelbeitrags sei $x_1 = 80\,000\,€$.

Da $80\,000\,€ \leq \frac{85}{100} \cdot 100\,000\,€$ gilt, muss das Tabellenfeld nicht geheimgehalten werden.

Beispiel 2:

Tab. 6 Betriebe und Umsatz				
WZ	Region			
	A		B	
	Fallzahl	Umsatz in 1 000 Euro	Fallzahl	Umsatz in 1 000 Euro
1	11	564	4	100
2	1	125	33	2 513
3	32	1 586	2	658
4	16	928	21	5 874

Einzelwerte in 1 000 Euro	
x_1	50
x_2	49
x_3	0,5
x_4	0,5
X	100

Es gelte die (1,85)-Dominanzregel:

Der Wert des Tabellenfeldes betrage $X = 100\,000\,€$.

Der Wert des größten Einzelbeitrags sei $x_1 = 50\,000\,€$.

Der Wert des zweitgrößten Einzelbeitrags sei

$x_2 = 49\,000\,€$.

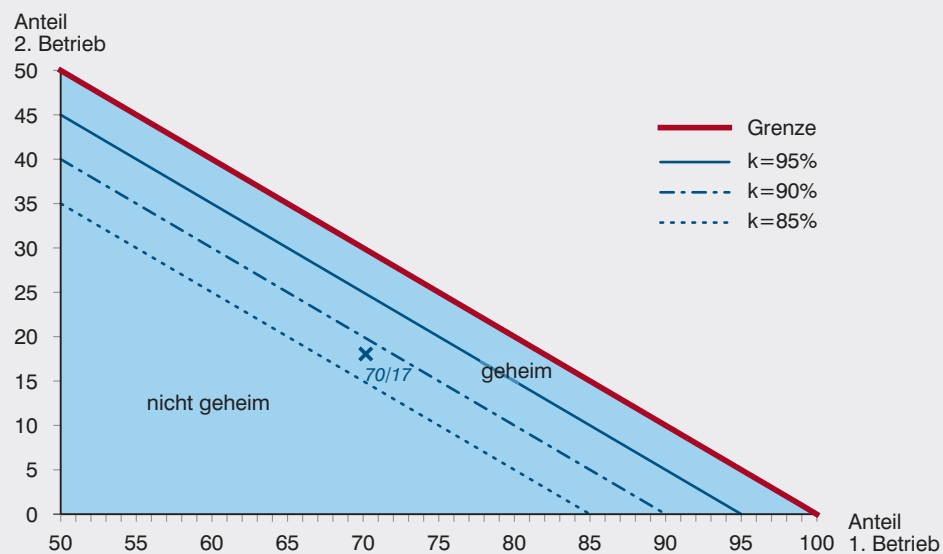
Da $50\,000\,€ \leq \frac{85}{100} \cdot 100\,000\,€$ gilt, muss das Tabellenfeld nach der (1,85)-Dominanzregel nicht geheimgehalten werden.

Eine wesentlich genauere Schätzung des größten Einzelbeitrags x_1 als nur mit Hilfe des Aggregatwertes X kann aber der Befragte mit dem zweitgrößten Einzelbeitrag x_2 machen, indem er seinen eigenen Beitrag x_2 vom Aggregatwert X abzieht:

$$\hat{x}_1 = X - x_2$$

Geheimhaltung mit (2,k)-Dominanzregel bei verschiedenen k-Werten

Abb. 1



Für Beispiel 2 (vgl. Tab. 6) bedeutet dies:

$$\hat{x}_1 = 100\,000\text{€} - 49\,000\text{€} = 51\,000\text{€}$$

und damit

$$100 \cdot \frac{\hat{x}_1 - x_1}{x_1} = 100 \cdot \frac{51\,000\text{€} - 50\,000\text{€}}{50\,000\text{€}} = 2\%$$

d. h. der Wert des größten Einzelbeitrags kann von dem Befragten mit dem zweitgrößten Einzelbeitrag auf 2% genau geschätzt werden.

Die Geheimhaltung ist also in bestimmten Fällen durch die (1,k)-Dominanzregel nicht gesichert. Aus diesem Grund kann es sinnvoll und notwendig sein, die (2,k)-Dominanzregel anzuwenden.

1.2.2 (2, k)-Dominanzregel

Die (2,k)-Dominanzregel besagt, dass der Wert X eines Tabellenfeldes geheimzuhalten ist, wenn die Summe der zwei größten Einzelbeiträge $x_1 + x_2$ mehr als k% des Aggregatwertes X beträgt, d. h.

$$\text{wenn gilt: } x_1 + x_2 > \frac{k}{100} \cdot X, \quad 0 \leq k < 100$$

Diese Regel gewährleistet, dass bei veröffentlichten Aggregaten der aufsummierte Wert der beiden größten Einzelbeiträge $x_1 + x_2$ höchstens k% des Aggregatwertes X beträgt.

Beispiel:

Es gelte für obiges Beispiel 2 (vgl. Tabelle 6) die (2,85)-Dominanzregel:

Wegen $x_1 + x_2 = 50\,000\text{€} + 49\,000\text{€} = 99\,000\text{€}$

und $99\,000\text{€} > \frac{85}{100} \cdot 100\,000\text{€}$ muss das Tabellenfeld aufgrund der (2,85)-Dominanzregel geheimgehalten werden.

In manchen Fällen kann es sinnvoll sein, die (1,k)-Dominanzregel zusätzlich zur (2,k)-Dominanzregel anzuwenden, nämlich dann, wenn der größte Einzelbeitrag alle anderen Einzelbeiträge sehr stark dominiert.

Beispiel 3:

Der Wert des Tabellenfeldes betrage $X = 100\,000\text{€}$. Der Wert des größten Einzelbeitrags sei $x_1 = 86\,000\text{€}$. Der Wert des zweitgrößten Einzelbeitrags sei $x_2 = 4\,000\text{€}$.

Bei Anwendung der (2,90)-Dominanzregel muss das Tabellenfeld nicht geheimgehalten werden, da gilt:

$$x_1 + x_2 = 90\,000\text{€} \leq \frac{90}{100} \cdot 100\,000\text{€}.$$

Bei zusätzlicher Anwendung der (1,85)-Dominanzregel muss das Tabellenfeld geheimgehalten werden, da gilt:

$$x_1 = 86\,000\text{€} > \frac{85}{100} \cdot 100\,000\text{€}.$$

Anmerkung: Bei kombinierter Anwendung der (2,k)-Dominanzregel mit der (1,k)-Dominanzregel muss

der Wert von k bei der $(1, k)$ -Dominanzregel natürlich kleiner sein als der Wert von k bei der $(2, k)$ -Dominanzregel. Somit wäre bei Beispiel 3 die gleichzeitige Anwendung der $(2, 85)$ -Dominanzregel und der $(1, 85)$ -Dominanzregel nicht sinnvoll.

Abbildung 1 gibt einen Überblick über die Geheimhaltung mit der $(2, k)$ -Dominanzregel bei verschiedenen k -Werten. Dem Anteil des größten Betriebs am Aggregatwert wird der Anteil des zweitgrößten Betriebs am Aggregatwert gegenübergestellt. Für die unterschiedlichen Anteils kombinationen und für verschiedene k -Werte werden die entsprechenden Geheimhaltungsfälle aufgezeigt.

Beispielsweise wäre für die Kombination x (70,17) mit Anteil 1. Betrieb 70% und Anteil 2. Betrieb 17% am Aggregatwert der Aggregatwert nach der $(2, 85)$ -Dominanzregel geheimzuhalten, nach der $(2, 90)$ - und der $(2, 95)$ -Dominanzregel könnte er jedoch veröffentlicht werden.

Allgemein gilt: Je größer der Wert von k ist, desto weniger Dominanz-Geheimhaltungsfälle treten auf.

1.2.3 p%-Regel

Nach der sogenannten $p\%$ -Regel ist der Wert X eines Tabellenfeldes geheimzuhalten, wenn die Differenz zwischen Aggregatwert X und zweitgrößtem Einzelwert x_2 den größten Einzelwert x_1 um weniger als $p\%$ übersteigt, d.h. wenn gilt:

$$\frac{(X - x_2) - x_1}{x_1} \cdot 100 < p, \quad 0 \leq p < 100$$

Diese Regel besagt, dass die genaueste Schätzung des größten Einzelwertes, die im allgemeinen der Befragte mit dem zweitgrößten Einzelwert machen kann, indem er seinen eigenen Beitrag vom Aggregatwert (Wert des Tabellenfeldes) abzieht, den (ihm unbekannten) größten Einzelwert um mindestens $p\%$ überschätzen soll.

Die zur Wahrung der Geheimhaltung vertretbare Schätzgenauigkeit ist vorab für jede Statistik individuell festzulegen. Für die Festlegung eines p -Wertes gibt es Erfahrungswerte.

Beispiel 4:

Tab. 7 Betriebe und Umsatz				
WZ	Region			
	A		B	
	Fallzahl	Umsatz in 1 000 Euro	Fallzahl	Umsatz in 1 000 Euro
1	11	564	4	100
2	1	125	33	2 513
3	32	1 586	2	658
4	16	928	21	5 874

Einzelwerte in 1 000 Euro	
x_1	80
x_2	10
x_3	5
x_4	5
X	100

Es gelte die 15%-Regel, also $p = 15$.

Der Wert des Tabellenfeldes betrage $X = 100\,000\text{ €}$.

Der Wert des größten Einzelbeitrags sei $x_1 = 80\,000\text{ €}$.

Der Wert des zweitgrößten Einzelbeitrags

sei $x_2 = 10\,000\text{ €}$.

Damit gilt:

$\hat{x}_1 = X - x_2 = 100\,000\text{ €} - 10\,000\text{ €} = 90\,000\text{ €}$ und

$$\frac{90\,000\text{ €} - 80\,000\text{ €}}{80\,000\text{ €}} \cdot 100 = 12,5 < p = 15,$$

d.h. der Wert des größten Einzelbeitrags kann von dem Befragten mit dem zweitgrößten Einzelbeitrag auf 12,5% genau geschätzt werden, wäre also nach der 15%-Regel geheimzuhalten.

Anmerkung: Weil $90\,000\text{ €} > \frac{85}{100} \cdot 100\,000\text{ €}$, müsste das Tabellenfeld auch nach der $(2, 85)$ -Dominanzregel geheimgehalten werden.

Beispiel 5:

Es gelte die 15%-Regel, also $p = 15$.

Der Wert des Tabellenfeldes betrage $X = 100\,000\text{ €}$.

Der Wert des größten Einzelbeitrags sei $x_1 = 50\,000\text{ €}$.

Der Wert des zweitgrößten Einzelbeitrags

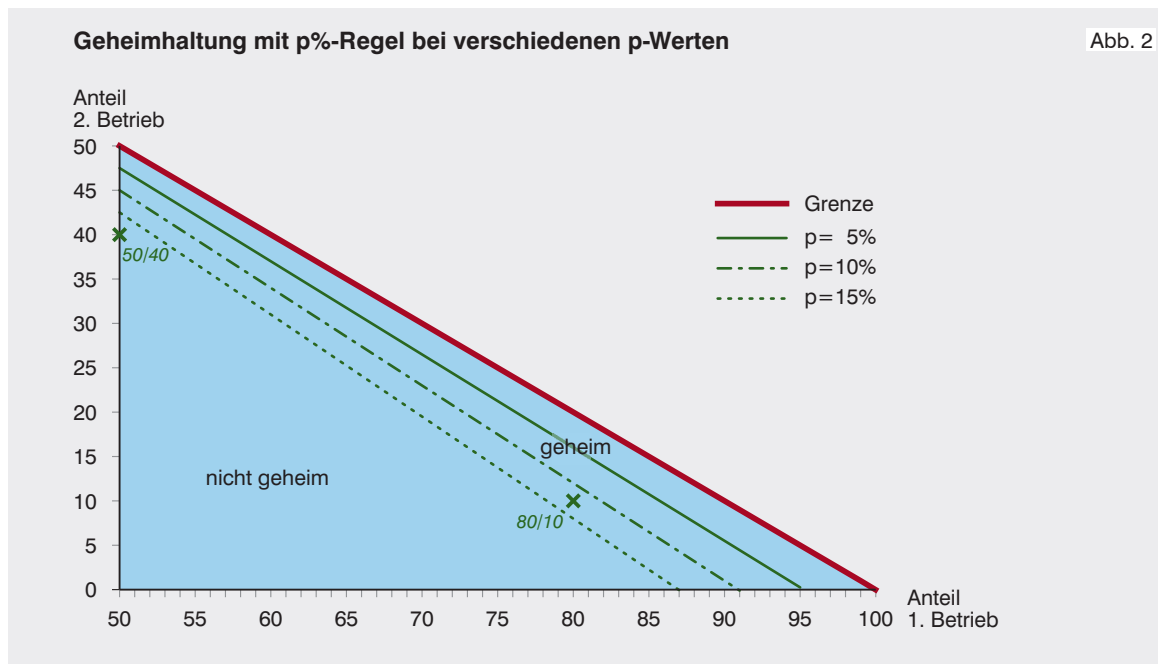
sei $x_2 = 40\,000\text{ €}$.

Damit gilt:

$\hat{x}_1 = X - x_2 = 100\,000\text{ €} - 40\,000\text{ €} = 60\,000\text{ €}$ und

$$\frac{60\,000\text{ €} - 50\,000\text{ €}}{50\,000\text{ €}} \cdot 100 = 20 > p = 15,$$

d.h. der Wert des größten Einzelbeitrags kann von dem Befragten mit dem zweitgrößten Einzelbeitrag nur auf 20% genau geschätzt werden, dürfte also nach der 15%-Regel veröffentlicht werden.



Anmerkung: Weil $90\,000\text{ €} > \frac{85}{100} \cdot 100\,000\text{ €}$ müsste das Tabellenfeld nach der (2,85)-Dominanzregel geheimgehalten werden.

Bemerkung zu Beispiel 4 (vgl. Tab. 7) und Beispiel 5: Für die p%-Regel gilt: Je weiter die beiden größten Einzelwerte x_1 und x_2 auseinander liegen, desto genauer kann der größte Einzelwert durch den zweitgrößten Einzelwert geschätzt werden und desto eher muss daher das Tabellenfeld X geheimgehalten werden.

Nach der (2,85)-Dominanzregel muss das Tabellenfeld X bei beiden Beispielen geheimgehalten werden, da die Geheimhaltung dann erfolgt, wenn der Gesamtanteil der beiden größten Einzelwerte am Tabellenfeld X 85 % (für $k = 85$) übersteigt, unabhängig davon, wie sich dieser Gesamtanteil aus den beiden größten Einzelwerten zusammensetzt.

Abbildung 2 stellt die Geheimhaltung mit der p%-Regel bei verschiedenen p-Werten dar. Dem Anteil des größten Betriebs am Aggregatwert wird der Anteil des zweitgrößten Betriebs am Aggregatwert gegenübergestellt. Für die unterschiedlichen Anteils kombinationen und für verschiedene p-Werte werden die entsprechenden Geheimhaltungsfälle aufgezeigt.

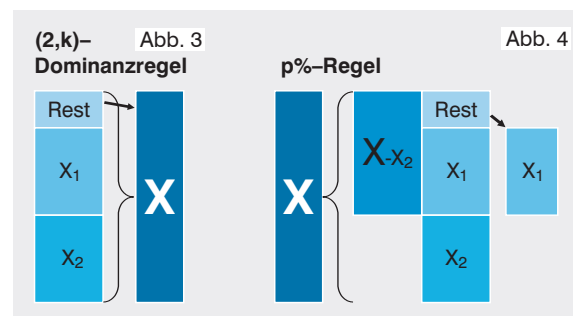
Beispielsweise wäre für die Kombination x (80,10) mit Anteil 1. Betrieb 80% und Anteil 2. Betrieb 10% am Aggregatwert der Aggregatwert für $p = 15\%$ geheimzuhalten, für $p = 10\%$ und $p = 5\%$ könnte er jedoch veröffentlicht werden.

Für die Kombination x (50,40) mit Anteil 1. Betrieb 50% und Anteil 2. Betrieb 40% am Aggregatwert könnte der Aggregatwert für $p = 5\%$, $p = 10\%$ und $p = 15\%$ veröffentlicht werden.

Allgemein gilt: Je größer der Wert von p ist, desto mehr Dominanz-Geheimhaltungsfälle treten auf.

1.2.4 Methodischer Vergleich (2, k)-Dominanzregel und p%-Regel

Als Vergleich zwischen der (2, k)-Dominanzregel und der p%-Regel werden nun folgende Abbildungen 3 und 4 gegenübergestellt:



Bei der (2, k)-Dominanzregel wird der Tabellenwert X geheimgehalten, falls $x_1 + x_2 > k\% \cdot X$.

Diese Formel lässt sich auch in folgender Form darstellen:

$$\frac{X - (x_1 + x_2)}{X} < 1 - k\%$$

Der sogenannte „Rest“, nämlich der Aggregatwert X ohne die beiden größten Einzelbeiträge x_1 und x_2 (Zähler: $X - (x_1 + x_2)$) wird zum Aggregatwert X (Nenner) in Relation gesetzt (vgl. Abb. 3).

Im Vergleich dazu sieht die Formel der sogenannten p%-Regel folgendermaßen aus (vgl. 1.2.3 in diesem Beitrag):

$$\text{(Formel 1)} \quad \frac{X - (x_1 + x_2)}{x_1} \cdot 100 < p \quad \text{oder}$$

$$\text{(Formel 2)} \quad \frac{(X - x_2) - x_1}{x_1} \cdot 100 = \frac{\hat{x}_1 - x_1}{x_1} \cdot 100 < p$$

Bei der p%-Regel wird der „Rest“ (Zähler Formel 1: $X - (x_1 + x_2)$) zum größten Einzelbeitrag x_1 (Nenner Formel 1) in Relation gesetzt (vgl. Abb. 4).

Der größte Einzelbeitrag x_1 soll durch Schätzung mit dem zweitgrößten Einzelbeitrag x_2 nur bis auf maximal p% genau geschätzt werden können (Formel 2). Die Schätzung von x_1 erfolgt durch $X - x_2$.

Außerdem lassen sich folgende Gemeinsamkeiten zwischen der p%-Regel und der (2, k)-Dominanzregel feststellen:

- Beide Regeln berücksichtigen das Zusatzwissen des Zweitgrößten.
- Beide Regeln decken automatisch auch die Überprüfung der 3er-Mindestfallzahlregel ab, d.h. Felder, zu deren Wert nur eine oder zwei Einheiten beitragen, werden in jedem Falle gesperrt.

Beispiel 6:

Der Wert des Tabellenfeldes betrage $X = 100\,000\text{€}$. Der Wert des größten Einzelbeitrags sei $x_1 = 80\,000\text{€}$. Der Wert des zweitgrößten Einzelbeitrags sei $x_2 = 20\,000\text{€}$.

Damit gilt:

$$\hat{x}_1 = X - x_2 = 100\,000\text{€} - 20\,000\text{€} = 80\,000\text{€}.$$

$$\frac{\hat{x}_1 - x_1}{x_1} \cdot 100 = \frac{80\,000\text{€} - 80\,000\text{€}}{80\,000\text{€}} \cdot 100 = 0 < p.$$

Das Tabellenfeld X ist also im Fall von nur zwei Einzelbeiträgen nach der p%-Regel immer geheimzuhalten. Dies gilt für jedes zulässige p.

Das Tabellenfeld X ist bei nur zwei Einzelbeiträgen auch nach der (2, k)-Dominanzregel geheimzuhalten, da für jedes zulässige k gilt:

$$x_1 + x_2 = 100\,000\text{€} > \frac{k}{100} \cdot 100\,000\text{€}.$$

2. Die sekundäre Geheimhaltung

Üblicherweise werden statistische Daten in Tabellen mit Randsummen und gegebenenfalls mit Zwischensummen veröffentlicht. Daher ist es nicht ausreichend, nur die sensiblen Tabellenwerte entsprechend der primären Geheimhaltung zu sperren. Vielmehr sind zusätzlich weitere Felder zu sperren, um eine Rückrechenbarkeit der primär geheimgehaltenen Werte durch die Bildung von Summen und/oder Differenzen zu verhindern. Dabei bleibt die Minimierung des Informationsverlustes, der durch die Erfordernisse der primären Geheimhaltung entsteht, die Hauptbedingung.

Die folgende Beispieltabelle soll das Problem veranschaulichen. In der Tabelle 8 wurden die zwei mit einem Punkt gekennzeichneten Zellen primär gesperrt.

Die gesperrten Werte können mit Hilfe der Randsummen einfach errechnet werden.

Tab. 8 Primärsperungen

Kreise	Gruppe				
	A	B	C	D	Summe
1	11	8	4	12	35
2	3	.	33	67	105
3	32	3	18	.	54
4	16	7	21	4	48
Summe	62	20	76	84	242

Der Wert zur Gruppe B, Kreis 2 kann sowohl über die Spalten- als auch Zeilensumme berechnet werden: $20 - (8 + 3 + 7) = 2 = 105 - (3 + 33 + 67)$.

Genauso ist der Wert zur Gruppe D, Kreis 3 berechenbar:

$$84 - (12 + 67 + 4) = 1 = 54 - (32 + 3 + 18).$$

Eine sehr einfache Methode, um das Aufdecken der primär geheimen Werte zu verhindern, ist die Summensperrung.

Tab. 9 Summensperrungen					
Kreise	Gruppe				
	A	B	C	D	Summe
1	11	8	4	12	35
2	3	.	33	67	S
3	32	3	18	.	S
4	16	7	21	4	48
Summe	62	S	76	S	242

In der Beispieltabelle (vgl. Tab. 9) sind die gesperrten Zeilen- und Spaltensummen durch ein S gekennzeichnet. Die primär gesperrten Felder \square können nun nicht mehr rückgerechnet werden. Nachteilig ist, dass mit der Summensperrung ein großer Informationsverlust einhergeht, der im allgemeinen nicht akzeptiert werden kann. Es muss daher eine Lösung des Geheimhaltungsproblems gefunden werden, welche einerseits die primär gesperrten Werte sichert und andererseits dafür sorgt, dass der Informationsgehalt der Randsummen für die Veröffentlichung erhalten bleibt.

Häufig können primär geheime Werte durch Sekundärsperrungen gesichert werden. Dazu werden in den Zeilen und Spalten der primär geheimen Werte weitere Sperrungen vorgenommen. Diese allein bieten jedoch noch keinen ausreichenden Schutz, denn auch die sekundär geheimen Werte müssen gegen Rückberechnungen geschützt werden.

Ein verbreitetes Verfahren, um geheime Werte in Tabellen mit Zwischen- und Randsummen mit Hilfe geeigneter Sekundärsperrungen zu schützen ist das Quaderverfahren. Diesem Verfahren liegt ein Sperrmuster zugrunde, bei dem die geheimzuhaltenden

Tabellenfelder die Eckpunkte eines Quaders abbilden. Die Anwendung dieses Verfahrens auf zweidimensionale Tabellen nennt man Karree-Sicherung. Aber nach welchen Kriterien sollen nun aus allen möglichen Quadern diejenigen für ein optimales Sperrmuster ausgewählt werden?

Tab. 10 Ausgewählte Sperrquader für B2

Kreise	Gruppe				
	A	B	C	D	Summe
1	11	8	4	12	35
2	3	2	33	67	105
3	32	3	18	3	56
4	16	7	21	4	48
Summe	62	20	76	84	244

Eine Möglichkeit ist es, die Tabellenfelder zur Sekundärsperrung so auszuwählen, dass die Summe der gesperrten Werte möglichst klein ist. In Tabelle 10 wurden drei Beispiele für mögliche Quader gekennzeichnet, um den Wert im Tabellenfeld B2 zu schützen. Für die Eckfelder dieser Quader ergeben sich folgende Summen:

Quader 1: $2 + 67 + 7 + 4 = 80$

Quader 2: $2 + 33 + 3 + 18 = 56$

Quader 3: $11 + 8 + 3 + 2 = 24$

Damit fällt die Wahl auf Quader 3 (in Tabelle 10 rot gekennzeichnet), da er von allen Quadern die kleinste Wertesumme, nämlich 24, realisiert.

Eine weitere Auswahlmöglichkeit besteht darin, die Zahl der zu sperrenden Tabellenfelder zu minimieren. Die Sekundärsperrungen sind so auszuwählen, dass der Quader möglichst viele bereits gesperrte Felder enthält.

In Tabelle 11 sind zwei der vielen möglichen Varianten gekennzeichnet, um die Tabellenfelder B2 und D3 zu schützen. In der blau gekennzeichneten Variante werden die beiden primär geheimgehaltenen Felder jeweils mit einem eigenen Sperrquader ge-

Tab. 11 Ausgewählte Sperrquader für B2 und D3

Kreise	Gruppe				
	A	B	C	D	Summe
1	11	8	4	21	44
2	3	2	33	67	105
3	32	3	18	1	54
4	16	7	12	4	39
Summe	62	20	67	93	242

schützt. Insgesamt müssen acht Tabellenfelder gesperrt werden. In der rot gekennzeichneten Variante bilden die beiden primär gesperrten Felder die Eckpunkte eines gemeinsamen Sperrquaders. Hier müssen nur vier Tabellenfelder gesperrt werden, daher gibt man diesem Quader bei der Auswahl den Vorzug.

Um für eine Tabelle ein optimales Sperrmuster mit einem möglichst geringen Informationsverlust zu ermitteln, ist zunächst die Anzahl der Sekundärsperren zu minimieren, das heißt, es wird der Quader mit den meisten bereits gesperrten Tabellenfeldern ausgewählt. Stehen dann noch mehrere Sperrquader zur Auswahl, ist derjenige zu bevorzugen, welcher die minimale Wertesumme an Sekundärsperren sicherstellt.

Wie die Erläuterungen zum Zellsperungsverfahren zeigen, ist die Tabellengeheimhaltung häufig mit einem großen Aufwand verbunden. Hier kann unterstützende Software sehr hilfreich sein. In den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder wird derzeit das Programm τ -Argus eingesetzt. Für die primäre Geheimhaltung können die Mindestfallzahlregel, die p%-Regel und die (n,k)-Dominanzregeln sowie Kombinationen dieser Regeln angewandt werden. Für die sekundäre Geheimhaltung stehen u. a. Algorithmen zum Quaderverfahren oder zum kontrollierten Runden zur Verfügung. Kombinationen sind hier nicht möglich.

Ausblick: Daten verändernde Verfahren

Die Forderung, sowohl den Aufwand für die Geheimhaltung als auch den Informationsverlust bei der Geheimhaltung zu reduzieren, hat zur Entwicklung einer Reihe weiterer Verfahren geführt. Bei diesen werden kritische Tabellenangaben nicht einfach gesperrt, sondern auf unterschiedliche Weise verändert. In der Fachliteratur lassen sich Beschreibungen zu verschiedenen Verfahrensansätzen finden, unter anderem zu

- Rundungsverfahren,
- Mikroaggregation,
- Imputation,
- stochastischer Überlagerung,
- Randomisierung, Swapping.

Auch hier unterscheidet man zwischen pretabularen und posttabularen Verfahren.

Pretabulare Verfahren haben den Vorteil, dass alle Tabellen, die auf Basis der veränderten Mikrodaten erzeugt wurden, additiv und konsistent sind. Nachteilig ist, dass erfahrungsgemäß eine relativ starke Veränderung der Daten nötig ist, um eine entsprechende Wirksamkeit als Tabellengeheimhaltungsverfahren zu erreichen.

Das vom Amt für Statistik Berlin Brandenburg entwickelte Verfahren SAFE ist ein Beispiel für ein pretabulares Verfahren der Mikroaggregation. Die Grundidee dieses Verfahrens besteht darin, dass einzelne, sich unterscheidende Datensätze einer Basisdatei durch gezielte Auswahl und Gruppenbildung so vereinheitlicht werden, dass jeder Datensatz in der Basisdatei mit mindestens zwei weiteren Sätzen in der Datei identisch ist. Jede Merkmalskombination ist also entweder gar nicht oder mindestens dreifach vorhanden. Die mit diesen Mikrodaten berechneten Tabellenfelder weisen für vordefinierte Kontrolltabellen einen minimalen Abstand zu den entsprechenden mit Originaldaten berechneten Tabellen auf.

Der Vorteil posttabularer Verfahren ist die kontrollierbare Schutzwirkung, es kann die jeweils optimale Veränderung der Ausgangsdaten eingestellt wer-

den. Hier besteht der Nachteil jedoch darin, dass die geschützten Tabellen entweder additiv oder konsistent sind, nicht jedoch beides.

Zu den typischen posttabularen Methoden gehören die Verfahren der stochastischen Überlagerung. Dazu gehört beispielsweise auch das Verfahren ABS des australischen Statistikamtes. Hier werden zu den quantitativen Merkmalen eines Datensatzes Zufallszahlen addiert. Dabei legt eine Übergangsmatrix

die Wahrscheinlichkeit fest, mit der eine Originalfallzahl i in eine Fallzahl j geändert wird. Fallzahlen von 0 werden nicht verändert. Die Konsistenz der Tabellen wird erreicht, indem logisch identische Tabelleneinträge immer in der gleichen Weise verändert werden. Danach sind die Tabellen normalerweise nicht mehr additiv und müssen eventuell in einem zweiten Bearbeitungsschritt nochmals verändert werden. Dabei kann aber die Konsistenz wieder verloren gehen.

Literatur

- Drumm, Elke, Benutzerhandbuch zu t-Argus, Version 3.2, Deutsche Fassung, Statistisches Bundesamt, Oktober 2007.
- Elliot, Hundepool, Nordholt, Tambay, Wende, Glossar zur Sicherung statistischer Daten gegen Offenlegung, Vorläufige Fassung November 2003.
- Gießing, Sarah, Praxis der Tabellengeheimhaltung, Präsentation, Statistisches Bundesamt.
- Gießing, Sarah, Statistische Geheimhaltung in Tabellen, Statistisches Bundesamt, Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Band 31, 1999.
- Höhne, Jörg, SAFE – ein Verfahren zur Geheimhaltung und Anonymisierung statistischer Einzeldaten, Berliner Statistik 3/03.
- Repsilber, Rüdiger Dietz, Wahrung der Geheimhaltung sensibler Daten in mehrdimensionalen Tabellen mit dem Quaderverfahren, Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, 2003.
- Wettig, Pierre, Beschreibung von Verfahren zur statistischen Geheimhaltung in Tabellen und ihre Anwendung, Diplomarbeit, 2002.
- Wirtz, Harald; Baier, Claudia, Neues Geheimhaltungsverfahren des Statistischen Landesamtes, Teil 1: Aspekte der Statistischen Geheimhaltung, Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Juli 2011.
- Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. November 2007 (BGBl. I S. 2246).
- Statistisches Bundesamt, Methoden zur Geheimhaltung von Fallzahltabellen – Entwurf, Januar 2010.
- Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Grundkurs Geheimhaltung 2009, Präsentation.

ZENSUS 2011: Produktionsablauf der Belegverarbeitung am Beispiel der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ)

B.A. Daniel Forster, Blasius Schmidl

Der Zensus 2011

Gemäß den Vorgaben der Europäischen Union war im Jahr 2011 ein gemeinschaftsweiter Zensus durchzuführen. Bei einem Zensus handelt es sich um eine Erhebung, die ermittelt, wie viele Menschen in einem Land, einer Region oder in einer Stadt leben, wie sie wohnen und arbeiten. Die EU-Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Volks- und Wohnungszählung verpflichtet die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dazu, Daten anhand eines festgelegten Katalogs von Merkmalen im Jahr 2011 zu erheben. Die Ergebnisse dieser Erhebungen sind deshalb innerhalb der Europäischen Union vergleichbar.



Abbildung 1

In Deutschland trat am 16. Juli 2009 das Gesetz über den registergestützten Zensus im Jahre 2011 (ZensG) in Kraft. Dieses Gesetz legt fest, wie der Zensus 2011 von der amtlichen Statistik in Deutschland mit Stand vom 09. Mai 2011 (Stichtag) durch-

zuführen ist und welche Merkmale erhoben werden. Seit dem Monat Mai 2011 führte das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung daher, gemeinschaftlich mit den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder, den Zensus 2011 durch.

Dieser beinhaltet neben einer Zählung der Bevölkerung zum Stichtag auch die Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ). Die jeweiligen Werbeplakate zeigen Abbildung 1 und 2.

Die meisten Daten für die Zählung stammen aus vorhandenen Verwaltungsregistern. Daneben wurden Daten, die nicht in Registern erfasst sind, durch eine Befragung erhoben.

Im Einzelnen wurden sechs Erhebungen durchgeführt:

- a) Vorinformation zur Gebäude- und Wohnungszählung
- b) Gebäude- und Wohnungszählung
- c) Haushaltebefragung
- d) Befragungen an Sonderanschriften
- e) Wiederholungsbefragung
- f) Primärstatistische Rückfragen

Die Gebäude- und Wohnungszählung

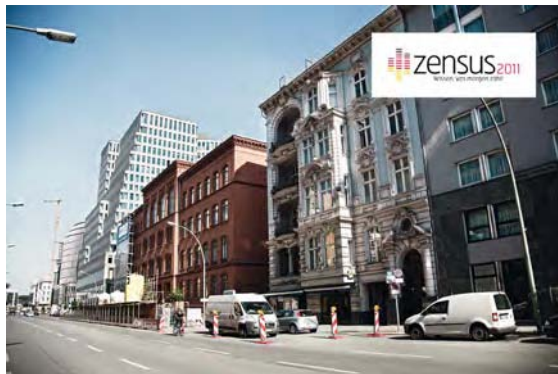


Abbildung 2

Die Gebäude- und Wohnungszählung (nachfolgend GWZ genannt) ist eine Primärerhebung. Das hat zur Folge, dass die Erhebung direkt beim Auskunftspflichtigen erfolgt. Die GWZ wurde als postalische Befragung konzipiert. Somit erhielten alle Auskunftspflichtigen ihre Erhebungsvordrucke über die Deutsche Post AG (DPAG). Sie konnten dann den ausgefüllten Bogen entweder auf dem gleichen Weg zurücksenden oder die Daten in einer Onlinemeldung abgeben. Zu diesem Zweck wurden weit über vier Millionen Fragebögen in mehreren Versandwellen an die Auskunftspflichtigen verschickt. Von diesen Fragebögen beantworteten die Auskunftspflichtigen rund ein Drittel online über die Internetanwendung IDEV, die anderen zwei Drittel gingen po-

stalisches in der Dienststelle Fürth des Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung ein.

Dieser Beitrag stellt die Bearbeitung der postalisch eingegangenen Menge dar.

Produktionsablauf und Arbeitsgänge

Die Auskunftspflichtigen der Gebäude- und Wohnungszählung sandten rund 2,8 Millionen Fragebögen in Papierform zurück. Die weit überwiegende Menge dieser Belege wurde durch die Deutsche Post AG zugestellt. Diese Sendungen waren zu öffnen, der Inhalt für die Beleglesung vorzubereiten und anschließend zu erfassen. Somit gliederten sich die Aufgaben in folgende Arbeitsgänge:

- Postannahme
- Erfassung des Posteingangs
- Vorsortierung der Sendungen
- Maschinelle Brieföffnung
- Manuelle Entnahme der Briefinhalte
- Vorbereitung für die maschinelle Belegerfassung
- Belegschnitten
- Maschinelle Belegerfassung
- Qualitätssicherung
- Manuelle Nachbearbeitung der Belegerfassung
- Lagerung bis zur Vernichtung

Diese Arbeitsgänge werden nachfolgend näher erläutert.

Postannahme

Rund zwei Drittel der Auskunftspflichtigen haben dem Landesamt die Fragebögen in postalischer Form zugesandt. Damit diese enorme Menge an Sendungen von der „normalen Amtspost“ getrennt angeliefert wird, wurde mit der DPAG ein Vertrag über eine Aktionspostleitzahl geschlossen. Vertragsgemäß ist die uns zugeteilte Postleitzahl nur für die Gebäude- und Wohnungszählung verwendet worden. Die entsprechende Postleitzahl wurde bereits beim Versand der Erhebungsunterlagen auf die beigefügten Rücksendeküverts aufgedruckt. Die an diese Postleitzahl adressierten Sendungen haben wir getrennt zugestellt erhalten. So war sichergestellt, dass es sich bei diesen Sendungen ausschließlich um Rückläufe der GWZ handelt. Sendungen an eine Aktionspostleitzahl sind grundsätzlich vom Empfänger beim zuständigen Postamt abzuholen. Da das Landesamt nicht über die entsprechenden

Transportkapazitäten verfügte, wurde mit der DPAG ein weiterer Vertrag geschlossen. In diesem Vertrag wurde geregelt, dass alle Sendungen an unsere Hausadresse geliefert werden.



Abbildung 3

An insgesamt 216 Anlieferungstagen wurden 735 Transportwagen von der Deutschen Post angeliefert. Diese Wagen waren mit zusammengekommen 9 496 Postkisten gefüllt (s. Abb. 3 u. 4). In diesen Postkisten wiederum waren rund 2,4 Millionen Sendungen. Dies entspricht einem Gewicht von rund 80 Tonnen.

Erfassung des Posteingangs

Mit der Anlieferung durch die Deutsche Post gingen die Briefe in den Verantwortungsbereich des Landesamts über. Um eine möglichst zeitnahe Verarbeitung nach den FIFO-Kriterien (First In First Out) zu gewährleisten, wurde bereits im Vorfeld ein auf das Datenbankmanagementsystem Access basierendes Controllingprogramm entwickelt, welches die Postwagen an definierten Kontrollpunkten mit Menge, Datum und Uhrzeit registriert. Auf diese Weise konnte sichergestellt werden, dass alle Wagen in der geplanten Reihenfolge die Arbeitsgänge vollständig durchlaufen. Auftretende Unregelmäßigkeiten, wie falsche Reihenfolge, zu lange Verweildauer bei

einem Arbeitsgang usw. wurden durch das System erkannt und gemeldet.

Unmittelbar nach der Anlieferung in der Dienststelle Fürth wurden die Postwagen in das Controllingsystem eingebucht. Das Controllingsystem druckte einen Begleitzettel für den Postwagen aus, auf dem folgende Informationen hinterlegt waren:

- a. Datum und Uhrzeit der Einbuchung
- b. Eine geschätzte Menge der Briefe
- c. Eine fortlaufende Nummer
- d. Ein für diesen Wagen individueller Barcode

Um eine bessere Unterscheidung dieser Begleitzettel zu ermöglichen, wurden diese Zettel auf farbiges Papier gedruckt wobei für jeden Wochentag eine andere Papierfarbe benutzt wurde.

An allen nachfolgenden Arbeitsstationen waren Handscanner im Einsatz, mit denen der auf dem Begleitzettel aufgedruckte Barcode ausgelesen und ins Controllingsystem übernommen wurde.

Vorsortierung der Sendungen

Um einen reibungslosen Ablauf der Brieföffnung zu gewährleisten, wurden die Briefe im nächsten Arbeitsgang grob vorsortiert. In diesem Arbeitsgang wurden Sendungen, die nicht maschinell geöffnet werden konnten (z.B. aufgrund von Übergröße), aussortiert und manuell geöffnet. Nach Abschluss dieses Arbeitsganges wurde der Barcode des Begleitzettels erfasst und die Erledigung dieses Arbeitsschrittes im Controllingsystem dokumentiert.

Brieföffnung

Die vorsortierten Briefe gingen im nächsten Schritt an die Brieföffnung. Um diese Arbeit möglichst ef-



Abbildung 4



Abbildung 5

fizient erledigen zu können wurde entschieden, die Briefe maschinell zu öffnen. Dazu dienten zwei leistungsfähige Brieffräsen der Firma Hefter (Typ OL 1 000; s. Abb. 5). Diese Fräsen erreichen eine Leistung von jeweils rund 5000 geöffneten Briefe/Stunde. Damit diese Leistung erzielt werden konnte, waren drei Personen als Bedienpersonal notwendig. Die Öffnung der Briefe erfolgt durch das Abfräsen des oberen Kuvertrandes (ca. 0,5 mm).

Parallel hatte ein Lichtsensor die Anzahl der geöffneten Briefe gezählt.

Nach der Brieföffnung scannte ein Mitarbeiter den Wagen-Barcode des Begleitzettels und hielt die Erledigung dieses Arbeitsschrittes im Controllingsystem fest. Gleichzeitig trug er dabei auch die genaue Anzahl der gezählten Briefe ein, die die bei der Briefannahme vorgenommene Schätzung ersetzte.

Briefentnahme



Abbildung 6

Nach der Brieföffnung erfolgte der Transport der Postwagen zur Briefentnahme. Bei diesem Arbeitsschritt handelte es sich um einen sehr personalintensiven Prozess, der nur manuell ausgeführt werden konnte. Unsere Mitarbeiter entnahmen den Kuverts ihren Inhalt (s. Abb. 6). Fremdpost, Sonder- und Zusatzschriftgut wurden aussortiert. Die Fragebögen wurden sichtgeprüft, ob diese ausgefüllt sind, Fremdmaterial (Büroklammern etc.) enthalten, Beschädigungen vorliegen, oder diese mit einer nicht beleglesefähigen Farbe (Blindfarbe) ausgefüllt wurden und ggf. aussortiert. Die beleglesefähigen Fragebögen wurden in Kartons sortiert.

Bei der Sichtprüfung aussortierte Vordrucke wurden an zwei Sonderarbeitsplätze übergeben, an denen diese Vordrucke zeitnah von speziell ausgebildeten Mitarbeitern geprüft und nach Relevanz bzw. Priorität sortiert und abgearbeitet wurden. Beschädigte oder unlesbare Bögen wurden von den Mitarbeitern direkt manuell in das System eingegeben. Unausgefüllte Fragebögen wurden zurückgehalten, um nach Prüfung ggf. angemahnt zu werden. Sonder- oder Zusatzschriftgut wurde auf Relevanz geprüft und ggf. an die weiteren Prozessschritte übergeben.

Vorbereitung für die maschinelle Belegerfassung

Die entnommenen Belege wurden in eigens beschaffte Kartons verpackt. Um eine gleichmäßige Befüllung der Kartons zu gewährleisten, wurden die Mitarbeiter angewiesen, alle Kartons mit jeweils 7 550 Gramm zu bestücken, was 1 440 Fragebogenblättern entsprach. Zu diesem Zweck wurden drei Zählwaagen vom Typ „Kern CPB 30K1“ beschafft (s. Abb. 7). Durch diese gleichmäßige Befüllung konnte erreicht werden, dass bei allen nachfolgenden Arbeitsgängen von einer gleichbleibenden Anzahl von Belegen pro Karton ausgegangen werden konnte. So konnte die Leistung in den nachfolgenden Arbeitsgängen schon aufgrund der Zahl der bearbeiteten Kartons festgestellt werden. Die Kartons waren aufgrund der gleichmäßigen Befüllung gut zu transportieren und zu stapeln.



Abbildung 7

Nach der Befüllung des Kartons mit der entsprechenden Zahl von Belegen, wurde er zeitgleich mit einem Kartonaufkleber versehen. Dieser Aufkleber enthielt folgende Informationen:

a. Kartonnummer

- b. Erstelldatum
- c. Handzeichen des Mitarbeiters, der den Karton fertig gestellt hat

Dieser Arbeitsschritt stellte den Übergang von der Verwaltung von Postwagen hin zur Verwaltung von Kartons dar: Ab hier wurden die Postwagen als vollständig erledigt aus unserem Controllingsystem ausgebucht und nun die Kartons und deren Abarbeitung überwacht. Auch hier kamen wieder die Barcodescanner zum Einsatz.

Belegschneiden

Die Fragebögen der GWZ bestanden aus drei Blättern, die durch eine an der Seite angebrachte Verleimung zu einem Bogen gebunden wurden. Da unsere Scanner nur mit Einzelblättern befüllt werden konnten, mussten die Bögen zu Einzelblättern separiert werden. Zu diesem Zweck standen zwei Stapelschneidmaschinen vom Typ IDEAL 7228-06 LT (s. Abb. 8) zur Verfügung. Mit diesen Maschinen konnte



Abbildung 8

durch das Abschneiden der Verleimung diese „Vereinzelung“ vorgenommen werden.

Ein Schneidevorgang dauerte in etwa 15 Sekunden, wobei ca. 150 Bögen auf einmal geschnitten wur-



Abbildung 9

den (s. Abb. 9). Auch an dieser Station wurden die Kartons mit Barcodescannern in das Controllingsystem erfasst.

Belegerfassung

Der nächste Arbeitsschritt war das Scannen der Bögen. Dazu wurden die geschnittenen Blätter zunächst mit einem Papierrüttler (FKS PrintJog JL-350) glattgestoßen und belüftet. Dies ermöglicht einen störungsfreien Maschinenlauf. Die Blasluft beseitigt zudem Probleme mit elektrostatischer Aufladung. Danach wurden die Einzelblätter von bis zu acht Hochleistungsscannern (Kodak i780) erfasst (s. Abb. 10). Mit diesen Scannern konnten bei einer Stundenleistung von gut 5 000 Blättern pro Scanner an einem Tag bis zu 420 000 Blätter doppelseitig gescannt werden. Ein Scanner wurde dabei von je einem Mitarbeiter bedient.



Abbildung 10

Auch Sonder- und Zusatzschriftgut wurde Begelesen. Zusatzschriftgut konnte den einzelnen Vorgängen elektronisch zugeordnet werden. Hierzu dienten sogenannte Patchblätter. Auf diesen Patchblättern wurden in Form eines Barcodes Informationen aufgebracht, die diese automatische Zusammenführung des Zusatzschriftguts zu dem eigentlichen Erhebungsbogen ermöglichen.

Bei Sonderschriftgut war diese automatische Zusammenfassung nicht möglich. Dieses Schriftgut wurde ebenfalls gescannt. Die entsprechenden Scandateien wurden dann aber in einem separaten Verzeichnis abgespeichert und dort durch eigens geschultes Personal bearbeitet.

Beim doppelseitigen Scannen wurde für jede Seite eines Blattes ein Image erstellt. Damit der Weg des

Images durch das gesamte System dokumentiert und auch kontrolliert werden konnte, wurde immer dann, wenn ein Image einen bestimmten Arbeitsgang durchlief, ein Eintrag in das Kontrollsystem des Business-Process-Monitoring (BPM) geschrieben. Das BPM ist ein Auswertungstool zur Kontrolle des Prozessflusses auf Basis der kleinsten sinnvoll auswertbaren Größe (Beleg-Barcode). Somit konnte nicht nur jedes Blatt erfasst werden, sondern jede Seite. Mit dem BPM ist nachvollziehbar, wann welche Seite welchen Übergabepunkt durchlaufen hat. Während der Eingangsverarbeitung durchliefen die eingescannten Originalbelege einen Verarbeitungsprozess, dessen einzelne Schritte von verschiedenen Subsystemen realisiert wurden. Zwischen diesen Subsystemen gab es entsprechende Übergabepunkte, an denen die Ergebnisse des einen Subprozesses einem anderen Subprozess zugänglich gemacht wurden. Diese Übergabepunkte, auch Kontrollpunkte genannt, erhielten eine aufsteigende Nummerierung (KP 1 bis KP10).

Ziel des BPMs ist die statistische Auswertung der verarbeiteten Datenmengen, der dafür benötigten Zeiten und der aufgetretenen Fehler sowohl über den Gesamtprozess als auch über Teilstrecken des Prozesses. Weiterhin erfolgt die zeitnahe Überwachung der benötigten Verarbeitungszeiten und der Fehlerhäufigkeit, um zügig auf eventuelle Ausfälle von Teilsystemen reagieren zu können.

Der Abschluss des Arbeitsgangs „Scannen“ wurde im Controllingsystem durch Abscannen des Kartonbarcodes dokumentiert.

Nach dem Scannen kamen die Belege in die Kartons zurück. Diese Kartons wurden dann auf Paletten gestapelt. Das Controllingsystem weist hier jedem Karton einen genau definierten Lagerplatz zu. Somit kann sichergestellt werden, dass jeder Karton innerhalb kürzester Zeit auffindbar ist, da sowohl die Nummer der Lagerpalette als auch der genaue Lagerplatz auf dieser Palette im System hinterlegt sind.

Hat ein Karton diesen Arbeitsschritt durchlaufen, wird auch hier der Barcode des Kartons abgescannert und so im Controllingsystem erfasst.

Qualitätssicherung

Nach dem Scannen wurden die Images einer Qualitätssicherungsprüfung (QS) unterzogen. Der Datenbestand wurde bei dieser Prüfung auf Fehler untersucht, die eine weitere Bearbeitung der Images in den nachfolgenden Arbeitsgängen unmöglich gemacht hätte. Der häufigste Fehler, der hier auftrat, war, dass beim Lesevorgang Blätter mehrmals gescannt wurden (z.B. nach einem Papierstau). Bei diesem Fehler war eines der doppelten Images zu löschen. Belege, bei denen der aufgedruckte Barcode nicht fehlerfrei ausgelesen werden konnte, wurden ebenfalls bei dieser Prüfung angezeigt und bearbeitet. Dieser Barcode war für die weiteren Prozesse unabdingbar, da darin wichtige Informationen, wie zum Beispiel die Identifikationsnummer des Bogens, enthalten waren.



Abbildung 11

In Einzelfällen mussten diese Belege aussortiert und nacherfasst werden (s. Abb. 11).

Manuelle Nachbearbeitung der Belegerfassung

Sobald Fragebögen die Qualitätssicherung durchlaufen hatten, wurden deren Images an eine OCR (Optical Character Recognition)-Software weitergegeben. Diese Software versucht, die handschriftlichen Eintragungen aus dem Fragebogen automatisch auszulesen. Es kam hier das Produkt eFlow der Firma TIS zum Einsatz. Mithilfe dieser Software konnten weit über 90% der Zeichen maschinell erkannt werden. Rund 85% der Images durchliefen diesen Arbeitsgang ohne einen einzigen Fehler.

Images mit nicht erkannten Zeichen wurden an den Programmbestandteil „Completion“ weitergereicht.

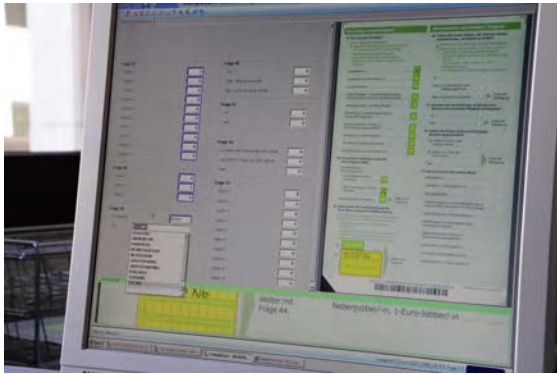


Abbildung 12

In der Completion wurden die nicht erkannten Zeichen von Mitarbeitern (in der Spitze bis zu 100 Seiten pro Stunde) anhand des Images erfasst bzw. korrigiert (s. Abb. 12). Insgesamt wurden in der Completion rund zwei Millionen Images bearbeitet. Sobald die Images die OCR komplett durchlaufen hatten, wurden die so ausgelesenen Daten zu einem Datensatz pro Kennnummer zusammengefasst und an das zuständige Fachverfahren überspielt.

Zwischenlagerung bis zur Vernichtung

Nach dem Scannen, der QS und der manuellen Nachbearbeitung der Belegerfassung wurden die Belege zunächst auf nummerierten Paletten zwischengelagert und solange vorgehalten, bis sichergestellt war, dass der Datenbestand vollständig in das Datenaufbereitungssystem übernommen war (dies dauerte ca. 2–3 Tage).

Danach wurden die Paletten auf fest nummerierten Plätzen im Keller platziert. (s. Abb. 13). Insgesamt



Abbildung 13

kamen bisher gut 5 900 Kartons auf über 150 Paletten zur Einlagerung. Bei Bedarf kann zu jedem einzelnen Beleg über das Controllingsystem die Palette, der Karton, die Position des Kartons auf der Palette und sogar die Position des Belegs innerhalb des Kartons festgestellt werden und der Bogen ohne größeren Aufwand gefunden werden. Sobald alle einzelnen Datensätze maschinell verarbeitet sind, wird das Papier durch eine entsprechend zertifizierte Fachfirma vernichtet.

Folgearbeiten

Mit der Einlagerung bzw. Vernichtung der Belege ist der Prozess der Belegbe- und -verarbeitung abgeschlossen. In den nachfolgenden Arbeitsgängen werden die in den Bögen enthaltenen Informationen weiterverarbeitet. Ziel ist es, für jedes Gebäude mit Wohnraum eine richtige und vollständige Meldung zu erhalten.

Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem in der Bayerischen Staatsverwaltung

Dipl.Inform.Univ. Rudolf Zenkert

Der Ministerrat beschloss am 8. Juli 2003 im Rahmen der E-Government-Initiative die Einführung eines Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystems für die staatliche Verwaltung mit dem Ziel, die Voraussetzungen einer medienbruchfreien, also einer durchgängig elektronischen und behördenübergreifenden Akten- und Vorgangsbearbeitung, zu schaffen. Nach Durchführung einer europaweiten Ausschreibung schloss der Freistaat Bayern im April 2005 eine Rahmenvereinbarung mit der Firma Fabasoft über die Einführung des Dokumentenmanagementsystems (DMS) Fabasoft eGov-Suite für die bayerische Staatsverwaltung.

Unter dem Namen „ELDORA“ (Elektronische Dokumentenbearbeitung mit Recherche und Aktenverwaltung) rief das Bayerische Staatsministerium des Innern (StMI) ein bayernweites Einführungsprojekt ins Leben. Die Erfüllung der Aufgaben im Rahmen dieses Projekts wurde dem zu diesem Zweck bei der Regierung von Schwaben eingerichteten Kompetenzzentrum (CC DMS) und den dezentral bei verschiedenen Behörden eingerichteten Kompetenzgruppen übertragen. Mit der Firma Fabasoft wurde im Zuge des Einführungsprojekts vereinbart, das Standardprodukt an die spezifischen Anforderungen der bayerischen Behörden anzupassen und unter dem Begriff „Bayern-Standard“ an die Anwender auszuliefern.

Das Rechenzentrum Süd (RZ Süd) im Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung wurde Ende 2005 mit der Konzeption und dem Aufbau der notwendigen Hardware und der Bereitstellung der Software beauftragt.

Im Jahr 2006 standen hierbei vor allem die Ausschreibung und damit die Beschaffung von Datenbank-Software und Hardware für die erste Ausbaustufe eines Produktivsystems im Vordergrund. Die Anwender an der Regierung von Schwaben haben am 23. November 2006 als Erste die produktive DMS-Nutzung aufgenommen.

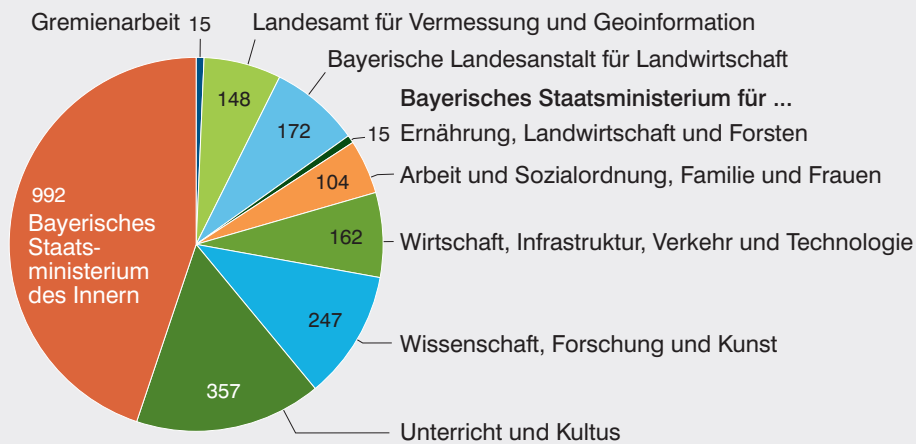
Im Anschluss daran erhielt auch das Rechenzentrum Nord (RZ Nord), angesiedelt beim Bayerischen Landesamt für Steuern, den Auftrag, die Fabasoft eGov-Suite für seine Kunden im Landesamt für Steuern, der Verwaltungsschule der Sozialverwaltung, im Zentrum Bayern Familie und Soziales und in den staatlichen Archiven (ca. 1 300 Anwender) bereitzustellen.

Die Infrastruktur am RZ Süd ist hochverfügbar und skalierbar ausgelegt, kann also schrittweise ausgebaut werden. Das derzeit mit 19 Servern betriebene Produktivsystem ist für rund 2 000 Anwender ausgelegt und wird von 15 Mandanten (Geschäftsbereiche bzw. Mittelbehörden) genutzt.

Neben dem Produktivsystem wurden auch Schulungs- und Produktivsetzungssysteme in Betrieb genommen. Das Schulungssystem wurde mandantenfähig eingerichtet, ist also für die gleichzeitige Nutzung mehrerer Schulungen für bis zu 200 Anwender ausgelegt. Die derzeit drei Produktivsetzungssysteme sind gegenüber dem Produktivsystem lediglich in ihrer Kapazität an möglichen Anwendern eingeschränkt; sie bieten ansonsten die volle Funktionalität des DMS und werden für die Vorbereitung und den Test des späteren Produktivbetriebs einzelner Behörden verwendet.

Anzahl der ELDORA-Nutzer
Stand 01.02.2012

Abb. 1



Im Jahr 2011 erfolgte die Übernahme weiterer Dokumentenbestände

Mit der Übernahme der Altdaten aus der bisherigen Registraturanwendung des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF) konnte Ende Februar 2011 ein langjähriges Einführungsprojekt erfolgreich abgeschlossen werden.

In einem ersten Schritt war bereits am 4. Dezember 2010 der neue Mandant für das StMELF produktiv gesetzt worden. Nach der fachlichen Freigabe führte das RZ Süd gemeinsam mit der Firma Fabasoft eine Generalprobe der Übernahme auf einem technischen Testsystem durch. Mit der Generalprobe wurde u. a. auch die Zeitdauer der Ladeskripte mit ca. neun Stunden ermittelt, wodurch die Wartung auf Samstag und Sonntag ausgedehnt werden musste. Nach dem erfolgreichen Test und der Abnahme wurden insgesamt mehr als 3 300 Akten mit ca. 511 000 Eingangsdokumenten und über 670 000 Vorgängen in den Datenbestand der Fabasoft eGov-Suite übernommen.

Im Januar 2011 hat das Landesamt für Vermessung und Geoinformation (LVG) den Produktivbetrieb beim RZ Süd aufgenommen.

Zur Vorbereitung wurden die Initialdaten für das LVG auf einem Produktivsetzungssystem fachlich abgenommen. Die Vorbereitung erfolgte auch bei diesem Mandanten in Form einer Generalprobe durch das

IZ Süd, wobei jedoch keine bestehenden Datenbestände übernommen werden mussten.

Mit dem Produktivstart werden zunächst etwa 15 Personen aus dem Bereich der Registratur das DMS einsetzen, zusätzlich werden ca. 50 Personen (u. a. Referatsleiter) die Recherchemöglichkeiten nutzen (nur lesende Zugriffe).

Aktueller Nutzerbestand und Speicherbedarf

Wie die Abbildung 1 zeigt, setzen aktuell ca. 2 200 registrierte Nutzer die Fabasoft eGov-Suite ein. Mit Abstand größter Anwender ist der Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern mit insgesamt 992 Anwendern, von denen 877 auf die sieben

Belegter Speicherplatz Dokumentdaten
Stand jeweils Januar
in Gigabyte

Abb. 2

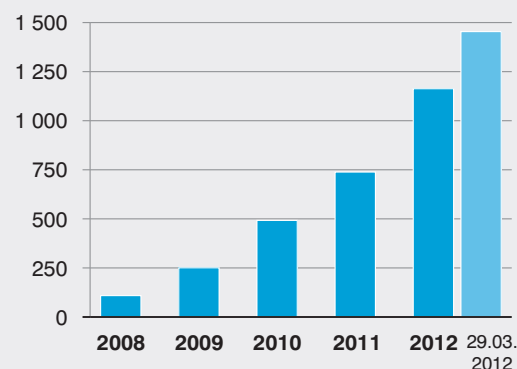


Abb. 3



Bezirksregierungen entfallen, allen voran die Regierung von Schwaben, welche auch das Kompetenzzentrum beherbergt.

Aktuell belegen allein die gespeicherten Dokumente ca. 1,2 Terabyte im zentralen Speichersystem des RZ Süd (s. Abb. 2). Hinzu kommen noch die in einer Datenbank gespeicherten Metainformationen sowie die Indizes für die Suchvorgänge.

Einführung der Version 8 SP1 der Fabasoft eGov-Suite

Ein wichtiger Meilenstein im Jahr 2011 war die Projektierung und Einführung der Version 8 der Fabasoft eGov-Suite. Grundlage für den Projektauftrag bildeten die Ergebnisse der Projektgruppe eAkte, welche unter der Führung des Staatsministeriums des Innern den Auftrag hatte, ein Konzept zur Reduzierung des „Bayern-Standards“ auf ein notwendiges Minimum vorzulegen.

Damit konnten die bayerischen Spezifika von der Firma Fabasoft direkt in das neue Standardprodukt eGov-Suite Bayern überführt werden. Der Nutzen für den Freistaat Bayern liegt darin, dass neue Versionen der eGov-Suite künftig ohne weitere Anpassungen zum Einsatz gebracht werden können.

Neben einigen neuen Funktionalitäten und diversen Ergonomieverbesserungen bietet diese Version nun eine komfortable Recherchemöglichkeit für alle Nutzer über die Fabasofteigene Suchmaschine Mindbreeze.

Die erste für eine Freigabe relevante Version wurde dem RZ Süd Anfang Oktober 2011 von der Firma Fabasoft übergeben. Nach deren Bereitstellung auf einem Abnahmesystem erfolgte die fachliche Prüfung durch das Kompetenzzentrum bei der Regierung vom Schwaben.

Mit der fachlichen Freigabe Anfang November 2011 begann dann im RZ Süd die heiße Phase der Vorbereitung und Produktivsetzung. Zunächst galt es, den Ablauf der Installation auf einem Testsystem zu erproben, das in seinen wesentlichen Teilen dem späteren Produktivsystem entsprach. Ein wichtiger Aspekt hierbei war es auch, die bestehenden Daten (Akten, Vorgänge, Dokumente) korrekt und vollständig zu migrieren. Mit einer Generalprobe, die auf einer Kopie des aktuell verfügbaren Datenbestandes beruhte, konnte dieser Schritt erfolgreich abgeschlossen werden.

Das bei der Generalprobe erzeugte System diente im nächsten Schritt ausgewählten Benutzern in den einzelnen Behörden für den Test und die Freigabe der behördenspezifischen Einstellungen (z.B. Bildung des Geschäftszeichens) sowie der fachlichen Überprüfung des vorhandenen Aktenbestandes. Nach einigen Anpassungen und Fehlerkorrekturen konnte die Version 8 noch im alten Jahr sowohl technisch als auch fachlich für die Produktivsetzung im Januar freigegeben werden.

Bereits im November 2011 wurden das vom RZ Süd bereitgestellte zentrale Schulungssystem (s. Abb. 3) sowie die beiden Demosysteme auf die Version 8 SP1 migriert. Dadurch konnten die erforderlichen Schulungen und Einführungsveranstaltungen in den Behörden vorab erfolgen. Neben den eigenen Projektplanungen hat das RZ Süd auch die notwendigen Abstimmungen zur Produktivsetzung zwischen den beiden Rechenzentren koordiniert und dem RZ Nord die notwendigen Informationen zu Freigaben und Feinplanungen übermittelt.

Am Freitag, den 13. Januar 2012, war es dann soweit. Zunächst wurden der Datenbestand gesichert und erforderliche Drittprodukte aktualisiert. Am darauffolgenden Samstag erfolgten dann der Versions-

wechsel auf der ersten Hälfte des Produktivsystems und der Neuaufbau des Suchindex. Nach einem Test durch ausgewählte Nutzer und einer Abnahme durch das StMI wurde am Sonntagnachmittag der zweite Teil des Produktivsystems auf die neue Version umgestellt.

Die Umstellung in zwei Teilen wurde deshalb gewählt, damit im Falle eines Fehlschlages bei der Migration (z. B. Veto

der testenden Behörden) ein Rollback zur ursprünglichen Version möglich war. Am Sonntag um 17:00 Uhr waren alle Arbeiten erfolgreich abgeschlossen und das System konnte den Kunden des RZ Süd für die zukünftige Nutzung übergeben werden.

Am darauffolgenden Wochenende (20. bis 22. Januar 2012) konnte das RZ Nord die Migration ebenfalls erfolgreich absolvieren.

Die folgenden Tage waren geprägt von fachlichen Nachkorrekturen, Supportanfragen und Meldungen der Nutzer. Gleichzeitig wurde schrittweise der Suchindex der Suchmaschine Mindbreeze aktualisiert und vervollständigt. In der Folgezeit wurden die restlichen Systeme (vier Produktivsetzungssysteme und mehrere Testsysteme) auf die neue Version migriert.

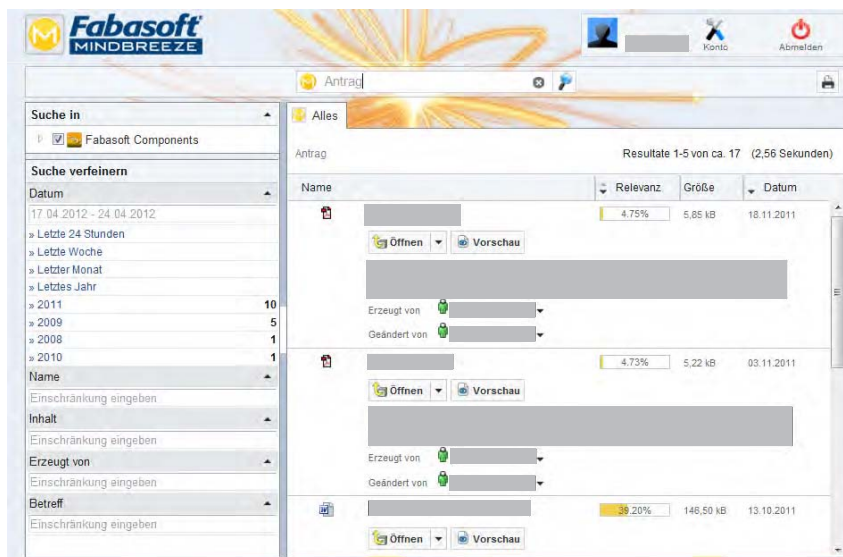
Fazit

Die neue Version läuft seit drei Monaten stabil und ohne größere Fehler. Dies ist das Ergebnis der sorgfältigen Planung und Vorbereitung sowie der intensiven fachlichen und technischen Tests auf Seiten der Anwender, des Kompetenzzentrums und der Fachteams beim RZ Süd.

Mindbreeze Enterprise Search für die Fabasoft eGov-Suite Version 8 SP1

Im Zuge der Umstellung der Fabasoft eGov-Suite auf

Abb. 4



die Version 8 SP1 wurde für die Suche einheitlich die Suchmaschine Mindbreeze Enterprise Search (Edition Summer 2011) für alle Anwender zur Verfügung gestellt.

Die Fabasoft eGov-Suite beinhaltet aufgrund ihrer Funktionalität lediglich die Suche innerhalb der gespeicherten Metadaten (z. B. Schlagwörter, Erstellungszeitpunkt, Ersteller), nicht aber die Suche nach Begriffen und Informationen innerhalb der abgelegten Dokumente.

Diese Lücke wird durch die Suchmaschine Mindbreeze geschlossen, die allen Nutzern die Möglichkeit zur Volltextsuche innerhalb der gespeicherten Dokumente bietet. Bei der Anzeige der Treffer (s. Abb. 4) wird zusätzlich berücksichtigt, ob der Anwender einen entsprechenden Zugriff auf das gefundene Dokument hat.

Aus technischer Sicht wurden eigene Mindbreeze Server eingerichtet, auf denen die Filterdienste bereitgestellt werden und die automatische Aktualisierung der Indizes erfolgt.

Der Zugriff für die Benutzer wird durch einen eigenen Webserver bereitgestellt.

In der eGov-Suite selbst ist für alle Anwender ein neuer Eintrag in der Symbolleiste eingerichtet wor-

den. Dadurch können die Benutzer innerhalb der eGov-Suite die Volltextsuche ohne Browserwechsel erreichen.

Die Mindbreeze-Suchmaschine ist damit auch ein wichtiger integraler Bestandteil der Fabasoft eGov-Suite.

Die nächsten Schritte in 2012

Neben einem stabilen und fehlerarmen Betrieb werden auch in diesem Jahr interessante und zukunftsweisende Projekte durchgeführt.

Etablierung von Regressionstests

Mit der Einführung der Fabasoft eGov-Suite auf die Version 8 SP1 wurde das Projekt „Regressionstests der Fabasoft eGov-Suite“ ins Leben gerufen.

Dieses hat zum Ziel, herstellerseitige Aktualisierungen der Software (Updates) sowie neue Versionen (Releasewechsel) umfassend und weitestgehend automatisiert auf noch vorhandene Fehler und Kompatibilität zur Infrastruktur des RZ Süd zu testen. Ferner sollen Testfälle die Analyse bei Supportanfragen und Problemen der Anwender unterstützen.

Hierfür werden in Zusammenarbeit mit dem CC DMS, dem Hersteller Fabasoft und dem RZ Süd bis Jahresende etwa 2 500 Testfälle definiert, implementiert und auf dem Testwerkzeug „app.test“ der Fabasoft eGov-Suite zum Einsatz gebracht.

Konsolidierung der DMS-Systeme

Entsprechend einer Vereinbarung mit dem StMI soll der Betrieb für alle Anwender aus dem Bereich der bayerischen Verwaltung auf einem zentralen System beim RZ Süd zusammengefasst werden. Hierzu laufen bereits intensive Planungen und technische Vorarbeiten mit allen Beteiligten und dem Ziel, den Datenbestand zu übernehmen und auf einem entsprechend erweiterten System im RZ Süd bereitzustellen.

Lediglich die bayerische Justiz (Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz einschließlich der ordentlichen Gerichtsbarkeit) sowie die Fachgerichtsbarkeiten (z.B. Verwaltungsgerichte) werden künftig ein eigenes abgeschottetes System beim RZ Nord erhalten.

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2010		2011			
		Monatsdurchschnitt			Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende)	1 000	12 510	12 539	...	12 538	12 540	12 574	12 584	12 592	12 595
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹	Anzahl	4 901	4 924	...	6 558	2 954	6 644	6 662	4 734	4 525
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,7	4,7	...	6,2	2,9	6,2	6,4	4,4	4,4
* Lebendgeborene ²	Anzahl	8 643	8 771	...	8 982	8 800	9 960	9 250	8 856	8 440
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,3	8,4	...	8,4	8,5	9,3	8,9	8,3	8,2
* Gestorbene ³	Anzahl	10 208	10 258	...	9 574	10 704	10 648	9 267	10 083	10 759
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	9,8	9,8	...	9,0	10,4	10,0	9,0	9,4	10,4
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	27	25	...	29	27	26	29	21	29
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,2	2,9	...	3,2	3,1	2,6	3,1	2,4	3,4
* in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	15	14	...	15	18	14	15	12	15
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,7	1,6	...	1,7	2,0	1,4	1,6	1,4	1,8
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 565	-1 487	...	- 592	-1 904	- 688	- 17	-1 227	-2 319
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 1,5	- 1,4	...	- 0,6	- 1,8	- 0,6	0,0	- 1,1	- 2,2
* Totgeborene ²	Anzahl	28	30	...	30	30	20	17	23	31
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	20 339	21 526	...	28 004	21 806	31 418	34 764	33 631	25 191
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	10 178	11 652	...	14 471	11 603	17 510	20 364	18 508	14 764
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	19 576	17 725	...	21 103	18 267	26 859	25 449	24 032	19 532
* darunter in das Ausland	Anzahl	10 717	8 746	...	9 279	9 267	14 002	13 133	10 709	10 500
* Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 162	9 875	...	13 533	10 203	13 908	14 400	15 123	10 427
* Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	8 859	8 979	...	11 824	9 000	12 857	12 316	13 323	9 032
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	763	3 801	...	6 901	3 539	4 559	9 315	9 599	5 659
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴	Anzahl	40 499	40 124	...	44 252	41 280	51 732	52 607	47 491	41 520
		2009	2010	2011	2010		2011			
		Jahresdurchschnitt			Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Arbeitsmarkt ⁵										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁶	1 000	4 513,5	4 581,5	...	4 568,0	4 657,4	4 604,8	4 638,0	4703,3	4803,7
* Frauen	1 000	2 052,0	2 091,2	...	2 077,3	2 116,2	2 110,5	2 119,3	2136,6	2181,1
* Ausländer	1 000	358,7	371,6	...	372,9	382,4	373,0	384,9	405,4	422,2
* Teilzeitbeschäftigte ⁷	1 000	843,3	878,0	...	877,9	884,0	890,8	906,6	929,1	...
* darunter Frauen ⁷	1 000	714,4	741,6	...	740,3	746,0	752,3	764,2	779,3	...
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,5	21,8	...	23,4	23,7	19,2	22,0	24,1	24,5
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 599,8	1 580,5	...	1 580,0	1 610,0	1 577,1	1 583,6	1 609,9	1 645,2
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 346,3	1 321,1	...	1 314,7	1 335,9	1 324,1	1 325,6	1 338,3	1 364,5
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 271,7	1 246,5	...	1 238,7	1 259,1	1 252,7	1 258,7	1 270,6	1 295,8
* F Baugewerbe	1 000	253,5	259,3	...	265,3	274,1	253,0	258,0	271,6	280,7
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	2 891,8	2 978,8	...	2 964,2	3 023,5	3 008,3	3 032,1	3 069,0	3 131,8
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 012,8	1 019,9	...	1 014,2	1 036,5	1 027,0	1 027,0	1 040,3	1 067,8
* J Information und Kommunikation	1 000	148,4	151,6	...	150,1	152,2	154,9	159,3	161,2	162,3
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	186,1	185,4	...	184,0	186,8	185,9	184,6	183,9	186,5
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	25,7	26,4	...	26,3	26,5	26,8	26,8	27,0	27,6
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienst- leister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	458,5	508,1	...	507,5	525,8	518,4	535,8	552,4	566,4
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial- versicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	892,0	917,9	...	912,2	923,8	927,1	929,6	932,7	948,1
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	168,4	169,5	...	169,9	171,9	168,2	169,0	171,5	173,1
		2009	2010	2011	2011		2012			
		Jahresdurchschnitt			Februar	März	Dez.	Januar	Februar	März
* Arbeitslose	1 000	319,5	299,6	254,3	312,0	290,0	229,8	281,7	284,4	266,8
* darunter Frauen	1 000	145,6	138,8	122,3	134,2	130,9	111,4	122,4	122,0	119,1
* Arbeitslosenquote insgesamt ^{8, 9}	%	4,8	4,5	3,8	4,6	4,3	3,4	4,2	4,2	4,0
* Frauen	%	4,7	4,4	3,9	4,3	4,2	3,5	3,9	3,8	3,8
* Männer	%	4,9	4,5	3,7	5,0	4,5	3,3	4,5	4,6	4,1
* Ausländer	%	10,9	10,0	8,7	10,1	9,7	8,2	9,4	9,4	9,2
* Jugendliche	%	4,6	3,7	3,0	3,6	3,4	2,4	3,2	3,4	3,2
* Kurzarbeiter ¹⁰	1 000	...	89,5	...	52,0	40,9
* Gemeldete Stellen ¹¹	1 000	55,1	50,6	67,5	59,7	64,9	68,7	66,0	69,4	73,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Nach dem Ereignisort.

2 Nach der Wohngemeinde der Mutter;

p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.

3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;

p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.

4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig.

6 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.

7 Daten ab Stichtag 30.09.2011 nicht verfügbar.

8 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

9 Ab Januar 2009: Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.

10 Durch Änderung der Rechtsgrundlagen sind die Zahlen der Kurzarbeiter mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.

11 Ab Juli 2010 ohne geförderte Stellen.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2011				2012	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Landwirtschaft										
Schlachtungen ¹										
Anzahl										
Rinder	1 000	77,2	78,8	...	70,5	70,4	83,6	77,6	72,7	71,0
darunter Kälber ²	1 000	2,3	2,2	...	2,0	2,0	1,9	3,2	1,7	1,7
Jungrinder ³	1 000	0,5	0,5	...	0,4	0,5	0,5	0,8	0,4	0,4
Schweine	1 000	465,8	470,5	...	441,9	432,7	477,7	488,0	442,0	415,2
darunter Hausschlachtungen	1 000	6,4	5,7	...	7,9	7,5	7,4	7,3	6,5	5,6
Schafe	1 000	10,3	10,3	...	6,1	6,1	19,0	11,8	8,0	6,0
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴										
Rinder	kg	336,8	339,8	...	339,8	344,4	338,7	338,8	344,4	347,6
darunter Kälber ²	kg	107,3	105,8	...	97,5	97,8	108,1	110,4	104,0	107,5
Jungrinder ³	kg	189,5	186,4	...	170,8	198,4	181,5	173,0	194,4	191,6
Schweine	kg	93,9	94,7	...	95,5	95,2	95,8	95,0	95,4	95,1
Gesamtschlachtgewicht ⁵										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) ..	1 000 t	70,0	71,6	...	66,2	65,5	74,5	72,8	67,3	64,3
darunter Rinder	1 000 t	26,0	26,8	...	23,9	24,2	28,3	26,2	25,0	24,6
darunter Kälber ²	1 000 t	0,3	0,2	...	0,2	0,2	0,2	0,4	0,2	0,2
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	...	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	43,7	44,6	...	42,2	41,2	45,8	46,3	42,2	39,5
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	...	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1
darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel) ...	1 000 t	68,9	70,6	...	65,1	64,4	73,1	71,7	66,4	63,4
darunter Rinder	1 000 t	25,6	26,4	...	23,5	23,8	27,7	25,8	24,7	24,3
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	...	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	...	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	43,1	44,2	...	41,4	40,5	45,1	45,6	41,5	39,0
Geflügel										
Konsumeier ⁶	1 000	71 252	70 293	81 101	79 292	73 668	89 483r	84 947	85 983	...
Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	10,5	11,5	12,6	11,4	11,0	13,5	14,6	13,3	12,4
Milcherzeugung und Milchverwendung										
Kuhmilcherzeugung ⁸	1 000 t	627,9	648,1	...	655,9	604,3
darunter Milchlieferung an Molkereien ^{8, 9}	%	93,1	93,9	...	93,6	93,6
Milchleistung je Kuh und Tag ⁸	kg	16,6	17,7	...	16,3	13,6
Trinkmilcherzeugung der Molkereien ¹⁰	1 000 t	67,0	68,9	69,5	68,7	66,8	67,7	68,5
Buttererzeugung der Molkereien ¹⁰	1 000 t	5,4	5,4	5,6	6,4	5,7	5,5	6,9
Käseerzeugung der Molkereien ^{10, 11}	1 000 t	43,1	43,7	44,4	41,7	39,5	44,0	44,1
Quarkerzeugung der Molkereien ^{10, 12}	1 000 t	23,7	24,1	25,4	23,7	25,2	25,9	23,2
Getreideanlieferungen ^{10, 13}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	10,3	9,3r	8,2	5,4	5,8	5,5	5,4
Weizen	1 000 t	147,4	153,4r	132,1	115,3r	155,3	92,8	79,5
Gerste	1 000 t	46,7	42,6r	46,4	27,5r	34,3	22,6	17,3
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	1,7	1,6	1,7	0,8	1,0	1,0	0,9
Vermahlung von Getreide ^{10, 13}										
Getreide insgesamt	1 000 t	99,2	97,4	98,5	91,8	88,4	106,2	101,1
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	12,5	11,9	12,1	11,7	11,2	11,9	12,2
Weizen und -gemenge	1 000 t	86,7	85,5	86,5	80,1	77,2	94,2	88,8
Vorräte bei den Erzeugern ^{14, 15}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	15,7	16,4	10,5
Weizen	1 000 t	382,4	279,2	196,8
Gerste	1 000 t	295,3	280,8	208,5
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	29,2	29,6	19,9
Kartoffeln	1 000 t
Vorräte in zweiter Hand ^{10, 13}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	41,3	35,4	37,1	38,8	35,7	45,0	38,5
Weizen	1 000 t	391,9	452,4r	518,1	599,1r	634,1	595,3	521,3
Gerste	1 000 t	339,4	346,9r	359,9	390,3r	391,7r	380,9	351,0
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	8,1	9,3	7,8	9,4	8,6	8,5	8,2
Mais	1 000 t	88,8	91,3	115,8	154,3r	137,7	219,4	199,6
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	1 347r	1 427r	1 637	1 681	1 398	1 428
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	63	80	74	82	75	80
11 bis 13	1 000 hl	1 258r	1 313r	1 522	1 558	1 298	1 313
14 oder darüber	1 000 hl	25	34	41	41	24	35
dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	195r	236r	265	239	236	251
dav. in EU-Länder	1 000 hl	141	163r	176	162	161	150
in Drittländer	1 000 hl	54r	73r	88	77	75	101

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 Aus Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat.

8 Die Daten werden ab 2010 von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung zur Verfügung gestellt.

9 In Prozent der Gesamtmilcherzeugung.

10 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

11 Hart-, Schnitt- und Weichkäse.

12 Sauermilch und Labquark, Rohkasein einschl. Ziger.

13 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

14 Nachweis nur für die Monate Juni und Dezember.

15 Bei Monatsdurchschnitt für 2003, 2004, 2005 jeweils der Wert vom Monat Juni.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2011				2012	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Gewerbeanzeigen ¹										
Gewerbeanmeldungen ²	1 000	12,6 r	12,5 r	12,0	12,7 r	11,8	11,8	11,2	12,9	10,5
Gewerbeabmeldungen ³	1 000	9,8 r	9,8 r	9,7	11,4 r	9,6	9,5	14,0	12,0	9,8
		2010	2011	2011				2012		
		Monatsdurchschn.		Januar	Februar	Oktober	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴										
Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 747	3 766	3 645	3 750	3 778	3 776	3 774	3 685	3 825
Beschäftigte	1 000	1 025	1 056	1 027	1 035	1 075	1 077	1 074	1 070	1 078
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	345	362	350	353	369	369	368	365	369
Investitionsgüterproduzenten	1 000	487	499	486	490	508	509	508	507	510
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	38	38	37	38	39	39	39	39	40
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	153	156	151	153	158	158	158	157	158
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	130 974	137 143	126 236	137 038	139 647	147 428	127 464	138 913	145 139
Bruttoentgelte	Mill. €	3 777	4 066	4 031	3 607	3 813	5 195	4 073	4 224	3 834
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	24 685	26 391	22 615	24 827	26 465	28 338	25 540	24 057	25 881
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	6 462	7 080	6 362	6 781	6 929	7 173	5 977	6 400	6 597
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	13 907	14 779	12 343	13 887	14 791	16 372	15 136	13 215	14 712
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	2 763	2 962	2 623	2 762	3 029	3 024	2 889	2 898	2 953
Energie	Mill. €
darunter Auslandsumsatz	Mill. €	13 066	13 974	12 603	13 441	13 693	14 757	13 483	12 825	13 822
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2005 ± 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	106,2	113,9	95,8	107,3	117,1	121,3	107,6	105,8	112,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	108,9	120,2	73,9	82,0	135,0	131,7	90,0	76,2	70,7
Verarbeitendes Gewerbe	%	106,1	113,9	95,9	107,4	117,1	121,3	107,7	105,9	112,5
Vorleistungsgüterproduzenten	%	118,6	127,7	111,7	122,9	128,0	130,1	109,1	117,0	123,5
Investitionsgüterproduzenten	%	106,2	116,2	92,2	109,9	121,2	128,1	115,5	108,2	119,6
Gebrauchsgüterproduzenten	%	108,0	117,1	95,4	116,5	124,1	132,0	106,7	108,5	113,2
Verbrauchsgüterproduzenten	%	85,3	88,5	78,2	82,0	89,7	92,6	85,6	84,2	84,8
Energie	%	96,2	90,9	89,2	71,8	98,6	94,1	96,6	86,4	73,8
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2005 ± 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt	%	116,6	123,3	121,0	128,1	118,4	116,9	119,9	117,1	119,7
Inland	%	112,3	118,9	113,4	122,6	116,3	117,3	109,4	112,3	116,2
Ausland	%	119,7	126,4	126,5	132,1	119,9	116,6	127,5	120,5	122,3
Vorleistungsgüterproduzenten	%	123,3	132,6	138,2	128,0	115,9	120,4	119,3	127,1	121,3
Investitionsgüterproduzenten	%	114,5	120,1	114,6	127,7	120,3	115,7	122,2	113,5	118,0
Gebrauchsgüterproduzenten	%	109,1	115,1	100,0	112,6	125,2	128,9	105,4	113,4	116,4
Verbrauchsgüterproduzenten	%	104,5	110,2	112,7	148,2	95,7	100,9	84,4	103,3	143,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 Vormalig nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbebeanmeldungen insgesamt.

3 Vormalig nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.

4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen.

5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2011				2012	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Baugewerbe ¹										
Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²										
Beschäftigte im Bauhauptgewerbe ³	Anzahl	126 123	125 927	128 467	115 924	115 682	132 261	128 708	118 011	117 833
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 012	11 890	12 887	5 964	7 900	15 246	9 872	6 278	5 842
dav. für Wohnungsbauten	1 000	5 125	5 220	5 737	2 756	3 621	6 759	4 404	2 766	2 480
gewerblichen und industriellen Bau ⁴	1 000	3 418	3 283	3 591	2 039	2 607	4 246	2 915	2 227	2 146
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 469	3 387	3 558	1 169	1 672	4 241	2 553	1 285	1 216
Entgelte	Mill. €	284,3	285,1	299,2	224,5	213,7	372,8	305,7	248,3	218,5
Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	1 300,2	1 288,8	1 446,4	615,2	797,7	1 866,4	1 794,2	638,0	661,2
dav. Wohnungsbau	Mill. €	446,4	471,8	560,9	242,7	316,5	701,8	706,0	267,2	255,8
gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	454,0	435,9	486,4	224,4	310,6	625,1	642,1	214,6	257,7
öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. €	400,0	381,1	399,0	148,1	170,6	539,5	446,1	156,1	147,7
Messzahlen (2005 ± 100)										
Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	%	105,4	106,2	116,9	67,4	100,0	101,1	101,2	78,5	123,7
davon Wohnungsbau	%	87,7	97,9	111,0	65,5	100,3	106,5	121,1	86,0	127,4
gewerblicher und industrieller Bau	%	108,5	115,1	130,1	96,2	128,2	120,4	121,3	93,1	138,1
öffentlicher und Verkehrsbau	%	114,5	103,0	108,0	40,3	71,8	78,2	67,6	58,7	107,0
darunter Straßenbau	%	129,7	108,6	110,9	33,6	61,0	82,9	57,1	44,2	82,0
Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ^{5, 6}										
Beschäftigte im Ausbaugewerbe	Anzahl	45 633	47 843	48 891	.	.	.	49 060	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 560	4 830	5 040	.	.	.	16 075	.	.
Entgelte	Mill. €	106,3	111,9	117,3	.	.	.	384,2	.	.
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	464,0	492,3	515,8	.	.	.	2 069,4	.	.
Energieversorgung										
Betriebe	Anzahl	254	257	258	258	258	258	258	253	253
Beschäftigte	Anzahl	29 349	29 688	30 060	29 983	30 000	30 293	30 189	29 984	29 923
Geleistete Arbeitsstunden ⁷	1000	3 618	3 678	3 675	3 537	3 736	3 898	3 614	3 718	3 736
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	114	117	122	108	111	189	110	107	111
Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸ ...	Mill. kWh	6 436,5	6 394,8	5 908,6	7 325,0	6 446,0	6 867,4	6 467,0	6 811,2	.
Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸	Mill. kWh	6 112,3	6 090,6	5 601,2	6 963,8	6 112,0	6 553,8	6 058,7	6 490,2	.
dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	498,7	569,3	509,2	765,3	730,4	653,8	700,4	763,6	.
Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁸ ...	Mill. kWh	987,9	1 075,2	999,4	1 650,0	1 469,1	1 318,2	1 331,2	1 589,8	.
Handwerk (Messzahlen) ⁹										
Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 ± 100)	%	98,2	.	.
Umsatz ¹⁰ (VjD 2009 ± 100) (ohne Mehrwertsteuer)	%	128,6	.	.
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 512	1 748	2 013	1 314	1 927	1 901	1 908	1 241	1 599
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 383	1 586	1 807	1 207	1 737	1 702	1 632	1 120	1 439
Umbauter Raum	1 000 m³	1 859	2 109	2 523	1 558	2 364	2 402	2 679	1 503	2 032
Veranschlagte Baukosten	Mill. €	479	568	718	448	677	727	755	456	582
Wohnfläche ¹²	1 000 m²	314	359	433	261	409	413	458	259	350
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	716	811	815	476	634	842	692	460	589
Umbauter Raum	1 000 m³	3 876	4 118	4 460	2 421	4 260	4 979	5 805	2 888	4 068
Veranschlagte Baukosten	Mill. €	521	460	599	291	592	659	948	408	520
Nutzfläche	1 000 m²	580	591	658	367	615	694	812	381	593
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	3 004	3 536	4 381	2 826	3 846	4 307	5 159	3 095	3 383
Wohnräume ¹³ insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	14 613	16 564	19 585	12 415	18 059	18 618	21 047	11 732	15 805
		2009	2010	2011 ¹⁴	2011 ¹⁴				2012 ¹⁴	
		Monatsdurchschnitt			August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Januar
Handel und Gastgewerbe										
Außenhandel										
Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁵	Mill. €	9 161,9	10 965,9	12 168,8	11 549,2	12 380,9	13 339,6	13 158,2	11 484,8	11 035,4
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	518,1	566,0	615,4	571,4	613,8	559,9	579,1	617,1	493,7
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	7 814,5	9 533,2	10 833,0	9 923,6	10 624,7	11 641,6	11 387,0	9 800,3	9 564,7
davon Rohstoffe	Mill. €	937,4	1 219,2	1 565,4	1 062,9	1 172,2	2 235,6	1 863,0	1 477,9	1 378,5
Halbwaren	Mill. €	314,0	444,2	529,7	487,7	399,7	562,8	458,4	435,1	450,8
Fertigwaren	Mill. €	6 563,1	7 869,1	8 737,9	8 373,1	9 052,8	8 843,2	9 065,5	7 887,3	7 735,4
davon Vorerzeugnisse	Mill. €	637,6	844,2	964,2	937,8	1 029,5	903,4	955,2	728,1	778,7
Enderzeugnisse	Mill. €	5 925,5	7 025,0	7 773,7	7 435,3	8 023,2	7 939,8	8 110,3	7 159,1	6 956,7

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Nach den Ergebnissen der Ergänzungserhebung hochgerechnet.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.

5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

6 Beim Ausbaugewerbe seit 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.

7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.

8 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.

13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.

14 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

15 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intra-handelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011 ¹	2011 ¹						2012 ¹
		Monatsdurchschnitt				August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Januar
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt											
darunter ² aus											
* Europa	Mill. €	6 424,9	7 677,5	8 535,2	7 793,5	8 726,1	9 518,8	9 252,1	8 114,1	7 482,5	
* dar. aus EU-Ländern ³ insgesamt	Mill. €	5 320,9	6 229,7	6 812,8	6 493,0	7 399,1	7 161,8	7 322,3	6 500,5	6 135,1	
dar. aus Belgien	Mill. €	237,8	272,8	309,2	317,2	331,6	347,4	340,2	291,0	270,0	
Bulgarien	Mill. €	21,8	25,9	28,3	26,2	31,4	29,1	28,7	28,6	30,2	
Dänemark	Mill. €	54,9	60,6	61,3	56,1	61,3	60,8	76,9	66,8	53,0	
Finnland	Mill. €	34,9	37,2	41,0	44,3	39,7	47,5	44,6	44,4	35,8	
Frankreich	Mill. €	469,7	514,7	558,4	528,9	589,0	559,8	594,8	545,9	532,1	
Griechenland	Mill. €	31,5	32,8	31,1	22,8	27,7	56,7	28,1	27,5	24,9	
Irland	Mill. €	126,9	174,8	174,9	188,9	226,0	175,8	207,6	180,3	87,3	
Italien	Mill. €	711,7	783,7	864,5	785,2	895,1	897,8	890,2	852,4	783,7	
Luxemburg	Mill. €	16,4	19,1	19,6	19,8	20,7	19,1	19,9	16,2	18,4	
Niederlande	Mill. €	451,5	536,6	589,9	582,0	627,1	601,6	604,8	581,3	494,9	
Österreich	Mill. €	1 010,5	1 171,9	1 256,1	1 182,3	1 385,9	1 290,4	1 307,8	1 201,5	1 100,9	
Polen	Mill. €	230,8	280,1	335,6	314,2	359,7	360,6	394,4	322,8	315,1	
Portugal	Mill. €	38,0	42,9	47,5	45,1	50,5	49,1	54,1	39,2	53,6	
Rumänien	Mill. €	115,7	155,8	176,4	183,1	188,8	169,1	218,4	163,5	166,4	
Schweden	Mill. €	78,5	106,0	97,1	93,6	101,7	98,7	105,2	89,3	97,8	
Slowakei	Mill. €	153,5	203,5	240,0	211,2	263,0	272,8	251,3	207,6	205,8	
Slowenien	Mill. €	62,4	70,3	74,8	66,5	86,0	88,1	88,4	70,7	79,1	
Spanien	Mill. €	188,5	200,6	214,2	176,0	198,7	203,6	235,1	210,7	193,1	
Tschechische Republik	Mill. €	621,0	762,8	793,9	806,9	912,5	917,2	862,7	779,4	763,6	
Ungarn	Mill. €	337,4	405,4	456,1	398,7	516,4	459,1	464,7	373,2	411,7	
Vereinigtes Königreich	Mill. €	296,5	334,5	404,7	405,1	439,0	414,7	466,9	379,2	379,6	
Russische Föderation	Mill. €	461,1	582,8	698,7	447,8	469,1	705,3	914,7	740,2	713,9	
* Afrika	Mill. €	238,5	324,0	413,5	319,9	293,7	442,6	415,1	309,2	409,4	
dar. aus Südafrika	Mill. €	30,7	47,2	46,4	47,4	29,8	44,9	48,0	38,7	32,4	
* Amerika	Mill. €	798,4	881,9	998,6	1 061,9	1 051,0	1 018,5	1 197,0	960,7	833,1	
darunter aus den USA	Mill. €	644,8	726,1	811,9	841,4	856,0	807,1	901,6	692,1	654,8	
* Asien ⁴	Mill. €	1 680,8	2 064,4	2 203,9	2 344,1	2 288,2	2 345,3	2 280,3	2 090,9	2 298,3	
darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	929,7	1 068,2	1 141,0	1 228,5	1 210,4	1 246,0	1 220,2	1 066,6	1 101,0	
Japan	Mill. €	205,8	282,1	304,5	299,9	304,4	349,5	346,7	300,0	268,7	
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	19,4	18,2	17,7	29,9	21,9	14,4	13,6	9,9	12,0	
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) ⁵	Mill. €	10 332,6	12 095,4	13 316,4	12 828,2	14 402,8	13 691,0	13 912,8	12 492,2	12 561,7	
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	547,8	574,4	645,4	652,6	636,7	631,5	652,6	629,9	605,6	
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	9 339,1	11 092,4	12 368,9	11 660,6	13 171,2	12 508,9	12 672,4	11 381,3	11 401,7	
* davon Rohstoffe	Mill. €	52,4	72,8	82,0	76,6	83,0	77,8	80,1	66,0	65,3	
* Halbwaren	Mill. €	367,4	511,9	580,8	582,5	571,6	540,3	557,4	532,3	581,1	
* Fertigwaren	Mill. €	8 919,3	10 507,6	11 706,0	11 001,5	12 516,6	11 890,8	12 034,9	10 783,0	10 755,4	
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	737,8	938,5	1 039,7	1 020,8	1 043,1	994,1	966,8	823,2	980,9	
Enderzeugnisse	Mill. €	8 181,5	9 569,2	10 666,3	9 980,6	11 473,5	10 896,7	11 068,1	9 959,8	9 774,5	
darunter ² nach											
* Europa	Mill. €	7 216,0	7 981,2	8 625,4	8 179,4	9 436,8	8 954,4	8 932,8	7 758,3	7 868,8	
* dar. in EU-Länder ³ insgesamt	Mill. €	6 282,3	6 896,4	7 306,5	6 826,3	8 073,0	7 565,4	7 508,5	6 497,6	6 751,1	
dar. nach Belgien	Mill. €	373,4	384,5	438,1	405,7	489,6	453,4	468,4	400,5	403,2	
Bulgarien	Mill. €	25,6	22,7	25,9	24,5	30,4	26,8	29,7	36,7	30,0	
Dänemark	Mill. €	96,6	98,7	102,1	98,0	111,5	110,8	116,5	103,5	92,5	
Finnland	Mill. €	88,4	89,0	93,6	99,1	99,0	105,4	90,1	89,9	84,6	
Frankreich	Mill. €	839,3	888,7	950,5	798,5	1 022,5	988,4	973,6	925,0	971,1	
Griechenland	Mill. €	78,1	58,7	49,3	44,3	49,2	55,2	57,8	45,4	40,5	
Irland	Mill. €	42,2	47,4	49,4	33,7	49,8	43,8	61,2	49,6	52,2	
Italien	Mill. €	845,1	932,5	962,5	789,9	1 103,9	983,4	1 009,7	863,7	842,6	
Luxemburg	Mill. €	36,4	40,8	42,9	41,2	47,3	43,3	39,9	34,8	35,8	
Niederlande	Mill. €	402,4	485,6	494,7	524,3	510,9	486,7	493,8	439,5	469,1	
Österreich	Mill. €	994,8	1 065,2	1 148,9	1 168,1	1 275,5	1 137,2	1 181,6	1 010,4	1 063,7	
Polen	Mill. €	275,6	325,9	366,2	373,8	418,9	377,3	363,8	308,4	328,7	
Portugal	Mill. €	81,8	101,5	84,3	73,8	83,6	81,5	83,2	60,0	68,9	
Rumänien	Mill. €	97,7	103,6	120,8	126,8	134,3	127,6	139,5	118,9	118,3	
Schweden	Mill. €	186,8	218,2	242,8	229,0	275,0	255,3	241,0	205,2	214,8	
Slowakei	Mill. €	97,1	130,1	159,3	161,1	184,7	164,0	160,1	128,9	131,0	
Slowenien	Mill. €	44,3	49,0	55,1	53,5	57,1	57,5	64,4	47,8	48,8	
Spanien	Mill. €	405,1	421,8	425,7	346,4	456,2	450,8	419,2	347,6	387,9	
Tschechische Republik	Mill. €	336,0	389,4	426,3	431,4	469,8	458,0	434,7	385,3	386,3	
Ungarn	Mill. €	165,0	198,2	197,6	180,6	218,8	193,5	216,3	175,1	180,7	
Vereinigtes Königreich	Mill. €	713,0	792,5	811,7	754,6	913,6	912,2	800,3	666,0	755,7	
Russische Föderation	Mill. €	203,7	239,5	338,8	342,8	362,5	393,9	381,3	351,4	279,3	
* Afrika	Mill. €	209,5	234,7	243,3	236,4	275,8	254,5	228,5	245,9	201,7	
dar. nach Südafrika	Mill. €	83,3	93,6	112,1	129,4	137,5	120,2	93,5	90,5	92,5	
* Amerika	Mill. €	1 219,8	1 539,7	1 735,7	1 682,3	1 801,9	1 832,6	1 934,2	1 743,7	1 740,8	
darunter in die USA	Mill. €	927,5	1 143,2	1 282,1	1 221,3	1 363,6	1 395,5	1 461,7	1 298,3	1 311,3	
* Asien ⁴	Mill. €	1 573,9	2 217,8	2 585,9	2 613,4	2 743,8	2 525,2	2 696,2	2 626,2	2 614,3	
darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	600,5	970,3	1 184,5	1 209,8	1 243,6	1 192,1	1 288,4	1 133,6	1 313,5	
nach Japan	Mill. €	177,7	227,3	256,6	263,2	315,5	314,9	268,0	257,6	306,0	
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	113,4	121,9	126,1	116,6	144,5	124,5	121,0	118,1	136,2	

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
3 Seit Mai 2004 (EU 25) einschl. Zypern; auch für historische Werte. Ab 1.1.2007 einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27);

die Angaben aus 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

4 Ohne Zypern (vgl. FN 3).

5 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandels-ergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010 ¹	2011 ¹	2011 ¹				2012 ¹	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Großhandel (2005 ± 100) ^{2,3}										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	%	99,9	109,6	117,8	96,8	103,5	130,0	120,0	104,8	106,9
* Index der Großhandelsumsätze real ⁴	%	93,7	98,8	101,8	86,1	89,8	112,6	106,9	90,4	89,9
* Index der Beschäftigten im Großhandel	%	96,2	96,4	98,6	96,8	97,1	100,3	100,1	99,4	99,7
Einzelhandel (2005 ± 100) ^{2,5}										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	99,2	99,2	103,0	91,2	90,4	108,1	126,2	95,8	94,1
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁶	%	101,1	99,4	102,5	93,9	92,2	103,9	124,5	96,9	96,5
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁶	%	93,7	92,8	95,9	77,9	78,7	89,1	106,0	80,9	82,6
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁶	%	116,6	126,0	130,1	115,6	120,9	134,3	153,6	125,0	125,0
Sonstiger Facheinzelhandel ⁶	%	110,0	118,1	122,7	101,7	105,3	126,8	149,4	108,9	107,5
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	77,1	56,8	62,0	56,8	57,7	76,6	74,7	65,3	63,4
* Index der Einzelhandelsumsätze real ⁴	%	96,5	95,8	98,0	88,5	86,4	102,4	120,6	91,1	87,9
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	99,9	95,9	97,4	96,1	96,1	99,0	99,2	97,9	97,6
Kfz-Handel und Tankstellen (2005 ± 100) ⁷										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen nominal .	%	97,6	94,8	101,0	78,8	90,9	108,8	97,3	84,9	91,8
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen real ⁴	%	93,9	89,9	94,0	74,1	85,6	100,7	90,3	78,4	84,8
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel und der Tankstellen	%	97,2	96,6	99,4	97,8	97,7	101,3	100,7	100,4	100,7
Gastgewerbe (2005 ± 100) ²										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	94,8	99,5	104,7	87,1	85,2	95,9	105,1	88,4	89,5
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	100,5	110,3	115,8	92,2	93,4	103,4	109,0	92,7	97,9
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	178,0	185,4	181,4	103,5	164,9	167,9	225,3	121,1	160,0
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	90,9	91,8	96,6	83,2	78,6	90,7	103,6	84,8	82,3
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	89,9	90,4	95,2	81,5	77,0	88,2	101,6	82,6	80,3
Kantinen und Caterer	%	96,6	103,6	110,3	96,0	100,9	115,0	112,3	104,0	110,4
* Index der Gastgewerbeumsätze real ⁴	%	89,1	90,6	94,0	79,1	77,1	85,5	93,8	78,8	79,6
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	100,7	102,8	104,0	97,7	97,7	103,0	102,4	101,0	100,9
Fremdenverkehr ⁸										
* Gästeankünfte	1 000	2 196	2 356	...	1 714	1 972	2 007	1 950	1 770	...
* darunter Auslandsgäste	1 000	482	541	...	341	442	408	462	385	...
* Gästeübernachtungen	1 000	6 262	6 485	...	4 839	5 539	4 810	5 005	4 982	...
* darunter Auslandsgäste	1 000	1 012	1 122	...	737	1 000	851	977	845	...
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ⁹	Anzahl	65 792	52 766	60 532	45 091	49 034	58 989	57 836	46 310	45 136
darunter Kraftträder ¹⁰	Anzahl	2 888	2 752	2 873	582	1 665	755	561	821	1 428
* Personenkraftwagen und sonstige "M1"-Fahrzeuge	Anzahl	58 841	45 389	51 910	40 572	42 873	52 059	51 064	41 102	39 655
* Lastkraftwagen	Anzahl	2 725	3 233	3 999	2 747	3 264	4 545	4 104	3 040	2 826
* Zugmaschinen	Anzahl	1 080	1 114	1 450	938	1 023	1 284	1 744	1 023	989
sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	186	196	204	143	157	208	191	160	152
Beförderte Personen im Schienennah- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse)	1 000	101 424	101 783	105 029	.	.	.	327 473	.	.
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	89 789	90 223	91 229	.	.	.	283 449	.	.
private Unternehmen	1 000	11 635	11 560	13 800	.	.	.	44 024	.	.
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt ¹¹	Anzahl	28 496	29 739	29 227	26 929	23 576	28 621	31 468	27 481	26 699
* davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 409	4 247	4 427	2 877	2 836	3 706	3 942	3 096	2 892
mit nur Sachschaden	Anzahl	24 087	25 491	24 800	24 052	20 740	24 915	27 526	24 385	23 807
* Getötete Personen ¹²	Anzahl	65	58	65	38	32	69	82	39	29
* Verletzte Personen	Anzahl	5 836	5 639	5 857	4 044	3 894	4 959	5 335	4 233	4 084
Luftverkehr										
Flughafen München										
Fluggäste: Ankunft	1 000	1 356	1 438	1 569	1 293	1 238	1 519	1 388	1 337	...
Abgang	1 000	1 357	1 438	1 564	1 257	1 253	1 465	1 384	1 302	...
Flughafen Nürnberg										
Fluggäste: Ankunft	1 000	164	167	164	147	147	163	133	133	...
Abgang	1 000	164	168	164	139	147	152	137	122	...
Eisenbahnverkehr ¹³										
Güterempfang	1 000 t	2 075	2 318	2 578	2 093	2 348	2 635	2 356	2 149	...
Güterversand	1 000 t	1 902	2 046	2 043	1 560	1 792	2 072	1 882	1 774	...
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang insgesamt	1 000 t	413	448	452	176	372	429	331	304	...
davon auf dem Main	1 000 t	226	239	250	86	201	240	206	165	...
auf der Donau	1 000 t	187	209	201	90	170	190	125	139	...
* Güterversand insgesamt	1 000 t	293	300	270	75	249	257	212	133	...
davon auf dem Main	1 000 t	178	205	189	34	178	179	166	98	...
auf der Donau	1 000 t	115	95	80	41	71	78	46	36	...

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

¹ Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel und Tankstellen, Gastgewerbe und Fremdenverkehr sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

² Ab Januar 2008 wurde erneut eine Neuzugangsstichprobe integriert. Die Messzahlen wurden verkettet, um das Niveau an die bisherige Messzahlenreihe anzupassen.

³ Einschließlich Handelsvermittlung.

⁴ In Preisen von 2005.

⁵ Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern.

⁶ In Verkaufsräumen.

⁷ sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

⁸ Abschneidegrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

⁹ Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

¹⁰ einschl. Leichtkraftfahrzeuge, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

¹¹ Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

¹² Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

¹³ Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2010	2011				2012	
		Monatsdurchschnitt ¹				Dez.	Januar	Oktober	Nov.	Dez.	Januar
Geld und Kredit											
Kredite und Einlagen ^{2, 3}											
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	476 869	483 547	486 599	524 552	481 054	.
dar. Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	398 322	402 963	414 052	449 899	407 933	.
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	65 079	74 032	78 921	118 321	63 953	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵ ..	Mill. €	62 264	54 140	52 326	50 577	49 591	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	2 815	19 893	26 595	67 744	14 362	.
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. €	64 376	60 476	59 421	57 007	64 716	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	62 242	57 979	56 463	54 390	61 153	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	2 134	2 498	2 958	2 617	3 563	.
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. €	347 414	349 039	348 257	349 224	352 385	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	314 090	315 327	313 850	315 728	317 905	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	33 325	33 713	34 407	33 496	34 480	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende)	Mill. €	522 685	536 254	560 515	548 610	570 430	.
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. €	413 386	416 578	437 127	426 000	446 251	.
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	395 368	395 130	403 499	389 788	415 237	.
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. €	18 019	21 448	33 627	36 212	31 014	.
Spareinlagen	Mill. €	109 299	119 676	123 389	122 610	124 179	.
darunter bei Sparkassen	Mill. €	44 405	48 799	49 994	49 909	49 922	.
bei Kreditbanken	Mill. €	27 032	28 492	29 793	29 600	30 198	.
Zahlungsschwierigkeiten											
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 514	1 583	1 491	1 454	1 348	1 328	1 475	1 411	1 370	
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	131	137	113	101	93	105	115	101	141	
davon Unternehmen	Anzahl	329	320	284	271	255	279	264	269	303	
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	94	101	81	73	73	75	89	69	107	
Verbraucher	Anzahl	866	946	908	917	821	796	942	843	778	
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	5	2	2	1	1	2	1	1	4	
ehemals selbständig Tätige	Anzahl	282	282	261	232	235	218	245	267	251	
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	19	22	19	14	11	16	18	19	20	
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	Anzahl	37	36	38	34	37	35	24	32	38	
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	13	12	10	13	8	12	7	12	10	
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	528 623	389 469	315 812	342 165	269 070	235 001	244 938	321 275	202 329	
davon Unternehmen	1 000 €	399 583	251 491	196 827	204 959	167 051	135 841	145 424	207 673	105 750	
Verbraucher	1 000 €	55 932	59 979	52 915	56 592	41 717	39 943	56 221	49 775	46 370	
ehemals selbständig Tätige	1 000 €	56 205	61 717	51 332	61 415	52 879	50 157	37 839	51 663	37 914	
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	1 000 €	16 903	16 198	14 739	19 199	7 423	9 060	5 454	12 164	12 296	
Öffentliche Sozialleistungen											
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)											
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1000	174,1	152,6	...	130,5	167,1	97,6	81,2	109,8	...	
Ausgaben für Arbeitslosengeld I	Mill. €	220,5	198,6	...	130,7	154,6	112,7	105,0	
Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger (SGB II – Grundsicherung für Arbeitsuchende –) ¹²											
Bedarfsgemeinschaften	1000	263,9	266,7	...	253,0	253,7	234,6	232,6	
Leistungsempfänger	1000	492,1	492,7	...	463,4	463,6	425,8	422,0	
davon von Arbeitslosengeld II	1000	350,8	351,9	...	330,3	331,2	302,1	299,5	
Sozialgeld	1000	141,3	140,8	...	133,1	132,4	123,6	122,5	
Steuern											
Gemeinschaftsteuern [*]											
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	
davon Lohnsteuer	Mill. €	3 649,2	3 650,3	4 054,7	6 879,7	4 419,5	2 357,7	2 521,9	7 719,2	3 727,1	
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	2 589,0	2 522,5	2 701,1	3 860,5	2 730,7	2 388,6	2 458,8	3 951,8	2 905,8	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	498,0	543,6	557,2	1 819,2	121,7	- 118,7	- 135,9	1 960,9	- 15,0	
Abgeltungsteuer	Mill. €	252,6	248,7	341,8	269,6	886,8	116,8	84,1	363,6	382,8	
Körperschaftsteuer	Mill. €	163,1	118,3	109,1	92,4	380,7	61,9	105,0	54,5	355,3	
Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €	146,5	217,2	345,5	838,0	299,6	- 90,9	9,9	1 388,4	98,2	
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	
Einfuhrumsatzsteuer [*]	Mill. €	1 696,7	1 618,0	1 676,3	1 569,8	2 003,4	1 835,0	1 886,8	1 678,3	1 657,6	
Bundessteuern [*]	Mill. €	
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €	
darunter Mineralölsteuer	Mill. €	
Solidaritätszuschlag	Mill. €	
Landessteuern	Mill. €	258,3	199,4	204,0	221,9	229,5	178,7	190,0	222,6	246,0	
darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	82,4	78,3	70,6	84,1	106,3	52,9	55,1	72,9	99,3	
Grunderwerbsteuer	Mill. €	76,2	86,6	98,2	97,5	92,4	95,1	98,0	115,6	119,7	
Biersteuer	Mill. €	13,1	12,7	12,7	11,3	12,0	13,9	12,2	11,4	12,0	

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern

tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhandkredite.

5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.

9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

10 Einschl. Sparbriefe.

11 Nachweis erst ab 2002 möglich.

12 Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2009	2010	2011	2011				2012	
		Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	Nov.	Dez.	Januar	Februar
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern ^{1, 2, 3}	Mill. €	608,3	660,5	758,9	.	.	.	2 417,9	.	.
darunter Grundsteuer A	Mill. €	6,8	6,9	7,0	.	.	.	18,7	.	.
Grundsteuer B	Mill. €	123,8	128,6	130,5	.	.	.	346,4	.	.
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	473,7	521,0	617,4	.	.	.	2 050,6	.	.
Steuereinnahmen des Bundes [☆]	Mill. €
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	1 374,5	1 390,0	1 576,2	1 788,5	1 002,6	890,6	3 201,9	1 427,2	1 167,3
Anteil an den Steuern vom Umsatz [☆]	Mill. €
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6}	Mill. €	16,9	20,8	23,2	- 48,4	46,2	-	67,0	- 22,7	- 0,7
Steuereinnahmen des Landes [☆]	Mill. €
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	1 405,9	1 409,1	1 570,1	1 788,5	1 057,4	890,6	3 201,9	1 427,2	1 176,6
Anteil an den Steuern vom Umsatz [☆]	Mill. €
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6, 7}	Mill. €	62,9	81,0	88,6	- 69,9	65,3	14,3	256,5	- 75,4	151,3
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv ^{2, 3, 4}	Mill. €	999,1	1 016,2	1 124,8	.	.	.	4 673,2	.	.
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{4, 8}	Mill. €	426,4	407,8	433,8	411,9	329,3	301,0	831,3	414,0	340,7
Anteil an den Steuern vom Umsatz [☆]	Mill. €	44,6	45,2	48,1	.	.	.	285,8	.	.
Gewerbesteuer (netto) ^{1, 9}	Mill. €	392,1	419,2	505,1	.	.	.	1 359,0	.	.
Verdienste		2010	2011	2010	2011				2012	
		Jahreswert		1. Vj.	2. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
* Brutton Monatsverdienste ¹⁰ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ¹¹ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	3 718	3 852	3 282	3 338	3 379	3 424	3 439	3 475	...
männlich	€	3 965	4 118	3 481	3 547	3 590	3 640	3 654	3 693	...
weiblich	€	3 085	3 178	2 778	2 805	2 850	2 875	2 891	2 921	...
Leistungsgruppe 1 ¹²	€	7 111	7 388	6 030	6 086	6 147	6 221	6 248	6 290	...
Leistungsgruppe 2 ¹²	€	4 340	4 489	3 822	3 884	3 933	3 988	4 008	4 038	...
Leistungsgruppe 3 ¹²	€	2 999	3 111	2 687	2 751	2 781	2 839	2 853	2 883	...
Leistungsgruppe 4 ¹²	€	2 447	2 529	2 188	2 261	2 276	2 321	2 357	2 365	...
Leistungsgruppe 5 ¹²	€	1 976	2 041	1 815	1 846	1 876	1 920	1 925	1 943	...
Produzierendes Gewerbe	€	3 304	3 958	3 253	3 366	3 415	3 499	3 502	3 524	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 089	3 343	2 817	2 968	2 985	3 031	3 101	3 101	...
Verarbeitendes Gewerbe	€	3 366	4 090	3 347	3 443	3 514	3 583	3 581	3 604	...
Energieversorgung	€	4 104	4 816	4 005	4 114	4 239	4 161	4 208	4 201	...
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	2 776	3 089	2 742	2 799	2 862	2 928	2 901	2 930	...
Baugewerbe	€	2 786	3 027	2 505	2 819	2 627	2 892	2 936	2 939	...
Dienstleistungsbereich	€	3 180	3 771	3 304	3 317	3 352	3 367	3 390	3 437	...
Handel; Instandhaltung. u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	3 131	3 727	3 178	3 215	3 264	3 301	3 304	3 347	...
Verkehr und Lagerei	€	2 688	3 076	2 708	2 764	2 813	2 843	2 870	2 871	...
Gastgewerbe	€	1 979	2 105	1 975	1 972	2 011	2 031	2 012	2 046	...
Information und Kommunikation	€	4 290	5 332	4 438	4 517	4 556	4 594	4 613	4 811	...
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	4 076	5 307	4 272	4 287	4 344	4 335	4 387	4 433	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	3 355	4 116	3 418	3 478	3 575	3 617	3 650	3 660	...
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	4 409	5 434	4 444	4 464	4 459	4 527	4 556	4 625	...
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	1 978	2 355	2 158	2 153	2 153	2 188	2 251	2 318	...
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	2 901	3 291	3 037	3 054	3 083	3 088	3 092	3 095	...
Erziehung und Unterricht	€	3 685	4 104	3 834	3 863	3 845	3 852	3 853	3 855	...
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 093	3 540	3 185	3 216	3 253	3 296	3 325	3 329	...
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	5 225	/	/	/	/	/	/	/	/
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	2 968	3 498	3 068	3 094	3 146	3 187	3 190	3 238	...
Preise		2007	2008	2009	2010	2011	2011	2012		
		Durchschnitt ¹³					März	Januar	Februar	März
* Verbraucherpreisindex (2005 = 100)										
Gesamtdindex	%	104,2	107,0	107,6	108,8	111,3	110,9	112,3	113,3	113,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	106,7	113,0	112,1	114,1	117,4	117,3	119,4	120,6	120,6
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	105,3	107,9	111,2	112,9	114,7	113,2	116,6	117,6	118,3
Bekleidung und Schuhe	%	99,5	99,8	101,0	101,0	101,6	102,1	100,4	103,9	106,7
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	105,6	109,8	110,9	112,3	115,9	115,4	117,6	118,0	117,9
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	101,0	102,9	104,8	105,0	105,7	105,5	106,2	106,3	106,5
Gesundheitspflege	%	101,7	102,2	102,6	102,4	103,0	102,7	104,9	105,0	105,0
Verkehr	%	107,0	110,6	108,2	111,9	117,1	117,2	118,6	119,7	121,2
Nachrichtenübermittlung	%	94,9	91,8	89,8	88,0	85,6	86,2	84,9	85,0	84,8
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100,0	99,6	100,7	100,0	100,8	100,1	100,1	102,6	101,6
Bildungswesen	%	120,7	128,0	129,3	131,2	133,0	132,7	134,0	134,1	134,3
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	105,8	108,7	111,6	113,2	113,7	111,9	113,7	114,8	113,7
Andere Waren und Dienstleistungen	%	103,6	105,6	107,6	108,7	110,5	110,4	110,9	111,0	110,9
Dienstleistungen (ohne Wohnungsnettomieten)	%	103,8	105,3	107,2	108,0	109,3	108,6	109,4	110,5	110,0
Wohnungsnettomieten	%	103,9	105,8	107,5	109,0	110,5	110,1	111,3	111,5	111,5

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht..

4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

5 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

6 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

7 Einschl. Erhöhungsbetrag.

8 Einschl. Zinsabschlag.

9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen; Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.

11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.

12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte;

Leistungsgruppe 3: Fachkräfte;

Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer;

Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2006	2007	2008	2009	2010	2011			2012
		Durchschnitt ¹					Mai	August	Nov.	Februar
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2005 ± 100)										
Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	101,9	109,0	112,3	113,0	113,9	116,9	117,7	118,1	119,4
davon Rohbauarbeiten	%	102,5	110,6	114,5	114,5	115,2	118,7	119,6	119,9	121,4
Ausbauarbeiten	%	101,4	107,7	110,4	111,7	112,8	115,4	116,0	116,6	117,8
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	99,6	103,4	104,5	106,2	107,2	108,3	108,9	109,3	109,1
Bürogebäude	%	102,2	109,9	113,4	114,3	114,7	117,5	118,3	118,8	120,1
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	102,3	109,9	113,7	114,5	115,0	118,4	119,3	119,5	120,8
Straßenbau	%	104,7	112,9	118,9	121,7	123,0	126,1	126,9	127,4	129,1
							2010	2011		
							4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	233,16	250,77	227,80	207,51	223,46	280,07	226,80	249,83	240,96
Rohbauland	€	55,09	74,86	53,54	43,27	58,59	72,64	24,65	37,55	35,30
Sonstiges Bauland	€	65,69	66,42	59,06	46,37	39,78	39,18	47,56	45,09	45,48

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2007	2008	2009	2010	2011	2011	2012		
		Durchschnitt ¹					März	Januar	Februar	März
Verbraucherpreisindex (2005 ± 100)										
Gesamtindex	%	103,9	106,6	107,0	108,2	110,7	110,3	111,5	112,3	112,6
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	105,9	112,3	110,9	112,5	115,7	115,3	117,8	118,8	119,1
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	106,4	108,4	111,3	113,0	114,6	113,1	116,1	116,8	117,7
Bekleidung und Schuhe	%	100,7	101,4	102,8	103,7	105,6	106,0	104,2	106,6	109,5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	104,9	108,5	108,9	110,1	113,5	113,0	115,3	115,5	115,7
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt	%	101,0	102,5	104,2	104,6	105,1	105,0	105,3	105,4	105,6
Gesundheitspflege	%	101,3	103,0	104,0	104,7	105,5	105,4	107,1	107,2	107,4
Verkehr	%	106,9	110,5	108,3	112,1	116,9	116,5	118,4	119,3	120,9
Nachrichtenübermittlung	%	94,9	91,8	89,8	88,0	85,6	86,2	84,9	85,0	84,8
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	99,8	99,8	101,4	101,3	102,3	101,5	101,4	103,8	102,9
Bildungswesen	%	126,9	137,9	132,3	131,8	128,8	133,2	116,6	116,8	116,9
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	104,0	106,3	108,7	109,9	111,5	109,6	111,5	112,8	112,1
Andere Waren und Dienstleistungen	%	103,7	105,9	107,5	108,4	110,2	110,3	110,5	110,6	110,4
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2005 ± 100)	%	105,1	109,9	100,5	108,3	117,0	117,6	119,2	120,4	...
Ausfuhrpreise ⁴ (2005 ± 100)	%	103,0	104,8	102,5	106,0	109,9	109,6	111,2	111,5	...
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2005 ± 100) ...	%	106,8	112,7	108,0	109,7	115,9	114,7	117,3	117,8	118,5
Vorleistungsgüterproduzenten	%	107,9	110,8	105,0	109,1	114,9	114,6	114,5	115,1	115,6
Investitionsgüterproduzenten	%	100,7	101,6	102,4	102,5	103,7	103,3	104,4	104,4	104,6
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	103,0	106,9	105,6	106,2	109,9	108,7	111,8	112,2	112,5
Gebrauchsgüterproduzenten	%	102,3	105,0	106,4	106,7	108,5	107,9	109,9	110,2	110,0
Verbrauchsgüterproduzenten	%	103,1	107,2	105,5	106,1	110,1	108,8	112,0	112,5	112,8
Energie	%	113,7	128,4	117,7	119,3	132,0	129,0	135,6	136,3	138,1
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2005 ± 100)	%	119,9	124,3	100,7	114,1	128,6	131,3	127,1p	129,6p	...
Pflanzliche Erzeugung	%	135,0	135,3	104,4	123,1	140,0	151,8	135,6	138,6	...
Tierische Erzeugung	%	110,6	117,6	98,4	108,5	121,5	118,7	121,9p	124,0p	...
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2005 ± 100)	%	107,1	112,9	105,0	111,2	119,5	120,5	120,8	122,0	123,1
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	106,5	113,0	110,9	114,0	119,5	119,8	120,9	122,0	122,9
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	%	107,7	123,3	102,4	116,7	134,5	136,9	140,9	142,6	145,9
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel										
zusammen (2005 ± 100)	%	103,2	105,6	105,5	106,7	108,6	108,4	109,5	110,2	110,8
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	104,8	108,9	108,8	110,1	112,4	112,1	114,0	114,8	115,2
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln,										
Getränken und Tabakwaren	%	105,7	109,7	110,6	111,8	114,3	113,6	116,3	117,0	117,4
Kraftfahrzeughandel	%	105,5	106,4	106,8	107,0	108,1	107,7	108,7	108,7	108,8

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Bauland-

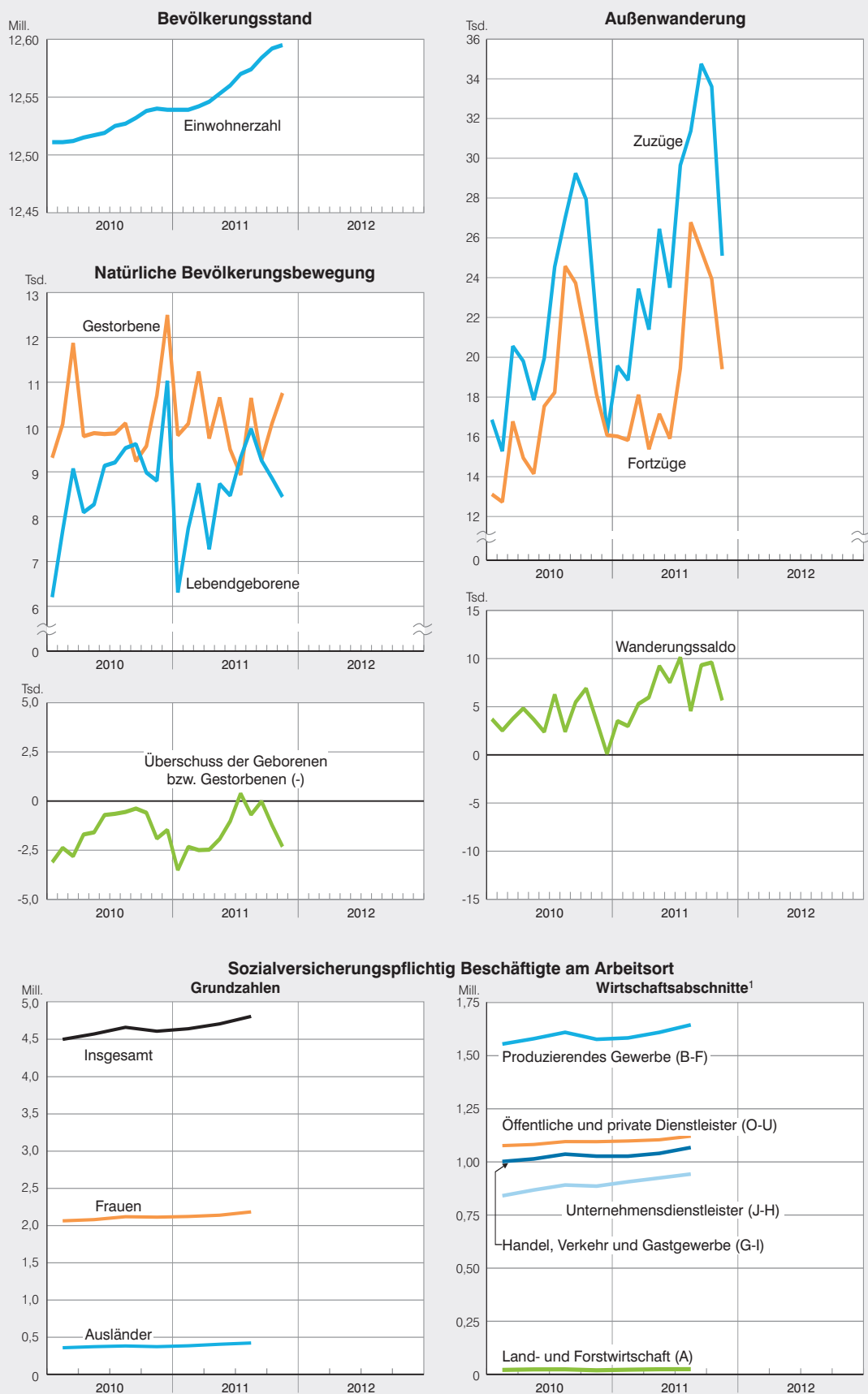
preise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

2 Einschl. Mehrwertsteuer.

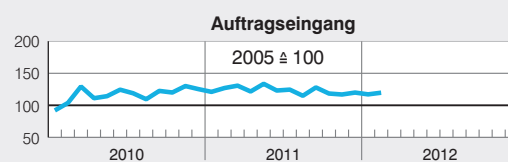
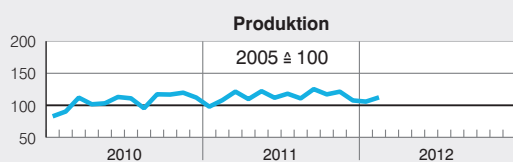
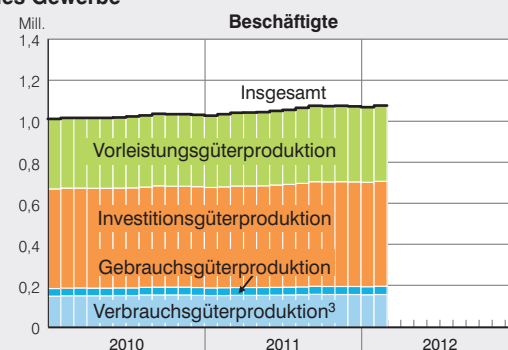
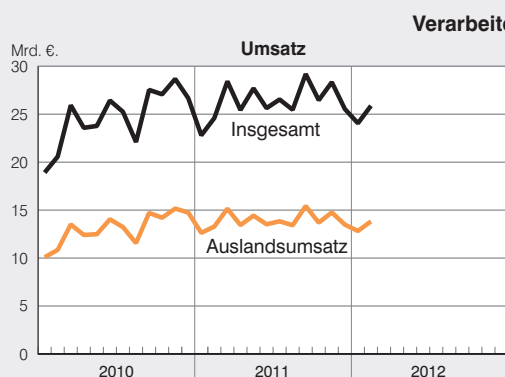
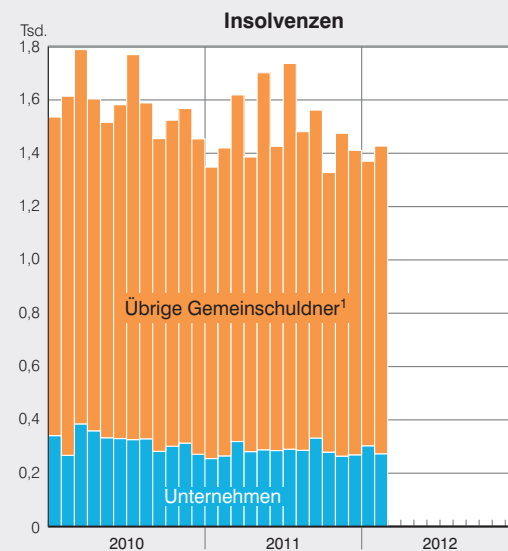
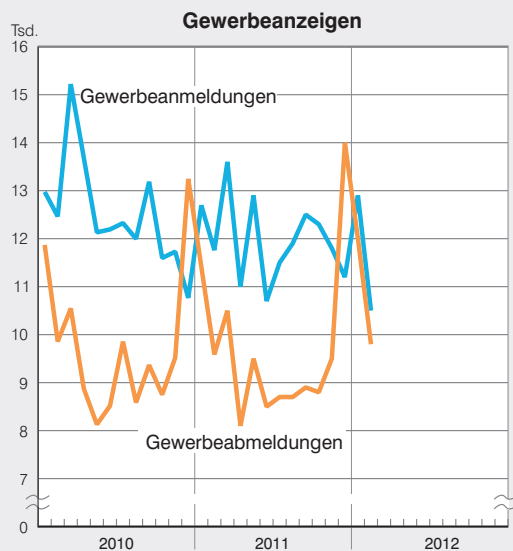
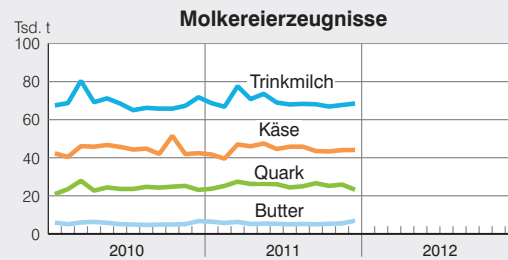
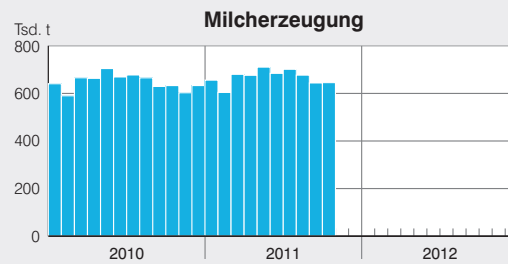
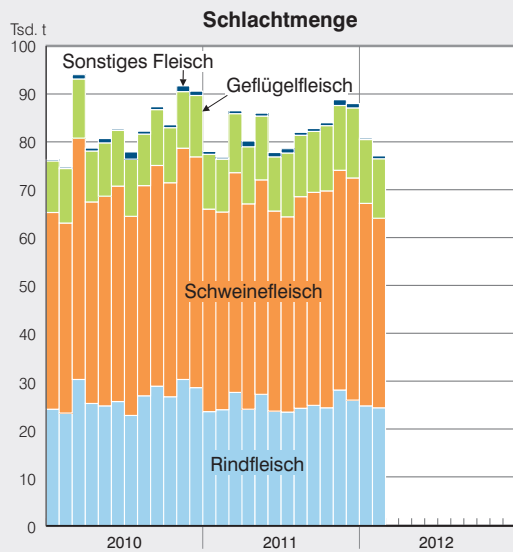
3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

4 Ohne Mehrwertsteuer.

Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel



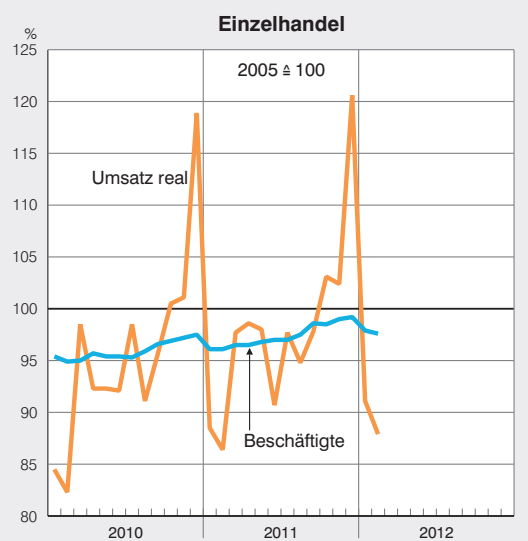
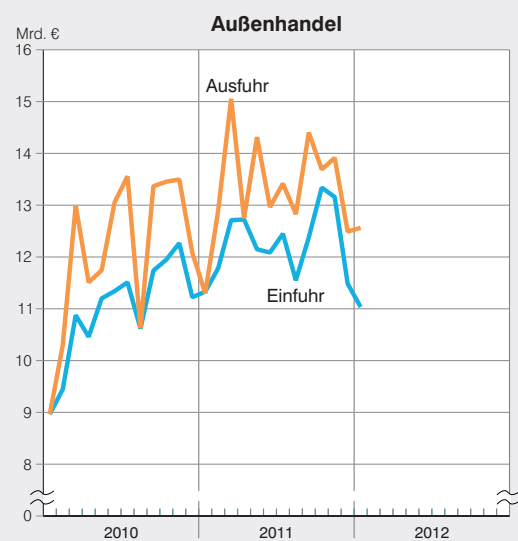
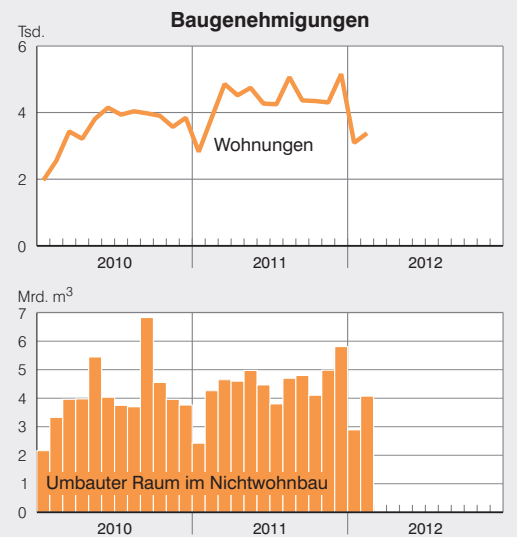
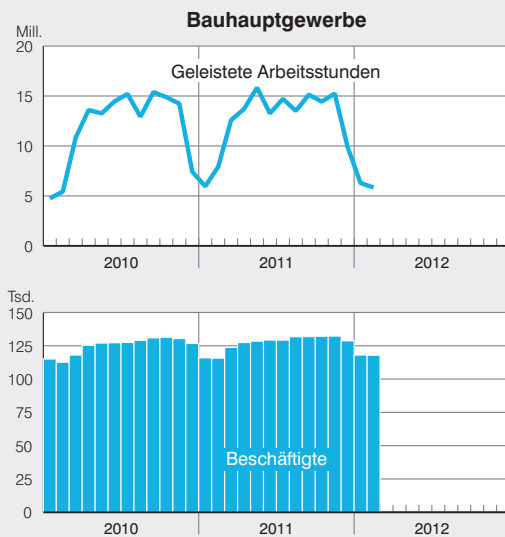
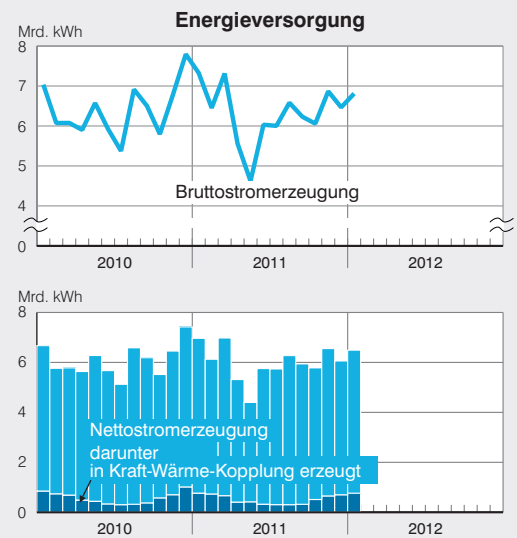
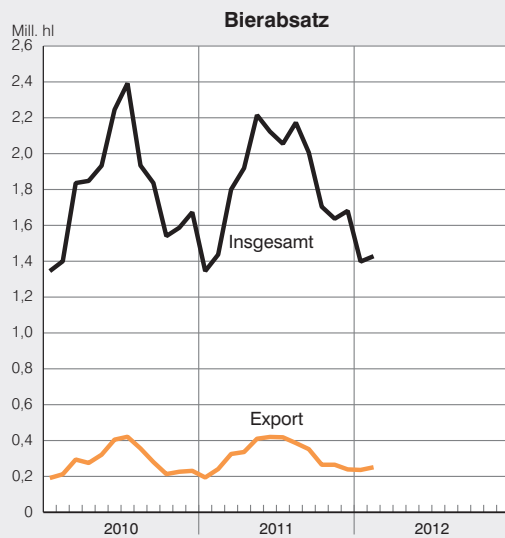
¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (Näheres Statistischer Bericht A6501C).

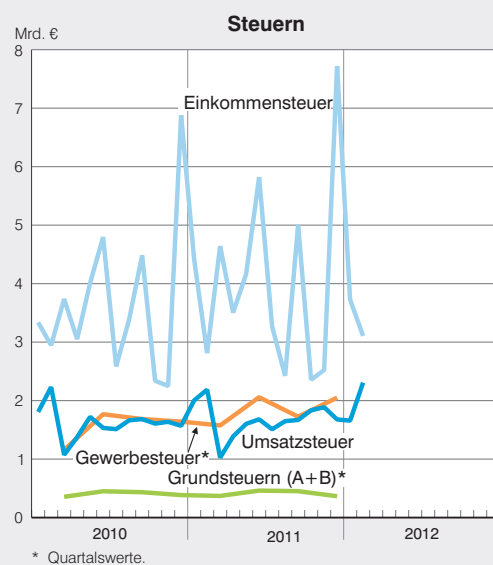
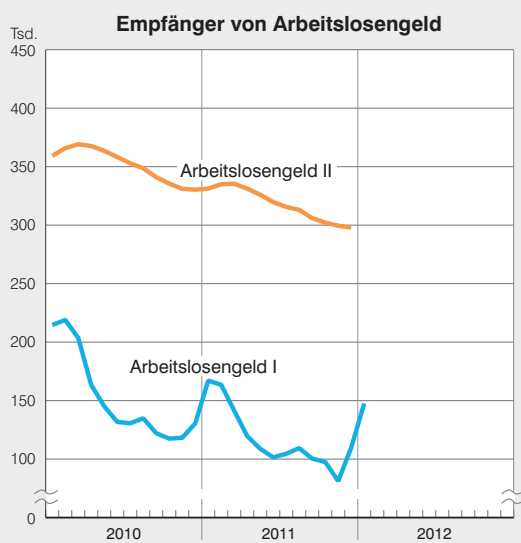
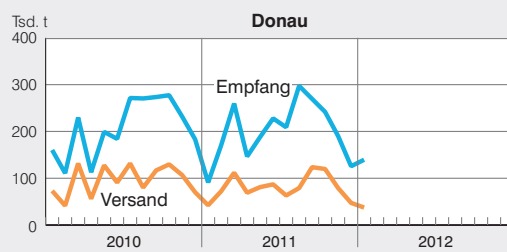
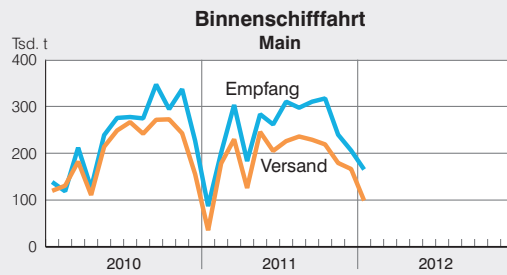
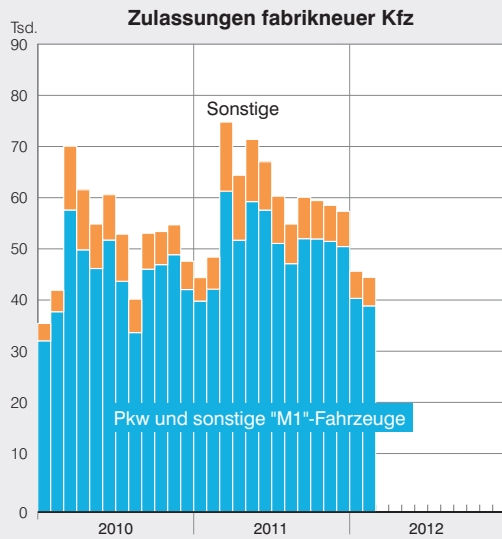
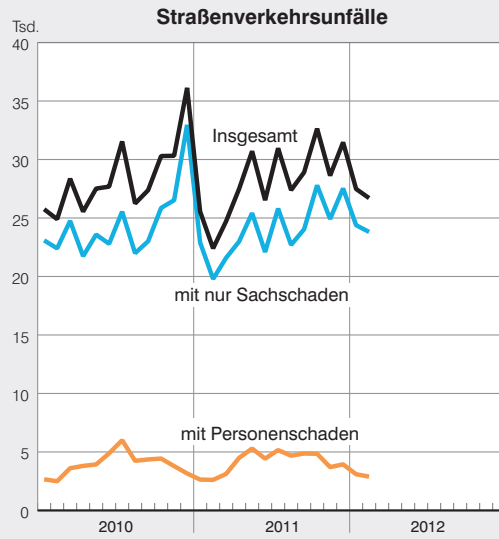
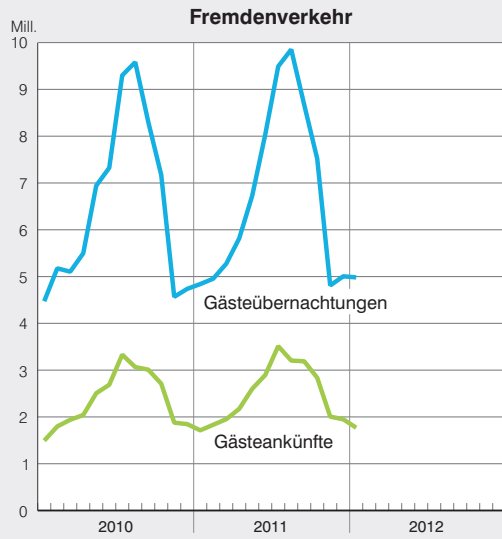


1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.

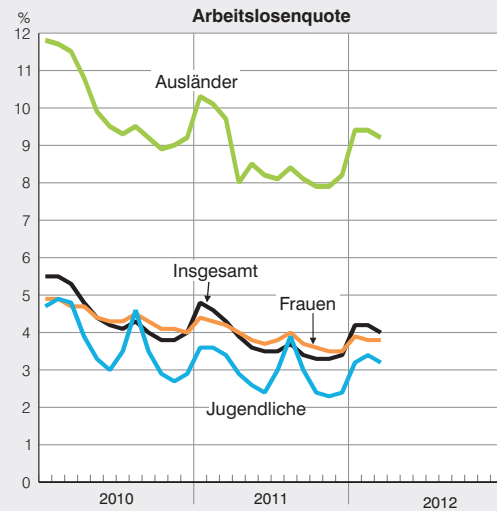
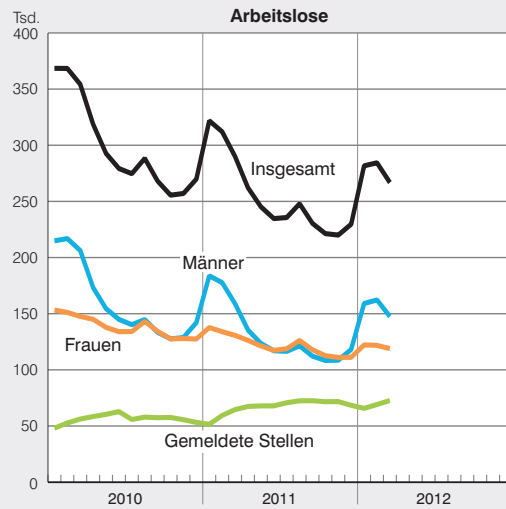
2 sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.

3 Einschließlich Energie.

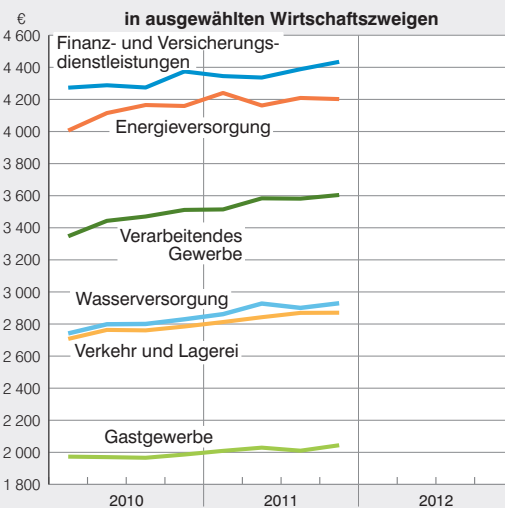
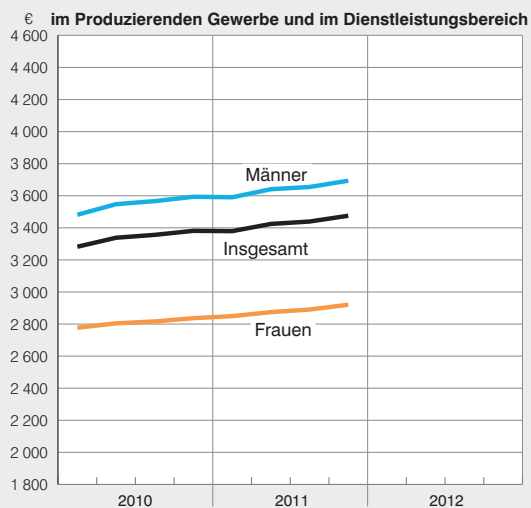




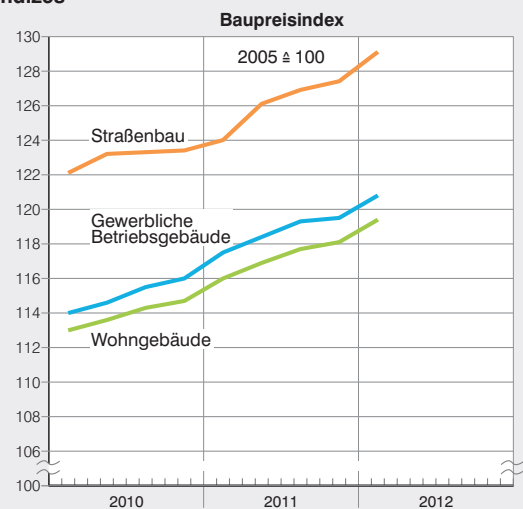
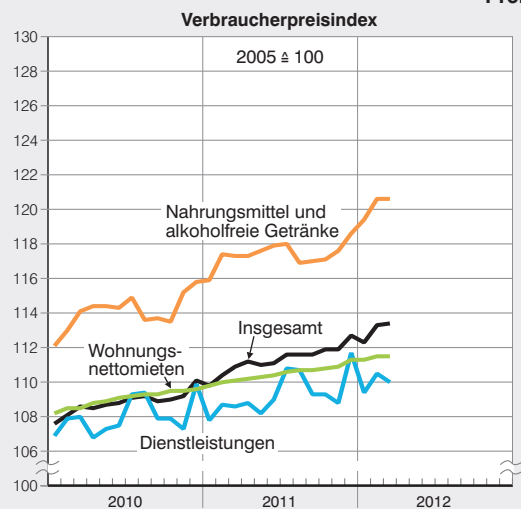
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



März 2012

Statistische Berichte

Angegeben sind die Preise für Druckwerke. Die zugehörigen Dateien sind kostenlos erhältlich unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit Berichte nur als Datei (ND) angeboten werden, ist auf Anfrage ein Druck möglich.

ND	Natürliche Bevölkerungsbewegung <ul style="list-style-type: none">Gerichtliche Ehelösungen in Bayern 2010 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
ND	Hochschulen, Hochschulfinanzen <ul style="list-style-type: none">Gasthörer an den Hochschulen in Bayern 2011 (Hochschulen)
ND	<ul style="list-style-type: none">Personalbestand an den Hochschulen in Bayern 2009 (Hochschulen)
ND	Erwachsenenbildung <ul style="list-style-type: none">Erwachsenenbildung in Bayern 2009 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
ND	Rechtspflege <ul style="list-style-type: none">Tätigkeit der Sozialgerichte in Bayern 2011
ND	Wachstumsstand und Ernte <ul style="list-style-type: none">Gemüseernte in Bayern 2011 (Regierungsbezirke)
ND	<ul style="list-style-type: none">Obsternte in Bayern 2011 (Regierungsbezirke)
ND	Gewerbeanzeigen <ul style="list-style-type: none">Gewerbeanzeigen in Bayern im Januar 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
4,60 €	Verarbeitendes Gewerbe <ul style="list-style-type: none">Verarbeitendes Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im Januar 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
ND	<ul style="list-style-type: none">Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Bayern im Januar 2012
ND	<ul style="list-style-type: none">Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Januar 2012
ND	Baugewerbe insgesamt <ul style="list-style-type: none">Baugewerbe in Bayern im Januar 2012 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
ND	Bauhauptgewerbe <ul style="list-style-type: none">Bauhauptgewerbe in Bayern (Endgültige Ergebnisse) 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
ND	Binnenhandel <ul style="list-style-type: none">Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Januar 2012
ND	Außenhandel <ul style="list-style-type: none">Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Dezember 2011
ND	Straßen- und Schienenverkehr <ul style="list-style-type: none">Straßenverkehrsunfälle in Bayern (ausgewählte Ergebnisse des Berichts- und Vorjahresmonats) im Dezember 2011 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

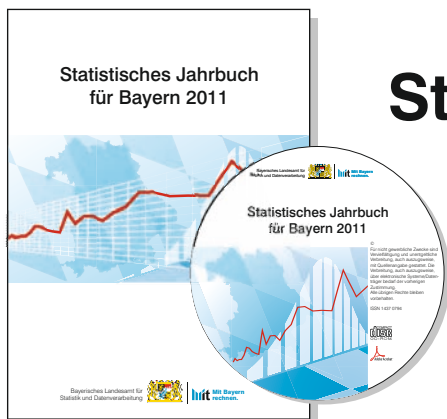
ND	Schiffsverkehr <ul style="list-style-type: none">Binnenschifffahrt in Bayern im Dezember 2011 (Häfen)
ND	Steuern <ul style="list-style-type: none">Umsätze und ihre Besteuerung in Bayern 2010 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
ND	Preise und Preisindizes <ul style="list-style-type: none">Verbraucherpreisindex für Bayern im Februar 2012 sowie Jahreswerte von 2006 bis 2011
6,70 €	<ul style="list-style-type: none">Verbraucherpreisindex für Bayern/Monatliche Indexwerte von Januar 2006 bis Februar 2012
4,40 €	<ul style="list-style-type: none">Verbraucherpreisindex für Deutschland im Februar 2012 (Bund)
ND	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung <ul style="list-style-type: none">Nichtöffentliche Wasserversorgung und nichtöffentliche Abwasserbeseitigung in Bayern 2010 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
10,00 €	Querschnittsveröffentlichungen <ul style="list-style-type: none">Gemeindedaten 2011, CD-ROM (Gemeinden)
25,00 €	<ul style="list-style-type: none">Gemeindedaten 2011, Buch und CD-ROM (Gemeinden)
kostenl.	Gemeinschaftsveröffentlichungen <ul style="list-style-type: none">Indikatoren der integrierten Ausbildungsberichterstattung – Ein Vergleich der Bundesländer 2012
95,00 €	<ul style="list-style-type: none">Wahl zum 9.–11. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980, 6. März 1983 und 25. Januar 1987 – Ergebnisse der Wahlbezirksstatistik; CD-ROM (Wahlbezirke)
95,00 €	<ul style="list-style-type: none">Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990 – Ergebnisse der Wahlbezirksstatistik; CD-ROM (Wahlbezirke)
95,00 €	<ul style="list-style-type: none">Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am 16. Oktober 1994 – Ergebnisse der Wahlbezirksstatistik; CD-ROM
95,00 €	<ul style="list-style-type: none">Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998 – Ergebnisse der Wahlbezirksstatistik; CD-ROM (Wahlbezirke)
95,00 €	<ul style="list-style-type: none">Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002 – Ergebnisse der Wahlbezirksstatistik; CD-ROM (Wahlbezirke)
95,00 €	<ul style="list-style-type: none">Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005 – Ergebnisse der Wahlbezirksstatistik; CD-ROM (Wahlbezirke)

Die regionalen Gliederungen sind in Klammern angegeben.

Bestellungen

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
Vertrieb
St.-Martin-Straße 47
81541 München
Fax 089 2119-457
E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de

Auf Anfrage wird das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis kostenlos zugesandt (bevorzugt per E-Mail).



Statistisches Jahrbuch für Bayern 2011

Inhalt

- Zeitreihen • Zeitreihen zu sämtlichen statistischen Bereichen für die Jahre 1960, 1970, 1980, 1990, 2000 und 2010
- Bevölkerung und Kultur • Bevölkerungsstand und -bewegung, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Rechtspflege, Wahlen, Erwerbstätigkeit
- Wirtschaft und Finanzen • Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Wohnungswesen, Handel und Gastgewerbe, Verkehr, Geld und Kredit, Versicherungen, Öffentliche Finanzen, Preise
- Soziale Verhältnisse • Öffentliche Sozialleistungen, Löhne und Gehälter, Versorgung und Verbrauch
- Gesamte Volkswirtschaft • Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialproduktes, Umweltschutz
- Regionaldaten • Strukturdaten der Landkreise, kreisfreien Städte, Regierungsbezirke und Regionen
- Bund und Länder • Wichtige Strukturdaten Deutschlands und aller Bundesländer
- Bayern in Europa • Strukturdaten der 27 Mitgliedsstaaten der EU

- 597 Seiten
- Tabellenwerk mit den wichtigsten statistischen Daten zum Freistaat Bayern
- Graphische Darstellungen
- Bayernkarten mit Regierungsbezirken, Landkreisen, kreisfreien Städten sowie Regionen
- Geographische und meteorologische Angaben

Preise

Buch	39,– €
CD-ROM (PDF)	12,– €
Buch + CD-ROM	46,– €

Bestellungen

Telefon 089 2119-205
Telefax 089 2119-457
vertrieb@statistik.bayern.de

Herausgeber und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
St.-Martin-Straße 47
81541 München

Sie können das Jahrbuch und alle anderen Veröffentlichungen auch per E-Mail bei unserem Vertrieb bestellen:

vertrieb@statistik.bayern.de